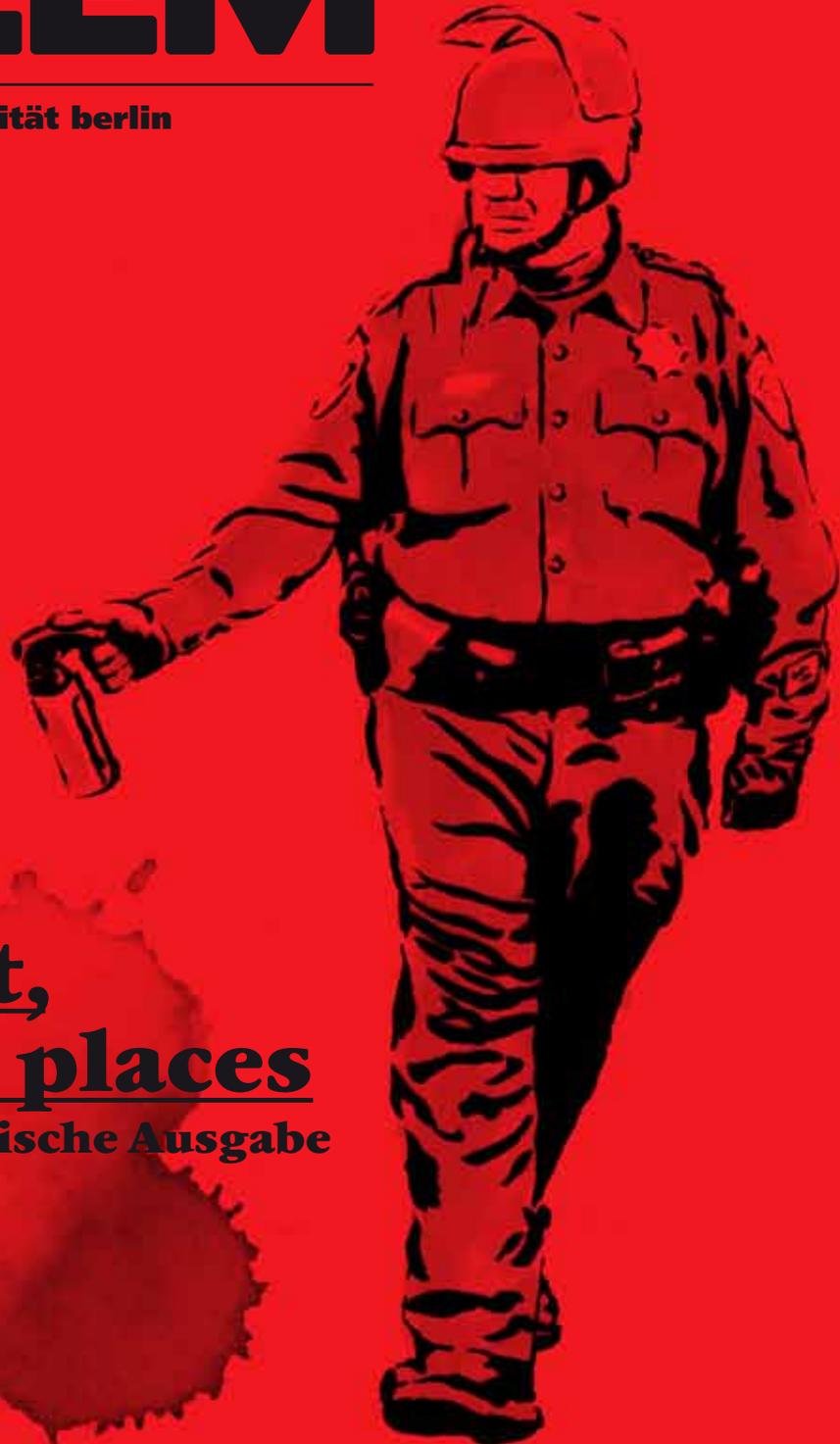


OUT OF DAHLEM

magazin des asta der freien universität berlin
nr. 13 - sommersemester 2012



same shit,
different places

★ Internationalistische Ausgabe

**Studierendenproteste und Repression in Chile, Kolumbien,
Slowenien, Kanada, Österreich, Serbien, Brasilien und Ägypten**

INHALT:

- 04 K(eine) Leseempfehlung**
Die Broschüre „Demokratie stärken - Linksextremismus verhindern“
- 12 Chile: „Bildung ist ein Konsumgut“**
Hintergründe und Lauf der Bildungsproteste
- 14 Kolumbien: Eine Zukunft für alle!**
Proteste und Streiks gegen die neoliberale Umgestaltung der Hochschulen *español*
- 17 Slowenien: Mi smo univerza**
Besetzung der philosophischen Fakultät in Ljubljana
- 18 Ô Canada**
the actual situation in canadian universities / la situation dans les universités canadiennes
english / français
- 25 Österreich: Vienna Calling**
Proteste gegen den Ball des Wiener Korporationsrings
- 26 Serbien: „Durch Überzeugung oder Gewalt“**
Repression gegen Proteste von Studierenden und Arbeiter_innen
english
- 29 Alternative Campus Karte**
zum Herausnehmen
- 33 Brasilien: Nachrichten aus São Paulo**
Militärpolizei auf dem Campus
- 36 Ägypten: „Es gibt keine Zukunft für uns in diesem Land“**
Studierendenvertreter rufen zum Generalstreik auf
- 38 „Honigschnaps und Waffen“**
Auf den Spuren der Kärntner Partisan_innen. Eine historische Studienfahrt.
- 48 „Aus euch wird sowieso nie etwas“**
Studie zur Bildungssituation deutscher Sinti und Roma
- 54 „Exzellenz my ass!“**
Proteste gegen die Exzellenzbegehung
- 55 Für ein Studium ohne Tierversuche!**
- 56 Sachzwänge versus Politik**
Ist die Afrika-Lehre am OSI noch zu retten?
- 57 „Da sind die Prioritäten falsch gesetzt...“**
Ein Bericht über das Zentrum für Lehrerbildung
- 59 AStA-Beratungen**

Titelbild: University of California, Davis, Nov. 2011. Ein Polizist besprüht friedlich protestierende Studierende in aller Seelenruhe mit Pfefferspray. Es gab keinerlei Provokation von Seiten der Studierenden. Mehr dazu auf Seite 35.

Liebe Leser_innen,

Ein neues Semester, eine neue Out of Dahlem. Viel ist passiert seit der letzten Ausgabe. Immer wieder erreichten uns Nachrichten von protestierenden Studierenden aus der ganzen Welt. Diese Proteste beschränken sich nicht nur auf die Forderung nach besseren Studienbedingungen einiger, sondern stehen in einem größeren gesamtgesellschaftlichen Kontext. So sehen wir mit Bewunderung die Anknüpfungspunkte, welche zwischen Studierendenbewegungen und anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen in vielen Ländern entstanden sind. Dabei fiel auf, dass egal ob in Chile, Kolumbien, Serbien oder Kanada, immer wieder mit enormer Polizeigewalt gegen diese vorgegangen wurde und wird.

Wir verlassen mit dieser Ausgabe einmal den Mikrokosmos FU Berlin, um uns mit diesen internationalen Studierendenbewegungen auseinander zu setzen. Damit wollen wir zumindest einen kleinen solidarischen informationspolitischen Beitrag unsererseits leisten.

Um die Lesbarkeit für nicht deutsch sprechende Menschen zu verbessern, haben wir dieses Mal versucht, einige Artikel auch in anderen Sprachen abzudrucken. Dies ist nur ein erster Versuch und noch nicht perfekt.

Ein Hoch auf die internationale Solidarität!



Dear readers of all genders,

a new term, a new Out of Dablem. Many things happened since the last number. News of protesting students from all over the world reached us over and over again. These protests not only claim better conditions for just a few (students) but position themselves in a wider context of society at large. Thus we watch in admiration the links that developed between student's movements and other groups of the civil society in many countries. While doing so we noticed that these movements again and again were and are being counteracted by police force and violence, in Chile or Colombia as well as in Serbia or Canada.

For this edition we want to leave Free University's microcosm in order to deal with these international students movements. This way we'd like to tribute our own small solidary share of informing.

To guarantee access for non-german speakers we printed some articles in different languages. This is just a first try which isn't perfect yet.

Long live international solidarity!

KEINE LESEEMPFEHLUNG

Beitrag zur Diskussion um die Broschüre
„Demokratie stärken - Linksextremismus verhindern“



von Andy M.

Die im September 2011 herausgegebene Broschüre löste in den letzten Monaten eine starke Kontroverse aus. Besonders in der Berliner Presselandschaft wurde eine rege Diskussion über diese Broschüre, herausgegeben von der Zeitbild Stiftung, geführt.

Anlass war die absurde Bezeichnung der Zeitungen „Neues Deutschland“, „junge Welt“ und „Jungle World“ als linksextrem. Doch nicht nur eine mediale Diskussion hat sich entwickelt, auch eine parlamentarische. So gab es zwei parlamentarische Anfragen an die Bundesministerin Kristina Schröder, die das Vorwort zu dieser Broschüre geschrieben und die Ausarbeitung und den Druck finanziert hat. Als Ministerin initiierte sie alte ideologische Kampfdebatten und führte die heftig kritisierte Demokratieklausele, auch „Extremismusklausel“ genannt, trotz gesellschaftsübergreifender Kritik ein¹.

Dass ihre Fokussierung auf den Linksextremismus und die „Deutschenfeindlichkeit“ an den gesellschaftlichen Realitäten und Problemlagen vorbeigeht, konnte spätestens im November 2011 für jede und jeden erkennbar festgestellt werden: der rechte Terror der NSU. Selbst die jahrelange Weigerung der konservativen Medien, die mehr als 180 Todesopfer rechten Terrors in Deutschland seit 1990 anzuerkennen, wich.

Diese Realität muss mitgedacht werden, wenn man das Vorwort zu dieser Broschüre liest, geschrieben von der Bundesministerin, die sich auch für die staatliche Projektfinanzierung im Kampf gegen Rechtsextremismus verantwortlich zeichnet. Im Vorwort äußert sie, dass linksextreme Positionen im Zusammenhang mit der extremistischen Bedrohung der demokratischen Werte und rechtsstaatlichen Grundprinzipien bisher zu wenig beachtet worden seien.

Politikdidaktische Prinzipien als Ausgangspunkt der Kritik

Dieser Artikel möchte diese Veröffentlichung unter den zentralen politikdidaktischen Prinzipien untersuchen. Besondere Konzentration liegt dabei auf den Grundsätzen des Beutelbacher Konsens: Überwältigungsverbot, Kontroversität und Schülerorientierung.

Gemäß dem Überwältigungsverbot (auch Indoktrinationsverbot genannt) dürfen Lehrende Schüler_innen nicht ihre Meinung aufzwingen. Sie sollen die Schüler_innen mit Hilfe des Unterrichts in die Lage versetzen, sich eine eigene Meinung zu bilden. Darin spiegelt sich das Ziel politischer Bildung, die Herausbildung mündiger Bürger_innen, wider.

Das Gebot der Kontroversität soll die freie Meinungsäußerung der Schüler_innen ermöglichen. Lehrende müssen das kontrovers darstellen, was in Wissenschaft und Politik öffentlich kontrovers diskutiert wird. Dadurch werden eigene politische und theoretische Standpunkte der Lehrenden für den Unterricht unerheblich. Die Überwältigung/Indoktrination der Schüler_innen soll so verhindert werden. Das Prinzip der Schülerorientierung soll Schüler_innen in die Lage versetzen, die politische Situation und ihre eigenen Interessenslagen zu analysieren. Dabei sollen Methoden vermittelt werden, die die Handlungsfähigkeit der Schüler_innen stärkt, die politische Situation gemäß ihrer Interessen zu beeinflussen.² Die kritische Untersuchung dieser Broschüre geht dabei von drei Prämissen aus:

Erstens können auf Grund des Umfangs dieser Broschüre nicht alle zu kritisierenden inhaltlichen Punkte besprochen und unter dem Blickwinkel der oben genannten bildungspolitischen Prinzipien betrachtet werden.

Zweitens ist diese Kritik an die Schulrealität angepasst. Viele Lehrer_innen verwenden z.B. oft ausschließlich spezielle Themenhefte der Bundeszentrale für politische Bildung zu diesen spezifischen Themen. Wie in der Broschüre genannt fehlt es an Unterrichtsmaterialien zum Thema Linksextremismus und sie geht vom alleinigen Einsatz dieser Unterrichtsmaterialien aus. Deshalb bezieht sich die Kritik auf den Einsatz dieser Broschüre als ausschließliches Unterrichtsmaterial. Es steht zu befürchten, dass diese Broschüre, die sich im Vorwort und in den didaktischen Empfehlungen ausschließlich an Lehrkräfte wendet, als Ganzes an die Schüler_innen verteilt wird.

Drittens ist die Konzeption der gesamten Broschüre in Bezug auf die Lehrkräfte der schulischen und außerschuli-



schen Bildung kritisch zu hinterfragen, da insbesondere die gezielte, mit staatlichen Mitteln geförderte Beeinflussung von Multiplikator_innen der politischen Bildung hochproblematisch ist. Insbesondere auch unter dem Gesichtspunkt, dass in einem sozialwissenschaftlichen Fach ausgebildete Lehrer_innen in Berlin auch fachfremd in allen sozialwissenschaftlichen Unterrichtsfächern unterrichten müssen. Umstrittene, theoretische Diskussionen mit hoher politischer Relevanz, wie z.B. der Historikerstreit, sind vielen angehenden Lehrer_innen der Sozialkunde unbekannt.

Manipulierende Medienanalyse?

Die Nichtbeachtung des Überwältigungsverbot wird am Beispiel der Medienanalyse deutlich. Besonders hervorgehoben wird das Arbeitsblatt Medienanalyse auf der Übersichtsseite der Arbeitsblätter. Nach der rhetorischen Frage, ob linke Medien anders berichten, wird das zu erwartende Ergebnis der Medienanalyse schon vorweggenommen: Linksextremistische Medien berichten „hauptsächlich parteiisch und parteilich“, „unterstützen kommunistische bzw. anarchistische Weltdeutungen und diskreditieren zugleich gegenläufige Nachrichten als ‚bürgerlichen Manipulationszusammenhang‘“, und haben „zumeist die Aufgabe, Leser zu einseitigem politischen Aktivismus zu ermuntern“⁵.

Das Theater dieser vergleichenden Medienanalyse wird am Beispiel zweier Berichte von unterschiedlichen Zeitungen aufgeführt, welche über den 1. Mai 2010 berichten. Dass der Bericht aus der, vorher als linksextremistisches Medium eingestuft „junge[n] Welt“, neutral und vorurteilsfrei von den Schüler_innen analysiert werden wird, ist kaum zu vermuten.

Doch nicht nur das Vorurteil ist zu kritisieren. Bei der näheren Betrachtung fällt den aufmerksamen Leser_innen ins Auge, dass Artikel in der „junge[n] Welt“ scheinbar gekürzt, in der „Berliner Morgenpost“ dagegen gekürzt (durch Auslassungsklammern sichtbar gemacht) wiedergegeben werden! Zwei Positionen werden dem Leser dadurch manipulativ suggeriert:

Erstens die sehr unterschiedliche journalistische Wahrnehmung der Gewalt von und gegen die Polizei. Demnach berichten die angeblich linksextremistische junge Welt nur einseitig und nimmt nur auf die staatliche Gewalt Bezug, nicht aber auf die Gewalt, die gegen die staatliche Gewalt gerichtet wird. Diese Gewalt werde wiederum nur in der objektiven Berliner Morgenpost dargestellt, weil diese Zeitung von einer großen Anzahl von verletzten Polizisten berichtet. Von Gewalt gegen Bürger_innen durch die Polizei ist jedoch in ihrem Artikel nichts zu lesen. Mit dieser Darstellung werden mehrere Dinge bezweckt: Einerseits, dass die „junge Welt“ übertreibt und die Gewalt der Polizei nur durch die ideologische Brille der Journalisten entstanden ist. Andererseits, dass die „junge Welt“ durch Auslassungen Gewalt gegen die Polizei verharmlost.

Zweitens soll auch der perfide Eindruck entstehen, dass an der „Revolutionären 1. Mai Demonstration“ in Berlin Neonazis teilnehmen. Dass diese Neonazis nicht im Zusam-

menhang mit dieser Demonstration verhaftet wurden, kann dem Arbeitsblatt nicht entnommen werden. Dass den Autoren freudig strahlend dabei die Hoffnung entstanden ist, dass Schüler_innen denken werden, diese beiden extremen Gruppen würden zusammen gegen den demokratischen Staat agieren, kann hingegen nur vermutet werden.

Mit dieser bewussten Manipulation des Artikels der „junge[n] Welt“ lässt sich noch ein weiteres Bild bestätigen: Die vermeintlich unpolitischen „sogenannten Revolutionären 1.-Mai-Demonstrationen“⁴, als Gegenstück zu den „politischen organisierten Demonstrationen“⁵, führen nur zu Ausschreitungen. Da der nicht angezeigte, gekürzte Teil das im Jahre 2010 spezifische Thema der Demonstration benennt, soll dies nun hier geschehen: die Kritik an der Verdrängung sozial benachteiligter Menschen aus den Innenstadtbezirken von Berlin.

Antifaschismus ist nicht gleich Antifaschismus

Ein weiteres Beispiel für den Versuch der Überwältigung bietet das Arbeitsblatt 5, welches mit der Aussage „Antifaschismus ist nicht gleich Antifaschismus“ überschrieben ist. Zu analysieren sind auf diesem Arbeitsblatt zwei Texte – bei welchen es sich um zwei Textausschnitte aus einem Buch von Armin Pfahl-Traughber, ehemals Ressortleiter im Verfassungsschutz, handelt. Die Textausschnitte sollen darstellen, dass nicht jeder Antifaschist ein Demokrat sein muss.

Als positiver, in einem demokratischen Sinne verstandener Antifaschismus, wird hier die Opposition gegen Mussolini angeführt, die sich schon in den 20er Jahren als antifaschistisch bezeichnete. Auch Gegner Francos im Spanischen Bürgerkrieg sowie zu Zeiten seiner faschistischen Militärdiktatur werden an dieser Stelle als Antifaschist_innen aufgeführt. „Insofern handelt es sich bei diesem Begriff auch um einen positiv besetzten Terminus, d.h. mit dieser Selbstbezeichnung geht in demokratischen Gesellschaften eine anerkennende und wohlwollende Wahrnehmung einher.“⁶ Dass z.B. die offene Gegnerschaft Francos zum größten Teil aus Kommunist_innen und Anarchist_innen bestand, hindert den Autor hier nicht daran, diesen Antifaschist_innen eine „wohlwollende Wahrnehmung“ zuzugestehen, egal aus welchen ideologischen Motiven heraus diese Antifaschist_innen gekämpft haben. Die Attribute „wohlwollend“ und „anerkennend“ lassen jedoch aufhorchen. Denn im Umkehrschluss sind sie von der sogenannten demokratischen Gesellschaft vergeben und drücken daher ein Machtverhältnis aus. Das Attribut „notwendig“ oder die Kategorie eines politischen Urteils der Legitimität, verstanden als berechtigter Widerstand gegen den Faschismus, sucht man vergebens.

Als zweiter Textausschnitt wird die „kommunistische“ Faschismus-Definition vorgestellt und als Gegenstück zu den gerade benannten Beispielen des demokratischen Antifaschismus konstruiert. Der Autor spricht hier von einem Antifaschismusverständnis, das als „politisches Instrument zur ideologischen Legitimation der eigenen Machtansprüche“ dient. Kommunist_innen wird per se eine fehlende demokratische Einstellung unterstellt. Und der demokratische Antifaschist ist ausschließlich der bürgerliche, kapita-

listische Demokrat. Diese Denkweise spiegelt exakt das rein funktionale Antifaschismusverständnis von Pfahl-Traugherber wider, in welchem der Antifaschismus nur als Mittel zum Zweck, nicht aber als Selbstverständnis fungiert.

Da bei der Art und Weise dieser Textauswahl und Fragestellungen vorgefertigte Antworten zu erwarten sind, womit die Schüler_innen keine Möglichkeit zur eigenen Meinungsbildung haben sollen, ist dies ebenfalls als Überwältigungsversuch zu werten. Das Überwältigungsverbot bei diesem Beispiel ist stark mit dem Gebot der Kontroversität verbunden, bzw. durch das Nichtbeachten des Prinzips der Kontroversität kann von Überwältigung gesprochen werden. Vorenthalten bleibt, dass die Diskussion um einen legitimen, demokratischen Antifaschismus (insbesondere hier die Diskussion um die Blockaden gegen die alljährlich stattfindenden Naziaufmärsche in Dresden) in den letzten Jahren eine öffentlich geführte Diskussion ist, auf welche weder im Arbeitsblatt, noch in der gesamten Broschüre Bezug genommen wird.

Stattdessen wird im ersten Teil der Broschüre von dem „Demokratischen“ und dem „Antidemokratischen“ Antifaschismus erzählt. Der sogenannte demokratische Antifaschismus soll sich dabei gegen jede Rechtsdidaktatur verstanden wissen, insbesondere gegen den Nationalsozialismus. Dieser wird dann als rein nationales Problem, inklusive der Abschaffung der parlamentarischen Demokratie verstanden, indem „Grundrechte aufgehoben sowie Oppositionelle und als nicht dem Volk zugehörig Definierte verfolgt und ermordet [wurden].“⁷ Kein Wort vom Zweiten Weltkrieg, kein Wort von der Euthanasie, und der Holocaust in seiner geschichtlichen Ausprägung ist nicht bezeichnet.

Während in der Definition des „Demokratischen Antifaschismus“ zwar von Ermordeten und Verfolgten gesprochen wird, wenn auch wie erwähnt in unzulässiger Art und Weise, fehlen Opferzahlen. Zahlen können den Holocaust nicht erklären! Doch dabei helfen, Verharmlosungen in jeglicher Art und Weise aufzuzeigen. Die Nennung der Millionen Todesopfer in den sowjetischen Gulags hingegen zeigt den manipulativen Versuch, mit dem Leid dieser Opfer durch den stalinistischen Terror jeglichen Antifaschismus zu delegitimieren, der die Wurzeln des Faschismus auch in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung mitbegründet sieht.



Kontroverse Extremismustheorie - für politische Bildungsarbeit nicht geeignet?

Das Gebot der Kontroversität wird in der gesamten Broschüre stringent und konsequent nicht beachtet. Schuld daran ist ihre Orientierung an der sogenannten Extremismustheorie. Die fast zur staatstragenden Ideologie umfunktionierte Extremismustheorie wird aber auf wissenschaftstheoretischer, wie auf gesamtgesellschaftlicher Ebene kontrovers diskutiert. Diese Diskussionen werden ebenfalls wissenschaftlich ausgespart.

Im Kern besagt dieses Theoriekonstrukt, dass es eine demokratische Mitte gibt und am äußeren Rande stehende politische Extreme, die die Demokratie gefährden. Die Protagonisten dieser Theorie, Backes und Jesse entwickelten dazu eine Hufeisenmetapher, die besagt, dass sich „die Extremisten“ an den äußeren Rändern wieder annähern würden. Wörtlich klingt dies dann so: „Rechts- und Linksextremismus brauchen mithin einander. Letztlich sind sie sogar nicht daran interessiert, dass die andere Variante des Extremismus, die sie zu bekämpfen vorgeben, gänzlich von der Bildfläche verschwindet. Sie wollen vielmehr das hervorrufen, was sie so heftig attackieren.“⁸

Dass diese Äußerung ein gefährliches Hirngespinnst darstellt, muss erwähnt werden. Hier lohnt es sich, genauer auf die Auswirkungen solcher Kommentare und der dahinter stehenden Extremismuskonzepte zu schauen. Paulina Bader und Alex Demirovic zeigen u.a. am Beispiel der Kriminalisierung der Demonstration gegen den größten Naziaufmarsch Europas in Dresden die Gefahr der Extremismustheorie auf und stellen dar, wie die Anwendung dieser Theorie nicht demokratischeschützend wirkt, sondern als demokratiegefährdend anzusehen ist.⁹ Wolfgang Wippermann bezeichnet die Extremismustheorie sogar als Politologentrag, als herrschaftliche Ideologie.¹⁰ Er verweist dabei auf die „Erstverwendung“ des Begriffes „extremistisch“ durch den Verfassungsschutz, sowie auf die Ersetzung der Totalitarismustheorie durch die Extremismustheorie. Er bezeichnet beide Theorien als politische Ideologien. Als wissenschaftspolitische Gegeninszenierungen zur Faschismustheorie, um erstens die Lüge der Machtergreifung der Nazis aufrecht zu erhalten. Zweitens ein Bild zu konstruieren, nachdem die Weimarer Republik von Kommunisten und Faschisten und nicht von Faschisten und Konservativen auf legalem Wege und von oben zu Fall gebracht worden sei. Aber auch, um nicht von den kapitalistischen Strukturen/Vorbedingungen und von der Zusammenarbeit der Nationalsozialisten mit dem deutschen Konservatismus sprechen zu müssen.

Die implizierte Kritik der Verharmlosung rechter Ideologien durch die Extremismustheorie soll hier kurz am Beispiel der Broschüre aufgezeigt werden. Linksextremismus, Rechtsextremismus, Islamistischer Extremismus - alles Feinde der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Nicht das Trennende und völlig Unvereinbare steht hier im Mittelpunkt, sondern die gewollte kognitive Entstehung eines einheitlichen Feindbildes. Die Verharmlosung des Rechtsextremismus wird hier insbesondere durch die Gegenüberstellung der Definitionen der Extremismen erreicht. Gewalt

wird hier nur in einem von Rechtsextremen angestrebten starken Staat verortet. Die alltägliche, deutschlandweite rechte Gewalt, die seit 1990 mehr als 180 Menschen das Leben gekostet hat, wird nicht benannt. Den „Rechtsextremismus der Mitte“ sucht man hier vergebens.¹¹ Gewalt dagegen, die es schon gibt, findet sich hier nur beim Linksextremismus und dem islamistischen Extremismus.¹²

Zur Begriffsklärung und Begriffsverwendung unter politikdidaktischer Sicht sind hierbei die wissenschaftlichen Expertisen von Richard Stöss und Gero Neugebauer besonders interessant. Richard Stöss verweist auf die nur bedingte Nutzbarmachung der Extremismustheorie für die soziale Arbeit und die politische Bildungsarbeit.¹³ Sozialwissenschaftlich gebe es keine allgemein anerkannte Definition, nur die amtliche Verwendung des Verfassungsschutzes sei einigermaßen prägnant. Gero Neugebauer erweitert diese Aussage und stellt fest, dass die Sozialwissenschaft allgemein mit dem Begriff des Extremismus wenig anfangen könne.¹⁴ Die Begriffsverwendung sieht er in der Regel nur von Seiten des Verfassungsschutzes. Die Wirklichkeit einer komplexen Gesellschaft könne dieser aber nicht abbilden.

Schülerorientierung verstanden als Imperativ?

Das Prinzip der Schülerorientierung, welches das eigene politische Interesse der Schüler_innen berücksichtigen und ihnen Methoden und Möglichkeiten aufzeigen soll, aktiv im politischen Raum für ihre eigenen Interessen eintreten zu können, ist im gesamten Heft nicht zu finden. Schülerorientierung wird hier verkürzt und entpolitisiert aufgefasst. Schülerorientierung als bloße Orientierung an der Lebensumwelt der Schüler_innen, oder verstanden als Interessenswiedergabe bei Rollenübernahme einer imaginären Person in einem Rollenspiel.¹⁵

Der auf Seite 20 in den didaktischen Empfehlungen für Lehrkräfte fett hervorgehobene Anspruch einer „selbstständige[n] und differenzierte[n] Auseinandersetzung mit dem Thema Linksextremismus“ ist obsolet, da z.B. eine wirklich selbstbestimmte Auseinandersetzung nicht didaktisch vorgesehen ist. Der Imperativ ist hier: Nimm das Arbeitsblatt und bearbeite die Aufgaben. Eigene Quellenrecherche oder -auswahl, eigene Anknüpfungspunkte und Lebenserfahrungen als Ausgangsmoment der Beschäftigung mit diesem Thema sind nicht gefragt, oder völlig unzureichend, sondern die manipulative Erfüllung vorgefertigter Aufgaben und Imperative. So spielt es für die Verfasser keine Rolle, in welcher Art und Weise Entscheidungsfindungen in den Klassen vielleicht bereits vorherrschen und in welcher Art und Weise die Schüler_innen ihre eigenen Ansichten und Interessen politisch in der Entscheidungsfindung umsetzen wollen. Der Imperativ hier heißt Abstimmung, d.h. es wird nur eine Mehrheitsentscheidung impliziert. Die Suche nach einem Konsens ist somit von Beginn an ausgeschlossen. Dies bedeutet auch, dass Schüler_innen eine andere Vorstellung von demokratischer Organisation einer Gesellschaft, die ihren Interessen entspricht, verwehrt werden soll. Ein Beispiel hierfür ist die Diskreditierung anarchistischer - also radikal- und basisdemokratischer Demokratietheorien. Dass diese keinesfalls immer in einen Gewaltzu-

sammenhang zu bringen sind, hätten selbst die Autoren in Artikeln der Bundeszentrale für politische Bildung nachlesen können.¹⁶

Krudes Geschichtsbild und die Verneinung von Realitäten

Dass die Autoren über keine geschichtswissenschaftliche Ausbildung verfügen – oder ihnen das Aufpassen im Geschichtsunterricht nie gelungen ist – zeigt auch der Beitrag „Anti, Anti, Anti“. Nicht nur dass die Autoren eine verfälschte, vereinfachte und verallgemeinernde theoretische Grundlage des „linksextremen“ Antikapitalismus, Antinationalismus und Antiimperialismus wiedergeben. Der Imperialismus, somit auch der deutsche Imperialismus, als historische Tatsache, wird durch diesen Text verleugnet, bzw. als „vermeintlich[er] historische[r] Ablauf“¹⁷ verharmlost. Insgesamt gelingt es den Autoren auch nicht, Antikapitalismus, Antinationalismus und Antiimperialismus als Denkgebäude anzuerkennen, welche über die Grenzen Deutschlands hinausgehen. Der angebrachte Vergleich, dass die „Linksextremisten“ keine Unterschiede zwischen dem Kapitalismus des 19. Jahrhunderts und der heutigen Sozialen Marktwirtschaft sehen, ist nicht nur grob vereinfachend und fehlerhaft. Er verherrlicht auch die heutigen kapitalistischen Zustände in großen Teilen einer globalisierten Welt. Und der Vergleich bedient weiterhin die Fixierung des Politikunterrichts auf das politische System BRD, was im Generellen dazu beiträgt, imperialistische und kapitalistische Istzustände bewusst zu verheimlichen. Oder im Sinne der Modernisierungstheorie die „Unterentwicklung vieler Staaten“¹⁸ als selbstverschuldet darzustellen.

Wer schreibt was, wie und warum?

Herausgeberin dieser Broschüre ist die Zeitbild-Stiftung. Die Stiftungsziele sind auf der Internetseite der Zeitbild-Stiftung/des Zeitbild-Verlages nur kurz formuliert, im Stile von Allgemeinplätzen, die viele gut finden können.

Inhaltlich verantwortlich für diese Broschüre ist der Diplom-Kaufmann, Werbeagenturprofi und Verlagsboss Bernd Woischnik. Weitere Autor_innen werden nicht genannt. Warum gerade ein nicht didaktisch oder nicht sozialwissenschaftlich ausgebildeter Werbeprofi mit Unterstützung des Bundesministeriums verantwortlich für ein in Schulen eingesetztes Lehrmaterial ist, erschließt sich nicht. Dass dabei die wissenschaftliche Beratung von Eckehard Jesse übernommen wurde, kann in keinsten Weise beruhigen. Vielmehr sollte dies beunruhigen. Diese Beunruhigung findet sich in dieser Broschüre begründet wieder. Der wissenschaftliche Berater dieser Broschüre erhält nicht nur exponierten Platz für seine Ansichten. Seine Literatur ist auch zu großen Teilen ausschließliche Basisliteratur für diese Broschüre.

Auch die weiterführende Literatur ist scharf zu kritisieren. Es wird ein Buch von Patrick Moreau beworben. Patrick Moreau, da war doch was?! Der Name ist über Jahre hinweg im Zuge mehrerer Gerichtsverfahren gegen einen Politiker einer linken, in einigen Bundesländern vom Ver-



fassungsschutz überwachten Partei aufgetaucht. Ihm wurde dabei vorgeworfen, für seine Recherchen gegen eben jenen Politiker interne Informationen über den Thüringischen Verfassungsschutz erhalten zu haben. Moreau ist ein Publizist, der noch zwei weitere Namen, genauer gesagt Pseudonyme trägt (Peter Christian Segall und Hermann Gleumes), in seinen Schriften sich selber, bzw. die Texte seiner anderen Identitäten zitiert und über Jahre hinweg für den Verfassungsschutz auf Honorarbasis gearbeitet hat (nebenbei Auftragsarbeiten für die CSU-nahe Hans Seidel-Stiftung oder den Ring Christlich-Demokratischer Studenten, RCDS).

Was für ein trauriger Spaß. Wissenschaftler, die sich gern selbst zitieren, oder hier in dieser Broschüre überwiegend „eigene“ Publikationen als Quellengrundlage verwenden lassen. Dass dabei Pfahl-Traughber, Moreau, Jesse und Backes ehemalige Mitarbeiter des Verfassungsschutzes, oder Honorarkräfte des Verfassungsschutzes sind oder sehr eng mit dem Verfassungsschutz zusammenarbeiten, ist für die Leser_innen nicht erkenntlich. Dazu fast ausschließlich weiterführende Literaturhinweise in Gestalt von Internetlinks des Verfassungsschutzes.¹⁹ Staatsbürgerkunde at it's best.

Fazit

Die nach dem Beutelsbacher Konsens verlangte Kontroversität, welche besagt, dass das, was in Wissenschaft und Politik kontrovers diskutiert wird, auch im Unterricht als kontrovers erscheinen muss, ist durch diese Unterrichtsmaterialien, wie aufgezeigt, in keinsten Weise gegeben.

Vielmehr muss hier die ideologische Indoktrination beannt werden. Genauso wie die Problematik des immer größeren Eindringens staatlicher Organe, wie Verfassungsschutz und Bundeswehr, in den schulischen Raum, in die Sozialwissenschaften an den Universitäten und den außerschulischen Bildungsbereich. Zu diesen Themen hat sich nicht nur die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft klar positioniert, sondern auch ein breites Bündnis von Unterstützer_innen, die den Aufruf „Bildungsarbeit ohne Geheimdienst. Ein Aufruf für kritische, freie und qualifizierte politische Bildung als Grundlage demokratischer Kultur und Gesellschaft“, unterzeichnet haben.²⁰

Das Lehrmaterial ist nicht als Hilfe beim Prozess der Herausbildung kritischer Mündigkeit von jungen Bürger_innen und Lehrer_innen zu verstehen. Das Gegenteil ist bezweckt: die unkritische Übernahme politischer Ideologien mit ihren gesellschaftlichen (Macht)Implikationen. Bewusst werden hier die drei Grundsätze politischer Bildung, Schülerorientierung, Kontroversität und das Überwältigungsverbot, missachtet. Dagegen beinhaltet die Broschüre die einseitige, unkontroverse Diskreditierung von politischen Theorien, die auf manipulative Weise erreichte Infragestellung/ Verleugnung des (deutschen) Imperialismus, die Diskreditierung des Antifaschismus als politische Grundhaltung, Vorurteile über und bewusste Manipulation von linken Medien sowie die bewusste Verharmlosung des Nationalsozialismus. Der erzieherische Imperativ Adornos, dass Auschwitz nicht noch einmal sei²¹, wird außer Acht gelassen.

Keine Leseempfehlung – keine Empfehlung zur Verwendung in der schulischen und außerschulischen Bildung! ★

- 1 Die GEW Berlin lehnt die „Demokratieerklärung“ ab und fordert ihre ersatzlose Streichung. Einzusehen unter: http://gew-berlin.de/documents_public/Beschluss_8.pdf
Empfehlenswert ist auch der Kommentar von Patrick Gensing in der Tagesschau vom 10.02.2011. Einzusehen unter: <http://www.tagesschau.de/inland/extremismuserklaerung100.html>
- 2 Vgl. Beutelsbacher Konsens. Einzusehen unter: <http://www.lpb-bw.de/beutelsbacher-konsens.html>
- 3 Zeitbild Stiftung(Hrsg.): Demokratie stärken- Linksextremismus verhindern. München 2011. S. 21. Einzusehen unter: http://www.zeitbild-stiftung.de/demokratie_starken_linksextremismus_verhindern.html
- 4 Ebd., S. 30. Siehe Arbeitsblatt 8 „Ein Ereignis, zwei Medienberichte“.
- 5 Ebd., S. 30.
- 6 Ebd., S. 26. Siehe Arbeitsblatt 5 „Antifaschismus ist nicht gleich Antifaschismus“.
- 7 Ebd., S. 13
- 8 Backes, Uwe/Jesse, Eckhard: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1–3, Bonn 1989, S.271.
- 9 Vgl. Demirovic, Alex/ Bader, Paulina: Das Fürchten gelehrt. In: Der Freitag von 12.02.2010. Einzusehen unter: <http://www.freitag.de/positionen/1006-extremismus-demokratie-mitte-demirovic>
- 10 Vgl. Wippermann, Wolfgang: Politologentrug. In: Rosa- Luxemburg- Stiftung (Hrsg): STANDPUNKTE 10/2010. Einzusehen unter: http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_10-2010.pdf
- 11 Vgl. Decker, Oliver/ Wießmann, Marliese/ Kiess, Johannes/ Brähler, Elmar: Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010. Einzusehen unter: <http://library.fes.de/pdf-files/do/07504.pdf>
- 12 Zeitbild Stiftung (Hrsg.): S. 5.
- 13 Vgl. Stöss, Richard: Rechtsextremismus im Wandel. 2. akt. Auflage, Berlin 2007. S.14. Einzusehen unter: <http://library.fes.de/pdf-files/do/05227.pdf>
- 14 Neugebauer, Gero: Extremismus- Linksextremismus- Rechts- extremis. Begriffsdefinition und Probleme. Einzusehen unter: http://www.bpb.de/themen/UXBBFN,0,Extremismus_%96_Linksextremismus_Rechtsextremismus.html
- 15 Vgl. Zeitbild Stiftung(Hrsg.): Siehe Arbeitsblatt 6 Mein Haus, dein haus- ein Rollenspiel. S. 27/28.
- 16 Vgl. Neugebauer, Gero: Extremismus- Linksextremismus- Rechts- extremis. Begriffsdefinition und Probleme.
- 17 Zeitbild Stiftung(Hrsg.): S. 13.
- 18 Ebd., S. 13.
- 19 Ebd., S. 33.
- 20 Sellungnahme der GEW Berlin. Einzusehen unter: <http://gew-berlin.de/21977.htm> . Der Aufruf „Bildungsarbeit ohne Geheimdienst“ ist einzusehen unter: <http://bildenohnegeheimdienst.blogspot.de/>
- 21 Adorno, Theodor W.: Erziehung zur Mündigkeit. Frankfurt 1971.



Schwerpunkt:
INTERNATIONALISMUS

„Bildung ist ein Konsumgut“

Chile: Über die Hintergründe und den Lauf der dortigen Bildungsproteste

von Sebastian Thiel

Seit April 2011 gehen chilenische Studierende immer wieder für gleiche Chancen beim Zugang zu Bildung und gegen die Kommerzialisierung des Bildungssektors auf die Straße. Dabei konnte die Bewegung zum Teil bis zu einer Million Menschen mobilisieren, schaffte den Zusammenschluss mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen, besetzte landesweit Schulen und Universitäten und zwang u.a. den Bildungsminister zum Rücktritt. Doch diese Proteste sind nicht aus dem nichts entstanden, sondern nur die letzten Auswirkungen innerhalb eines Konflikts, der seine Anfänge in der Militärdiktatur unter Augusto Pinochet von 1973-1990 hat.

Historische Hintergründe des Protests

Unter Pinochet wurden die Universitäten ihrer Funktion als Ort des Lernens, Austausches und kritischen Engagements beraubt. So wurden nach der militärischen Besetzung der Hochschulen im Jahr 1973 die Rektoren der damals acht Universitäten durch Militärpersonal ersetzt und Fächer wie Soziologie, Politik und Anthropologie aus dem Lehrkatalog gestrichen. In der Folgezeit wurde die Finanzierung der Hochschulen, welche bis 1973 zu 80 Prozent staatlich erfolgte, drastisch gekürzt und die Entstehung privater Universitäten begünstigt. Das bis heute gültige „organische verfassungsgemäße Bildungsgesetz“ wurde noch einen Tag vor dem Abdanken Pinochets von dem Diktator höchstpersönlich unterzeichnet.

In den 1990er Jahren kam es dann im Bildungssektor wie im Rest der chilenischen Gesellschaft zu einer weiteren Neoliberalisierung und Gewinnausrichtung. So zählt Chile heute zu den Ländern mit einer der stärksten sozioökonomischen Trennungen zwischen verschiedenen Bildungseinrichtungen. Man spricht weitestgehend von einem Zwei-Klassen-Bildungssystem, in dem sich gut ausgestattete Privatschulen und miserabel finanzierte öffentliche Bildungseinrichtungen gegenüberstehen. Für die Finanzierung der öffentlichen Schulen haben die oft stark verschuldeten Kommunen Sorge zu tragen und können meist keinen gu-

ten Unterricht gewährleisten. Dem gegenüber stehen die hohen Gebühren für Privatschulen, welche sich 90 Prozent der chilenischen Eltern nicht leisten können.

Aber auch die staatlichen Universitäten sind für die meisten unerschwinglich. So belaufen sich beispielsweise die Kosten für einen Bachelor-Studiengang im Fach Geschichte an einer staatlichen Universität auf 4.124 Euro pro Jahr während der Mindestlohn bei ca. 269 Euro im Monat liegt.¹ Wie bereits erwähnt lag die staatliche Finanzierung der Hochschulen vor 1973 noch bei 80 Prozent, im Jahr 2011 bekam die Universidad de Chile, eine der größten öffentlichen Bildungseinrichtungen, nicht einmal mehr ganz 10 Prozent ihres Budgets aus Staatsgeldern.



Foto: Robert Lüdke

September 2011: Eine junge Demonstrantin in Santiago de Chile protestiert gegen Gewinnstreben und Profitdenken im Bildungssektor.

Von der Revolution der Pinguine zur neuen Protestbewegung

Die Studierenden fordern bei ihren Protesten ein Ende der Privatisierung von Bildung und endlich ein verantwortungsvolles Eingreifen des Staates. Der Zugang zu Universitäten sollte kostenlos sein und somit allen offen stehen. Diese Forderungen wurden bereits

im Jahr 2006 laut, jedoch nicht von Studierenden, sondern von Schüler_innen, welche durch die sogenannte „Revolution der Pinguine“ (zurückgehend auf die Schuluniform) für Aufsehen sorgten, als sie landesweit zu Protesten aufriefen. Viele der damals aktiven Studierenden heute und dürften kaum eine Verbesserung durch die damals minimal erfolgten Änderungen der Regierung am Bildungssystem bemerken.

Begonnen haben die neuerlichen Proteste im April 2011 und sorgten erstmals international für Furore, als im Mai 400.000 Menschen in Chile für ein gerechteres Bildungssystem auf die Straße gingen. Diese Marke wurde dann im August 2011 noch übertroffen, als sich über eine Million Menschen im Parque O'Higgins in der Hauptstadt versammelten.

Enorm wichtig für die Mobilisierung des Protests ist die Studierendenvereinigung Confederación de Estudiantes de Chile (CONFECH), welche ein Studi-Bündnis der verschiedenen staatlichen Universitäten darstellt. Dieses ist basisdemokratisch aufgestellt, auch wenn die mediale Aufmerksamkeit auf die Sprecher_innen wie Camila Vallejo gelenkt wird.

Anders als hierzulande ist in Chile jedoch ein Zusammenschluss aus verschiedenen zivilgesellschaftlichen Gruppen gelungen, so protestieren mit den Studierenden auch Angehörige der Gewerkschaftszentrale CUT, Mitglieder der Bergbaugewerkschaft und ein landesweites Lehrer_innenbündnis. Während des letzten Jahres kam es dabei immer wieder zu Besetzungen von Hochschulen in ganz Chile, welche aufgrund der privaten Finanzierung dieser schmerzliche Einnahmeverluste hinnehmen mussten. Überschattet wurde der zivile Protest durch unverhältnismäßige Gewalt seitens des chilenischen Staates. So kam es während der Demonstrationen wieder-

holt zum Einsatz von Tränengas und Wasserwerfern gegen die Studierenden. Insgesamt wurden mehr als 1000 Personen vorübergehend festgenommen, darunter immer wieder Minderjährige. Die Sprecherin der CONFECH Camila Vallejo wurde unter Polizeischutz gestellt, nachdem eine Mitarbeiterin des Kulturministeriums über ihren Twitter-Account eine Morddrohung ausgesprochen hatte. Die Gewalt gipfelte, als das Bündnis im August zu einem Generalstreik aufrief, an dem sich neben den Studis auch Angestellte des öffentlichen Dienstes, Mitarbeiter_innen des Gesundheitssystems, Kupferarbeiter_innen, Schüler_innen und Universitätsangestellte beteiligten und die Polizei zum Teil mit scharfer Munition auf die Demonstrierenden schoss. Dabei starb der 16jährige Manuel Gutierrez Reinoso.

Gespräche mit der Regierung / Weiterführung der Proteste

Im Oktober kam es dann zu Gesprächen zwischen Vertreter_innen der Studierenden und der Regierung. Dabei forderte man von Regierungsseite das Ende der Besetzungen der noch immer über 100 blockierten Bildungseinrichtungen im Land, welche sich als gutes strategisches Druckmittel der Studierenden erwiesen. Die Protestbewegung musste sich dabei keine Sorgen um den Rückhalt innerhalb der Bevölkerung machen, denn es sympathisierten weiterhin bis zu 89 Prozent der Chilen_innen mit ihren Forderungen. Währenddessen sank die Zustimmung für Präsident Piñera auf 22 Prozent. Dieser kündigte zwar an, die Finanzierung der Hochschulen aufzustocken, verweigerte aber echte strukturelle Änderungen. Nach den Erfahrungen der Proteste von 2006, waren die Vertreter_innen der Studierenden nicht gewillt, sich auf minimale Veränderungen einzulassen und so überraschte es nicht, dass die Gespräche letztendlich von Seiten der Studis abgebrochen wurden und erneut zu Protesten aufgerufen wurde.

Im Anschluss daran organisierten die Student_innen eine Landesweite Befragung zum Bildungssystem. Hier konnten an bis zu 1000 Wahllokale alle ab 14 Jahren ihr Votum abgeben. Dabei kam heraus, dass weiterhin bis zu 90 Prozent der Abstimmenden hinter den Forderungen der Protestbewegung, nach kostenloser Bildung, einem stärker staatlich geförderten Bildungssystem sowie einem für die Regierung verbindlichen Referendum stehen. Die Ergebnisse der Befragung wurden im Anschluss an die Regierung übergeben, sind aber selbstverständlich nicht bindend. Im Nachgang an die Gespräche und wahrscheinlich um dem anhaltenden Umfragetief entgegenzuwirken, musste Anfang Dezember der Bildungsminister Felipe Bulnes zurücktre-



Foto: Robert Lührke

August 2011: „Das Volk fürchtet sich nicht vor der Regierung. Die Regierung fürchtet das Volk.“

ten. Er war bereits der zweite Bildungsminister seit Beginn der Proteste im April. Zu seinem Nachfolger Harald Beyer, welcher zuvor als Bildungsexperte an einem privaten Forschungsinstitut arbeitete, sind Studierendenvertreter_innen geteilter Meinung. Hier war von erwartungsvollen Äußerungen bis Skepsis alles vertreten.

Internationale Aufmerksamkeit / Ausblick

Die sogenannten Mainstream-Medien hierzulande berichteten nur sehr marginal über die Proteste und wenn, standen entweder die angeblich gewaltbereiten Protestierenden im Vordergrund oder es wurde sich auf die Person von Camila Vallejo fokussiert, wobei mehr als einmal in sexistischer Art und Weise ihr Aussehen im Vordergrund der Berichterstattung stand und Inhalte kaum zählten. Differenzierte Berichterstattungen waren stattdessen nur von kleineren Zeitungen und Internetportalen sowie über direkte Kontakte zu bekommen. Diese Medienpraxis beweist einmal mehr, wie wichtig unabhängige kritische (studentische) Medien sind. Beispielsweise wurde durch die Fachschaftsinitiative des

Lateinamerikainstituts unter dem Motto: „No Border, No Nation, Support Education“ eine Infoveranstaltung zum Thema veranstaltet, bei der Aktivist_innen auch selbst zu Wort kamen. Auch der AstA FU erklärte sich im Dezember 2011 solidarisch mit den protestierenden Studierenden in Chile.²

Nach fast einem Jahr der Proteste lässt sich festhalten, dass die grundlegenden Änderungen im chilenischen Bildungssystem weg von einem elitären, profitorientierten hin zu einem egalitären System, das breite Bildungsmöglichkeiten für alle gewährleistet, weiterhin ausstehen. Jedoch musste die chilenische Regierung akzeptieren, dass sie bei den nötigen Änderungen nicht um die Studierenden als Gesprächspartner_innen herum kommt und diese sich nicht mit minimalen Veränderungen zufrieden geben werden. ★

1 Lateinamerika Nachrichten 447/448 Sep/Okt.2011 S.11.

2 Die Presseerklärung findet ihr unter astafu.de/aktuelles

Nicht allein die Zukunft der Bildung, sondern eine Zukunft für Alle

Kolumbien: Neoliberale Umgestaltung der Hochschulen, landesweite Streiks und Bildungsproteste

vom Referat für Antifaschismus und Internationalismus
des AstA FU Berlin

*traducción en español por el grupo de antifascismo e
internacionalismo del AstA FU Berlin*

Im Jahr 2011 beabsichtigte die Regierung in Kolumbien ein Gesetz (Ley 30) auf den Weg zu bringen, das 50% der staatlichen Hochschulbildung privatisieren würde. Dadurch würde die Hochschulbildung ihre Autonomie verlieren und der Zugang zu der Universität noch weiter erschwert. Die Regierung argumentierte, dass es mit dem Gesetz mehr Gelder für Bildung geben würde. In der Tat sollte aber eigentlich nur ein bisschen mehr Geld für Fachhochschulen und viel weniger für Hochschulen zur Verfügung gestellt werden. Ziel war es, eine breitere Gruppe an billigen Arbeitskräfte und eine elitäre Gruppe an Hochschulabsolvent_innen zu schaffen. Noch dazu kommt, dass das Geld, das für die Hochschulen bestimmt ist, in erster Linie für individuelle Projekte und private Forschungsauf-

En el 2011 el gobierno colombiano se proponía sacar la llamada Ley 30, que pretendía privatizar la financiación de la educación pública en un 50%. A través de ésta, perderían las universidades públicas su autonomía y el acceso a la educación sería aun más difícil. En la argumentación del gobierno, se postulaba que de esta forma habría más financiación para la educación. En realidad se invertiría un poco más en institutos de aprendizaje técnico y menos en la educación universitaria. El objetivo era crear un grupo mas grande de mano de obra barata y una pequeña élite de graduados universitarios. Además, el dinero que sería destinado a las universidades sería en primera línea para proyectos individuales e investigación privada, lo que no soluciona

träge vorgesehen ist, was keine Lösung für die lückenhafte Finanzierung der Hochschulen ist. „Ohnehin werden in einem Land, das vom technisierten Agrarexport und Bergbau lebt, keine kritischen Gesellschaftswissenschaften benötigt, sondern Menschen mit spezifischen Fähigkeiten, die in transnationalen Unternehmen eingesetzt werden können.“¹ Dieses Gesetz kam noch dazu sehr undemokratisch zustande: 97% der Universitätsmitglieder (Studis, Professor_innen, Dozierende, Hiwis usw.) haben an der Erarbeitung dieses Gesetzes nicht teilgenommen. Die Durchsetzung eines noch neoliberaleren Modells, das nur ökonomische Ziele verfolgt, vernichtet andere Wissensformen sowie kommunale und nicht-lukrative Entwicklungsmodelle. Im Rahmen der neoliberalen Umgestaltung der Hochschulen in Kolumbien, hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten die ökonomische Krise der öffentlichen Universitäten verschärft.

Ab Oktober 2011 haben die Studierenden einen Monat lang landesweite Streiks organisiert, haben runde Tische für Diskussionen einberufen und mit anderen sozialen Bewegungen Demonstrationen durchgeführt. Es sind über 200.000 Menschen, die nicht nur Studierende sondern auch Arbeiter_innen, Dozierende usw. waren, auf die Straße gegangen, um gegen dieses Gesetz zu protestieren. Um die 35 Universitäten haben an dem unbefristeten Streik teilgenommen, auch private Universitäten haben sich beteiligt. Die Mobilisierungen haben in ganz Kolumbien stattgefunden und die Repression der Regierung kam prompt. Ein Student wurde durch eine Explosion auf einer Demonstration umgebracht und 10 weitere wurden verletzt. Was passiert ist, konnte nicht geklärt werden, aber die Studierenden machen die Regierung dafür verantwortlich. Auch die massive Präsenz der Polizei an den Universitäten sorgt für Unsicherheit in der Studierenden-schaft, die ihren Abzug fordert. Die Mobilisierungen haben es geschafft, das Gesetz zu stoppen und die Regierung wurde gezwungen, mit der Bewegung eine integrale Bildungsreform zu diskutieren.

Obwohl das Gesetzesvorhaben vorerst verhindert werden konnte, ist die Bewegung mit ständiger Mobilisierung, dem Austausch von Vorschlägen und dem Aufbau weiterer Organisation beschäftigt – trotz der starken Repression, die die Bewegung seitens der staatlichen Kräfte erleben muss. Zu einer internationalen Mobilisierung für Freie Bildung wurde von den Studierenden in Chile und Kolumbien aufgerufen. Für die Studierenden ist klar, dass die neoliberalen Gesetze nicht nur national sondern auch international das Bildungssystem schädigen. Die Wichtigkeit einer gemein-

los vacíos de la financiación universitaria. “De cierta forma, un país que vive de la exportación de la agroindustria y la minería privada, no necesita ciencias sociales críticas, sino personas con conocimientos técnicos específicos que trabajen en el futuro en empresas transnacionales”.¹ Por otro lado, esta ley fue hecha de una forma antidemocrática, ya que el 97% de los miembros de las universidades (estudiantes, profesores, docentes, monitores) no participaron en su concepción. La imposición de un modelo aun más neoliberal, que solo sigue objetivos económicos, destruye otras formas de saber; así como modelos de desarrollo no lucrativos y comunitarios. En este marco de neoliberalización de la educación en Colombia se ha agravado en las últimas dos décadas la crisis económica de las universidades públicas.

Desde octubre y durante un mes realizaron lxs estudiantes en toda Colombia huelgas en las universidades, hicieron mesas redondas de discusión y llevaron a cabo manifestaciones junto con otros movimientos sociales. Más de 200 000 personas, no solo estudiantes, también trabajadorxs y docentes, salieron a la calle a protestar en contra de la ley 30. Aproximadamente 35 universidades participaron en la huelga indefinida; también algunas universidades privadas. Hubo movilizaciones en toda Colombia y la represión del estado no se hizo esperar: un estudiante murió por el impacto de una explosión durante una manifestación y 10 resultaron heridos. No se sabe lo que pasó exactamente, pero lxs estudiantes culpan al gobierno. También la presencia masiva de las fuerzas del estado en las universidades crea inseguridad entre lxs estudiantes, quienes exigen su retiro. Tales movilizaciones lograron que no se aprobara la ley y de esta forma el go-

bierno fue obligado a discutir con el movimiento estudiantil una reforma educativa integral.

A pesar del derrocamiento de la ley 30 y de la fuerte represión por parte del estado, el movimiento continúa movilizándose, intercambiando propuestas, construyendo y ampliando su organización. Estudiantes de Chile y Colombia convocaron el 24 de noviembre a una marcha internacional

por la defensa de la educación libre y pública. Para lxs estudiantes está claro que las leyes neoliberales no solo afectan el sistema educativo de forma nacional, sino también internacional. A grosso modo, lo que está ocurriendo en América Latina, sobre todo en Puerto Rico, Chile y Colombia, es la imposición del modelo neoliberal que considera la educación como un negocio.



„Ellos también querían estudiar“ / „Sie wollen auch studieren“

samen Mobilisierung wurde erkannt und am 24. November 2011 fand diese dann statt. Tausende von Menschen in Lateinamerika protestierten zusammen, um die öffentliche Bildung zu verteidigen.

Grob gesagt: Was in Lateinamerika gerade stattfindet, vor allem in Puerto Rico, Kolumbien und Chile, ist die Durchsetzung des neoliberalen Modells, um Bildung als Geschäft zu sehen. Dieses Jahr werden die Studierenden weiter gegen das neoliberale System kämpfen. Sie erinnern daran, dass der Streik nur vorübergehend abgebrochen wurde und jederzeit wieder einberufen werden kann, wenn die Regierung erneut versucht, dieses Gesetz durchzusetzen. Die Studierenden werden zu Foren aufrufen, um mit verschiedenen politischen und sozialen Akteuren einen ganz neuen Vorschlag für eine freie, soziale und demokratische Bildung zu erarbeiten.

Die Mobilisierungen bringen eine grundsätzliche Debatte ans Licht. Bei Forderungen nicht nur um individuelle Bedürfnisse sondern um ausreichende Finanzierung der Universitäten, kostenlosen Zugang zu Bildung, interne Demokratie, akademische Autonomie, eine direkte Verbindung mit den Problemen des Landes, Subventionierung für die Studierenden und Bildungsqualität. In diesem Kampf geht es nicht nur um die Zukunft der Bildung, sondern um eine Zukunft für Alle! ★



„El paro vive!“ / „Es lebe der Streik!“

Este año lxs estudiantes seguirán luchando contra el sistema neoliberal. Ellos recuerdan que la huelga se ha interrumpido temporalmente y puede ser convocada en cualquier momento, si el gobierno intenta imponer nuevamente la ley. Lxs estudiantes citarán a foros de intercambio para discutir con diferentes actores sociales y políticos una nueva propuesta y así lograr una educación libre, social y democrática.

Las movilizaciones traen a luz un debate fundamental. Las exigencias van mucho más allá de necesidades individuales: financiación suficiente, acceso gratuito a la educación, democracia interna, autonomía académica, conexión directa con los problemas del país, subvenciones para lxs estudiantes y calidad educativa. Esta lucha no se trata solo del futuro de la educación, sino del futuro de todos. ★

1 Jeness, A; Gerds, Ch. (2011): „Etappensieg für Studierende“, in: Lateinamerika Nachrichten. No. 450, Berlin.

1 Traducción de las autoras del original en alemán: Jeness, A; Gerds, Ch. (2011): „Etappensieg für Studierende“, en: Lateinamerika Nachrichten. No. 450, Berlín.

Kurzmeldung: Unfassbar... freie Bildung in Selbstverwaltung - Das Beispiel des Colegio A-90 in Chile

Wie überflüssig und schädlich „Chef_innen“ in der Bildung sind, hatten einmal mehr die Schüler_innen, Lehrer_innen und Unterstützer_innen der chilenischen Oberschule A-90 bewiesen. Ohne auf Vorgaben eines Rektorats hören zu müssen, gestalteten von Mai bis Dezember 2011 sieben Lehrer_innen und 160 Schüler_innen demokratisch den Unterricht. Ohne Anwesenheitspflicht, ohne Noten, ohne Uniform. Die Lehrer_innen gestalteten den Unterricht zusammen mit Schüler_innen und nutzten den Lehrplan lediglich als Richtlinie statt als Gebot. Unter dem Motto „alle nach ihren Fähigkeiten und Bedürfnissen“ waren die Klassen- und Jahrgangsverbände aufgelöst und durch

Kurse in verschiedenen Niveaustufen ersetzt worden. Neben den kontinuierlich unterrichteten Basisfächern organisierten unterstützende Eltern, Studierende, Dozierende, Professor_innen und Künstler_innen Workshops von Schauspiel über Breakdance bis zur Geschichte revolutionärer Bewegungen. Und am Wochenende wurden kostenlose Konzerte und Theaterstücke in der Aula aufgeführt.

Von den 170 Schüler_innen der Schule A-90 waren lediglich 10 Schüler_innen auf andere Schulen gewechselt. Der Rest befand sich über sechs Monate im Kampf gegen die Gewalten für eine kostenlose, selbstverwaltete Bildung. Die Stadtverwaltung hat unterdessen die Schule schließen lassen. ★

Mi smo univerza

Slowenien: *Out of Dablem* dokumentiert hier Auszüge einer Presseerklärung des Bündnisses „Mi smo univerza“ an der Universität Ljubljana, wo Studierende aus Protest gegen die Politik der slowenischen Regierung und der Hochschulleitungen im Herbst 2011 die Philosophische Fakultät besetzten.

Wer sind Mi smo univerza?

Mi smo univerza (Wir sind die Uni, MSU) ist eine Bewegung von Studierenden, Universitätsangestellten und allen, die so oder anders mit dem universitären Leben verbunden sind. MSU wurde gegründet um die Tätigkeiten verschiedener formeller und informeller Organisationen, Studierendenvereine und Schulgewerkschaften, die bis jetzt auf die kritische Analyse der Regierungsvorlagen und die Informierung der Öffentlichkeit beschränkt waren, zu verbinden und sich politisch zu artikulieren. Die grundlegende theoretische Orientierung der MSU ist die Kritik der aktuellen Ideologien des heutigen kapitalistischen Systems. Unsere grundlegenden politischen Prinzipien sind: Egalität, Solidarität und direkte Demokratie. Das Ziel der MSU ist ein neues Bildungs- und Theorieproduktionssystem zu erreichen, das fähig sein wird, die historischen Alternativen zum aktuellen gesellschaftlich-politischen System, das auf Ungleichheit, Konkurrenz, dem technokratischen Elite-Prinzip und unternehmerischen Idiotismus basiert, aufzuzeigen.

Gegen was protestieren wir, was sind unsere Forderungen?

Wir haben die Problematik des Hochschulwesens in drei grundlegende inhaltliche Teile gegliedert:

(1) Studienqualität

Wir sind gegen die bürokratisierten und standardisierten Überprüfungsverfahren der Ergebnisse des Studiums. Wir fordern eine demokratische, einbeziehende und vertiefende Diskussion der angesprochenen Problematik.

(2) Beschäftigungspolitik

Die aktuellen Beschäftigungsverhältnisse (sowohl an der Universität und in der Forschung als auch allgemein) gehen in die Richtung von präkerer Arbeit, Zeit- und Honorararbeit. Dabei ist die Philosophische Fakultät keine Ausnahme! Deshalb verlangen wir von der Fakultätsleitung, dass das technische Personal unmittelbar an der Fakultät angestellt wird und nicht über Arbeitsagenturen. Assistent_innen, die derzeit einen befristeten Arbeitsvertrag haben, sollen fest angestellt werden. Ebenso gibt es an der Philosophischen Fakultät (und an der ganzen Universität Ljubljana) zu wenig Lehrkraft und Fachpersonal, bzw. ist die Zahl der Studierenden auf die einzelnen Referent_innen-Stellen zu hoch. Von der Fakultäts- und Universitätsleitung erwarten wir eine langfristige Beschäftigungsstrategie, die aus individuellen Bedürfnissen und Forderungen des Lernprozesses hervorgehen, die Einstellung von neuen Hochschullehrer_innen und eine Abkehr von der derzeitigen Strategie, so wenig sichere Arbeitsplätze wie möglich zu schaffen.

(3) Soziale Problematik

Wir setzen uns für kostenfreie Bildung ein, die für alle verfügbar sein muss. Qualitätsvolle Bildung und die Offenheit der Universität sind zu wichtige Grundlagen, um sie den politischen Spielchen der jeweils aktuellen Regierung zu überlassen oder sie mit Sparmaßnahmen einzuschränken. Die Universität hat die Krise nicht verursacht und es gibt keinen Grund dafür, dass sie für diese Krise finanziell bestraft werden soll. Sie kann aber zum Konzipieren der gesellschaftlichen Alternativen zu Krisen und Sparmaßnahmen konstruktiv beitragen.

Wir sind gegen die geplante Kürzung der Studiendauer und gegen das Abschaffen der Absolvent_innenzeit. Der Grund für die durchschnittlich längere Studiendauer in Slowenien liegt in der sozialen Notlage der Studierenden: Für sie ist es schwer eine feste Anstellung zu finden, womit der einzige Weg für das Überleben der jungen Leute eine Statusverlängerung ist, und damit die Möglichkeit zur studentischen Arbeitsvermittlung zugelassen zu werden. Die sozialen Probleme dürfen nicht durch die finanzielle Bestrafung der Studierenden gelöst werden. Wir setzen uns für Stipendien ein, die für alle Studierenden, die sich in einer schwierigen sozialen Lage befinden, verfügbar sein müssen. Wir sind der Meinung, dass die soziale Sicherheit eine Bedingung für ein qualitativvolles und erfolgreiches Studium ist.



oh Canada!

About the actual situation in canadian universities
/ la situation dans les universités canadiennes

text and translation by Sébastien Tremblay
/ texte et traduction de Sébastien Tremblay

Oh Canada! Marvelous land of forests and lakes coast to coast, sprawling wild nature, enthralling stretch of (once) fresh air, G8 and G20 repressive police state, redneck leaded patch of polluted water and cutdown sparse patch of wood stolen from Natives' traditional hunting ground... If the Lonely Planet-like description of the north american hat didn't fool you, it still mischievously gives the impression that Beaver Paradise is a wonderful place to live. "Pretending" is still the new national sport in Harperland and therefore it is about time to write an input. In the next few paragraphs, your newly improvised canadian correspondent will try to describe the actual situation in canadian universities and try to analyze the grudge grumbling through the student population. That being said, this humble narration of facts will concentrate on the situation in the province of Quebec. Please do not see in it any form of pseudo pride or nationalism, it's just easier to use simple facts when you know the situation from inside.

Without any german bailout fund to help them, the students get out of university with debts that their parents never had to pay.

As much as the province of Quebec tend to see itself as some Asterix-inspired-gallic state within a state, it is still pretty clear that neoliberalism and anglo-saxon way of seeing education is in queen-hating heaven en vogue. Going to university in Quebec is becoming more and more a luxury and without any german bailout fund to help them, the students get out of university with debts that their parents never had to pay. In its last budget, the Quebec government planned to hike tuition fees so that it will soon cost students \$3,793 a year for university studies—or an increase of nearly 75 % (\$1,625) over five years. If we take into account previous increases (from 2007–2008 to 2011–2012), tuitions will have gone up \$2,125 (127 %) in ten years, jumping from \$1,668 to \$3,793. And the uptrend will continue past 2017, because tuition fees are slated to be indexed to inflation, even if student earning power does not follow this rise in the cost of living¹.

Keep in mind that this amount only represents what a regular university-goer must pay for his or her classes and that the bill already piles up to about \$2000 when the "mushroom fees" (internet fees, copyrights, etc.) are taken into account. In the last decades, the government, to please the province's think tanks, played the Ryanair card and raised those other fees in order to be able to say that the fees were the lowest in Canada. Actually they are and the Jean Charest's liberal government likes to claim it out loud! Noticing that the average students fees are over \$4000 in every other canadian province and considering that others (in New-Brunswick for example) are slowly realizing that less and less students can afford to go to college², the smiling minister for education Line Beauchamp should stop doing so and admit that education is now considered a service

Ô Canada! Somptueuse litanie qui nous évoque automatiquement la merveilleuse étendue de forêts et de vastes lacs, la définition même de l'état sauvage, une bouffée d'air (autrefois) frais, un état policier répressif à la solde du G8 et de son grand frère le G20, une mare noirâtre d'eau poisseuse et quelques sanctuaires volés aux Premières Nations menacés de coupe à blanc et dirigés de main de fer par une version mini-moi des pires jours du règne de Bush... Si la description du Guide du Routard du chapeau de l'Amérique du Nord a pu naguère vous leurrer, il est essentiel de remettre les pendules à l'heure, puisqu'au Paradis des Castors où il fait supposément bon vivre, le Hockey a laissé sa place au nouveau sport national, le faire-valoir en chemises à carreaux. Dans les quelques prochains paragraphes, votre nouveau (et tout récemment improvisé) correspondant canadien tentera de vous décrire la situation dans les universités canadiennes et essaiera d'analyser la grogne émanant de la population étudiante. Ceci étant dit, cette humble narration des faits se concentrera somme toute sur la situation de la Province du Québec. Veuillez svp n'y voir aucune forme de pseudo-fierté ou de nationalisme, il est simplement plus facile de démontrer des faits lorsque l'on connaît la situation de l'intérieur.

Même si la province du Québec tend à se voir comme un village gaulois tout droit sorti du dernier volume d'Astérix qui combattrait pour sa survie au sein de la confédération toute canadienne d'un océan à l'autre, il est pourtant évident que le néolibéralisme et l'éducation à la sauce anglo-saxonne est en vogue là où la reine ne l'est plus. Le simple fait d'aller à l'université au Québec est devenu un luxe et sans pouvoir bénéficier d'un « fond parapluie » généreusement offert par la république fédérale allemande, les étudiant(e)s sortent des universités avec un amoncellement de dettes que leurs parents n'eurent jamais à payer. Dans son dernier budget, le gouvernement québécois planifie cependant de hausser les frais de scolarité¹ et il coûtera bientôt à l'étudiant(e) moyen(ne) \$3,793 pour une année à l'université ou autrement dit, une hausse de 75% (\$1,625) sur cinq ans. De plus, si nous tenons compte des augmentations précédentes (de 2007-2008 et de 2011-2012), les frais auront bondis de \$2,125 (127%) en dix ans, passant de \$1,668 à \$3,793. Et loin de là l'idée de s'arrêter là pour le gouvernement, puisque cette tendance à la hausse continuera passé 2017, puisqu'on indexera les frais de scolarités selon l'inflation, même si le pouvoir d'achat (nomenclature du monde des affaires quand tu me tiens) et le capital des étudiant(e)s ne suivra pas².

De surcroît, gardez en tête que ce montant ne représente pas la facture régulière d'une personne allant à l'université, puisque cette dernière doit également déboursier une somme considérable en additionnant tous les «frais champignons» (internet, droits d'auteur(e)s, etc.), ce qui peut équivaloir à environ \$2,000 lorsqu'on compile le tout au prix d'un semestre régulier. Lors de la dernière décennie, le gouvernement, pour plaire aux «think-tank» de la province, s'est de plus en plus amusé à jouer la carte Ryanair et à augmenter les frais addi-

and not a right. In her twisted view on education, the universities in Quebec are now not able to “compete” against the others in Canada and need higher fees to raise the “value”³ of the general bachelor. Don’t worry if you don’t follow the pseudo-economical BS (bullshit, editor’s note) the important thing is that you nod and go with the flow. In fact, the economical view on education is more and more fashion in the media. Every week new trends appear to remind students that they shouldn’t look up to european standards and should better look south in order to fall on their knees and thank god or whatever which spaghetti monster that they are not living in the states.

On another hand, the finance minister and proud creator of the last three social disastrous budgets, Claude Bachand, likes to remind students that they need to pay their “fair part” and shouldn’t wait for the state to pay for everything. The concept of fairness and tuition fees is sure a nebulous one, but in Bachand’s idea, it should cost the same amount of money (with inflation) to go to college as in 1968 (emotional year when it comes to education). What our Baby Boomer here doesn’t tell us is that 1968 saw a complete turn over in education in Quebec (as in the rest of the world) and that the then new network of state universities like the Université du Québec à Montréal (UQAM) or Trois-Rivières (UQTR), Chicoutimi (UQAC), Rimouski (UQAR), Hull (UQAH, which later became UQO), and Abitibi-Témiscamingue (UQAT) marked the beginning of a phase of improved access to higher education. Going from an elite system that was quite inexpensive for the state to the resulting increase in the portion of the budget dedicated to this education system, it is no surprise that the share of funding provided by tuition fees has fallen over the years. Deepening the topic, and calculating with the numbers of yesterday compared to those of today it’s also pretty obvious that the state propaganda is false. If in 1978 a student needed to work 4 weeks full time with a minimum wage of \$3,37/hour in order to pay for his education, in 2012 the same student needs to work 6,7 weeks full time with a minimum wage of \$9,65/hour⁴. Rents going up (thank you, gentrification) and the economical crisis working full spin (thank you, capitalism) the students now need to work about 20-30 hours per week to be able to sustain themselves and pay, while going to university, the scholarship awarding system being ruled by parents-paying-students and the aid from state (-aide financière aux études- AFE) being a lottery. Meanwhile economical institutes, think tanks and right-winged journalists like to point out that students pay for internet connection every month and own laptops. Paying for this “luxury” they should be able to pay for their new increased fees. The humble author of the present text also couldn’t help noticing that students also pay for a bus card, pencils, and own a bed and they should be ashamed...

The other big lie is also bringing more to the insult. The Quebec government intends to earmark \$850 million for universities by 2016-17 and \$265 million would come from those tuition fee increases and \$54 from donations by the private sector (because having a chairperson from Coca-Cola or from a bank in almost every board of every university is of course not enough). However, only 50% to 60% of these new sums will be used to improve teaching condi-

tionnels, pour continuer à scander à tous les vents que l’étudiant(e) gâté(e) du Québec payait moins que ceux et celles dans le reste du pays. Rendons à César ce qui est à César, c’est effectivement le cas et le gouvernement libéral de Jean Charest ne cesse de le répéter à qui veut l’entendre. Pourtant, il suffit de regarder ailleurs au pays (vers le Nouveau-Brunswick par exemple) pour voir que de moins en moins de gens peuvent se permettre d’aller s’asseoir sur les bancs de l’université, en raison de coûts s’élevant en moyenne à \$4,000³. Ainsi, la toute souriante ministre de l’Éducation, Line Beauchamp, devrait peut-être cesser justement de laisser sécher ses dents et admettre que l’éducation est maintenant considérée par son gouvernement comme un service et non comme un droit. Dans sa manière toute particulière et ô combien rationnelle (ou rationnée) de voir l’éducation, les universités du Québec ne sont plus «compétitives» avec celles du reste du Canada et de plus hauts frais de scolarité pourraient ainsi élever la «valeur» de la licence moyenne. Ne vous inquiétez pas si vous ne comprenez pas tout ce charabia économique, la chose importante est que vous acquiesciez et suiviez le courant. En fait, cette vision affairiste de l’éducation est de plus en plus tendance dans les médias québécois. Toute les semaines apparaissent de nouvelles chroniques rappelant aux étudiant(e)s qu’ils/elles ne devraient pas regarder et espérer du côté de l’Europe, mais devraient plutôt tomber à genoux et remercier dieu ou n’importe quel monstre de spaghetti volant de ne pas être né(e)s aux États-Unis d’Amérique.

D’un autre côté, le ministre des finances et fier créateur des trois derniers budgets désastreux sur le plan social, Claude Bachand, aime bien jouer au père de famille et rappeler aux étudiant(e)s que ces dernier(e)s doivent payer leur «juste part» et ne devraient pas attendre qu’un état-nounou le fasse à leur place. Le concept de “juste part” allié aux droits de scolarité est effectivement des plus nébuleux, mais suivant l’idée de Bachand, il devrait en coûter autant d’étudier en 2012 (avec inflation) que d’étudier en 1968 (veuillez noter le choix émotif de l’année de référence). Notre Baby Boomer semble omettre de mentionner le 180° effectué par l’état en 1968 (comme dans beaucoup d’autres régions du monde) lorsque le réseau d’université publiques a vu le jour, comprenant des établissements tels que l’Université du Québec à Montréal (UQAM) ou Trois-Rivières (UQTR), Chicoutimi (UQAC), Rimouski (UQAR), Hull (UQAH, devenue plus tard UQO), et en Abitibi-Témiscamingue (UQAT) qui marquèrent un renouveau dans l’accessibilité aux études au Québec effaçant le caractère élitiste d’un système qui se soutenait lui-même sans l’aide de l’état. Cette nouvelle accessibilité, il en allait de soit augmenta la part du budget nécessaire à l’éducation et il n’est pas surprenant de remarquer un écart entre aujourd’hui et hier lorsqu’on observe la part provenant des poches de l’étudiant(e). Si on approfondit le sujet en calculant avec les chiffres d’hier et d’aujourd’hui en effectuant au passage une comparaison toute simple, il est évident que la propagande gouvernementale ne tient pas la route. Si la personne allant à l’université en 1978 devait travailler 4 semaines à temps plein au salaire minimum de \$3,37/heure pour pouvoir payer sa facture universitaire, la même person-



A sit-in in Montreal's Quartier des Spectacles, a hot-spot for tourists. / Un sit-in contre la hausse dans les rues de Montréal, dans le Quartier des Spectacles, un quartier touristique.

tions and students services. Between 15% and 25% of the money will go toward research, with priority given to the (surprise) private sector. From 10% to 20% will be dedicated to the "competitive positioning of universities in Canada and abroad" and 3% to 15% will be used for "governance" expenses. Seeing the chief education officer of Montreal's Concordia Uni being given millions when she quit, one can wonder what would be those "governance" expenses⁵...

But if the so-called "underfunded unis" in Quebec are in such a disastrous state, what solution could be found? The "young wings" of both leading parties (PLQ and PQ) are now considering to implant a special tax for students or raise the fees for some bachelors (discouraging the lower classes to study Law or Medicine and therefore extend the gap between classes). Fortunately, the students and students associations are not buying it and, considering that free education would cost about \$500 million to implement, still dare to dream⁶.

Hope? 2005 version 2.0?

Even if it went through a little downfall in the last years, the student movement is still going strong in the province, thanks to a broad network of actors and a lot of mobilization. Let's be clear about it, even if they are not in agreement (you know our average left-winged disease against unity) the different associations are almost all fighting against this new policy and hate the government as much as they used to hate it in 2005. Whoaahh! What was 2005? Only the biggest student strike in Quebec history. It went like this: Jean Charest (yes, he's been Quebec's prime minister since 2003) made a promise to freeze the fees in 2003 (that's the point in the text where you've got to laugh). Once elected, he had the brilliant idea to change the Grant and Loans program to adjust the budget. That being said, he changed \$103 millions of grants into loans doubling the debt of some of the poorest students of the province.

Two actors played an important role in what was then the biggest movement in Quebec recent history: "l'ASSÉ" (l'association pour une solidarité étudiante) and the "FECQ-FEUQ" (la fédération étudiante collégiale⁷ du Québec and la

ne doit désormais travailler 6,7 semaines à temps plein au salaire minimum de \$9,95/heure en 2012.⁴ Les loyers ne cessant d'augmenter (merci à toi gentrification) et la crise économique allant de bon train (merci à toi capitalisme), l'étudiant(e) au Québec doit maintenant travailler 20-30 heures par semaine, trouvant un trou dans son horaire de cours, puisque le système de bourse est monopolisé par certain(e)s pouvant accorder plus de temps à leur études et puisque l'aide de l'état peut se résumer à une loterie appelée AFE (Aide financière aux études). Pendant ce temps, les magnats de la finance, les faucons économiques, «les think tanks» et les journalistes de la droite aiment bien pointer du doigt les étudiant(e)s en les accusant de posséder des biens de «luxe» comme un ordinateur portable et une connexion internet à leur domicile, ce qu'ils/elles pourraient laisser tomber pour payer de plus hauts frais de scolarité. La humble personne écrivant ces lignes auraient également entendu parler d'étudiant(e)s possédant une carte de bus, des crayons et un lit et aimerait les dénoncer et les trainer dans la boue de l'espace public, histoire de les clouer tout également au pilori...

L'autre grand mensonge ajoute l'insulte à l'injure! Le gouvernement québécois aurait l'intention d'ajouter \$850 millions au budget des universités pour 2016-17. De ce montant, \$265 millions proviendraient de ladite augmentation des frais et \$54 millions de dons du secteur privé (parce que les représentant(e)s de Coca-Cola et des diverses banques fournissant "généreusement" les marges de crédit siégeant sur les conseils d'administrations des diverses universités de la province, ne représentaient pas assez une implantation du privé dans le système de gestion). Cela étant dit, seulement 50% à 60% de ces nouvelles sommes tombées du ciel seront utilisées pour améliorer les conditions d'enseignement et les services aux étudiant(e)s. Entre 15% et 25% de cet argent sera dirigé vers la recherche, avec une priorité toute spéciale pour la recherche pour (surprise!) le secteur privé. Entre 10% et 20% sera dédié à permettre « un positionnement compétitif des universités québécoises face à celles du Canada et outre-frontières » et de 3% à 14% sera utilisé pour des frais d'«administration et de gouvernance». Portant notre regard sur les quelques millions en bonus reçus par la rectrice de l'Université Concordia (à Montréal) lorsque cette dernière s'est fait montrer la sortie, il est facile d'imaginer les multiples facettes de ces frais de «gouvernance»⁵....

Mais si ces universités soit disant «sous-financées» de la province sont dans un si piteux état, quelle solution pourrait-on mettre en place? L'«aile jeunesse» des deux partis majoritaires à l'Assemblée Nationale (le PLQ et le PQ) se penchent maintenant sur l'implantation d'une toute nouvelle taxe pour toi le jeune qui te permettrait à toi le jeune de faire ta propre licence en payant plus tard selon ton utilité! L'augmentation de certaines licences aux dépend des autres est aussi envisagé (décourageant ainsi les classes moins aisées à étudier le Droit ou la Médecine et agrandissant de ce fait le fossé entre les classes sociales). Heureusement, les étudiant(e)s et leurs associations étudiantes ne gobent pas tout ce qu'on leur dit et se permettent de rêver, considérant les quelques \$500 millions

fédération étudiante universitaire du Québec). Both are students unions. Even if some are independent, almost every student association belongs to one of those unions. L'ASSÉ stands for basic democracy, is usually more left-winged and

L'ASSÉ stands for basic democracy and starts massive demos and occupations. FECQ-FEUQ elects leaders, tends to negotiate with the government while doing demos with clowns and taking pictures for the media.

starts massive demos and occupations and FECQ-FEUQ elects leaders and tends to negotiate with the government while doing demos with clowns and taking pictures for the media. In February 2005, some independent associations (see each "assos" as FSIs) and members of ASSÉ created the CASSÉÉ (Coalition de l'Association pour une Solidarité Syndicale Étudiante Élargie and a pretty bad play on words with the expression "being broke", in French "être cassé(e)") and the "asso" of Anthropology of the University of Montreal launched the strike after one general assembly.

More and more colleges, Universities and High-schools joined the ranks and soon hundreds of thousands were in the street. Even the überconservative HEC (business school) and McGill (think of northern Harvard or Yale that charges \$36 000 for an Administration MA) joined for a symbolic 24h strike... The symbol of the strike, a little red square of fabric, was even hung in a giant version on the cross on the Mount-Royal (Montreal's closest thing to Central Park that people there refer to as "The Mountain" even if it's only about 250m high). After two months of occupations, demonstrations and strike, the FECQ-FEUQ (who had joined the movement) endorsed an agreement "à rabais" with the government, focusing on refunding of the \$103 million and ignoring all other requests from the movement (free school, better access to universities, getting rid of the advertisements in most unis, etc.). This treason that killed the strike was neither forgotten nor forgiven and the expression "Fuck FECQ FEUQ Flics" is now a popular one in most demonstrations.

What about 2011-2012....?

Since the announcement to increase the fees earlier in 2011 by the minister of Education (than Michelle Courchesne), most students assos took new positions in general assemblies either for a general strike perspective or for free school. Not being taken seriously by the government, multiple occupations and demos started across the province in the last years. The headquarters of LOTO-Qc (Quebec's government led lottery industry), and CRE-PUQ (Conférence des Recteurs et Principaux des Universités du Québec) were occupied as well as various ministers'

nécessaires pour l'implantation de la gratuité scolaire dans la province⁶.

Un peu d'espoir? 2005 version 2.0?

Même s'il a traversé quelques moments difficiles dans les dernières années, le mouvement étudiant et la mobilisation étudiante ne battent pas de l'aile et restent à la hauteur des différents obstacles gouvernementaux en raison d'un large réseau d'acteurs et d'actrices et en raison d'une bonne dose de mobilisation quotidienne. Soyons clairs, même si elles ne sont pas toujours en accord (vous connaissez sûrement cette vieille maladie de la gauche), les différentes associations font presque toutes front uni contre ces nouvelles politiques et baissent le gouvernement presque avec la même intensité qu'en 2005. Whoaahh! Qu'est-ce que 2005? Tout simplement la plus grosse grève étudiante de l'histoire du Québec. L'histoire va comme suit: Jean Charest (oui, il est premier ministre du Québec depuis 2003) fit une promesse en 2003, la promesse de geler les frais de scolarité (moment de ce texte où vous devez maintenant vous bidonner). Lorsqu'il fut élu, notre cher Jean s'empressa bien vite de changer son fusil d'épaule et de changer tout également le système de Prêts et de Bourses pour ajuster son sempiternel et très cher budget. Ceci étant dit, transférant \$103 millions de bourses en prêt, il doubla la dette des étudiant(e)s les plus pauvres de la province. Il ne vécut pas heureux malgré ses nombreux enfants.

Deux acteurs principaux jouèrent un rôle important dans ce qui fut jusqu'à aujourd'hui le plus gros mouvement de contestation de l'histoire québécoise contemporaine.: "L'ASSÉ" (l'association pour une solidarité étudiante) et la "FECQ-FEUQ" (la fédération étudiante collégiale du Québec et la fédération étudiante universitaire du Québec). Toutes les deux sont des syndicats étudiants. Même si quelques unes sont indépendantes, la plupart des associations font partie d'un ou l'autre de ces syndicats dits nationaux. L'ASSÉ se range derrière des principes de démocratie directe, est habituellement plus à gauche sur l'échiquier politique et organise de nombreuses manifestations et/ou occupations. La FECQ-FEUQ quant à elle, élit des chefs, tend à négocier avec le gouvernement et descend dans la rue avec des clowns en prenant des photos avec les médias. En février 2005, quelques associations indépendantes (voir les assos comme des FSIs de la FU) s'allièrent avec des membres de l'ASSÉ pour former la CASSÉÉ (Coalition de l'Association pour une Solidarité Syndicale Étudiante Élargie et/ou comment faire un mauvais jeu de mot avec la situation financière du monde étudiantin) et l'asso d'Anthropologie de l'Université de Montréal lança la première offensive et déclencha une grève après son assemblée générale.

De plus en plus de collèges, d'universités et même d'écoles secondaires joignirent les rangs de l'asso d'anthropologie et des centaines de milliers descendirent dans les rues de la métropole et de la capitale. Même la toute immaculée tour d'ivoire de McGill fut ébranlée (pensez Harvard ou Yale avec plus de neige où un master en administration peut coûter \$36 000) et même les étudiant(e)s des HEC

offices in Quebec City or in Montreal. A new CASSÉE was created in Valleyfield with a broader range of associations. 17 000 students joined the 45 000 ones in ASSE in the CLASSE (Coalition large de l'ASSE and again a pretty bad play on words). Up to date (4 February) 11 assos had voted for a



Students running away from the police after a fail attempt to occupied LOTO-Québec's headquarters. / Des étudiant(e)s s'enfuyant de la police lors d'une occupation ratée des locaux de LOTO-Québec.

national general strike, 16 will vote in February and 8 were consulting their members in various general assemblies. Everything points toward a new version of 2005 (a final showdown for Charest?). The movement started earlier in 2011 when 200 000 students were on strike on december 6th. The entire UQAM was blocked for a day and it was the first time in history that the entire uni was on strike (even Administration and Business followed). People also occupied the rector office in McGill and 4 other nationwide demos are planned before the end of March. The FECQ-FEUQ still hasn't taken position for a strike and tries to negotiate with the government and the TaCEQ (table de concertation étudiante du Québec), a new union, tends also toward the fight.

To end this résumé of the situation on a negative note, it's necessary to point out that government already made it clear what kind of attitude they would adopt in the context of a strike: good old north-american repression and propaganda. The war started on the internet when the government bought for \$50 000 the words "tuition fees Quebec" and "ASSE" on Google in order to publish their new "information" website. Disgusted by this insult, unknown hacktivists destroyed the website and replaced it with a "student-owned" one discrediting the government's propaganda. Hacktivists also blocked all access to the Beauchamp's personal page as hostage.

The war unfortunately also left the virtual world way sooner than expected. The left-wing already harassed by the SCRC (Canada's secret services) and the Harper government following the G20 protest in Toronto in 2009 are now harassed by the SQ (Sûreté du Québec-quebec state police) and some apartments were already searched. Helped by the new GAMMA squad (against marginals and anticapitalists) of the Montreal's police department (SPVM), the government now arrests and sues the so-called "leaders" of

(Hautes Études Commerciales) s'invitèrent au bal pour une durée symbolique de 24h... Le symbole de la grève, un petit carré de feutre rouge, fut suspendu en version géante sur la croix trônant sur le Mont-Royal (la chose la plus proche d'un Central Park se situant à Montréal. Les Montréalais(e)s s'y réfèrent en l'appelant zla Montagne» même si cette butte ne fait que 250m de haut). Après deux mois d'occupations, de manifestations, de piquetage et de grève, la FECQ-FEUQ (qui avait joint le mouvement) endossa une entente à rabais avec le gouvernement se centrant sur les \$103 millions, en faisant fi des autres demandes du mouvement élargi (scolarité gratuite, meilleure accessibilité aux études, fin de la publicité et du privé dans les universités, etc.). Cette trahison qui tua la grève générale illimitée de 2005 ne fut jamais oubliée ni pardonnée et l'expression "Fuck FECQ FEUQ Flics" fait désormais partie du langage courant d'un bon nombre de manifestant(e)s.

Ouais...c'est bien beau.....mais 2011-2012?

Depuis l'annonce de la ministre de l'éducation (alors Michelle Courschesne) de l'augmentation des frais en 2011, un bon nombre d'associations étudiantes adoptèrent en assemblées générales de nouvelles positions en faveur d'une grève générale, illimitée ou non, dans une perspective de gratuité scolaire ou de gel des frais. N'étant pas prises au sérieux par le gouvernement, les assos multiplièrent les efforts médias, les occupations et les manifestations à travers la province durant la dernière année, toujours en brandissant la menace d'une grève générale. Les locaux de LOTO-Québec (l'organisme gouvernemental chargé de la lotterie et des jeux au Québec) et de la CREPUQ (Conférence des Recteurs et Principaux des Universités du Québec) furent occupés, tout comme de nombreux ministères ou cabinets de ministres dans la ville de Québec ou à Montréal. Une nouvelle CASSÉE fut créée à Valleyfield avec une plus grande panoplie d'assos. Ainsi 17 000 membres rejoignirent les 45 000 de l'ASSÉ en formant la CLASSE (Coalition large de l'ASSÉ et/ou encore comment prouver notre amour des mauvais acronymes). En date d'écriture (4 février), 11 assos avaient ainsi voté pour une grève générale illimitée, 16 devaient le faire au courant de février et 8 devaient encore consulter leurs membres lors d'assemblées générales. Tout pointe vers une nouvelle mouture de 2005, revue et améliorée (une lutte finale pour le gouvernement Charest?). Le mouvement a déjà débuté en 2011, lorsque 200 000 étudiant(e)s se sont allié(e)s aux centrales syndicales et sont descendu(e)s dans les rues le 6 décembre. L'UQAM en entier fut d'ailleurs impossible d'accès ce jour-là et pour la première fois de l'histoire, l'université entière était en grève (y compris administration et gestion qui prirent part à la révolte). Certain(e)s occupèrent également les bureaux du recteur de la sacro-sainte université McGill et 4 autres manifestations nationales sont toujours au calendrier. La FECQ-FEUQ n'a toujours pas pris position face à une grève et tente de négocier avec le gouvernement et la TaCEQ (table de concertation étudiante du Québec), une nouvelle venue, s'oppose tout aussi bien aux frais de scolarités.



On the 6th of December 2011 were 200 000 students on strike! 30 000 walked in Montreal. / Le 6 décembre 2011 marchaient 30 000 étudiant(e)s à travers les rues de Montréal. 200 000 étudiant(e)s étaient alors en grève à travers la province.

the movement. Thousands of dollars in fines are distributed and the venue of the anti-riot police forces on the McGill campus and the use of tear gas and pepper spray only add up to a long tradition of violence in Montreal between the armed-arm of the state and the students....

If one thing is sure, the cold cliché winter in Canada is gonna get hot, because the students are now tying up with other groups of the rest of the country in a never before seen mobilization in this schizophrenic land...coast to coast... (ah merde! I did end on a positive note). ★

- 1 TREMBLAY-PÉPIN, Simon and MARTIN Eric, Do we really need to raise tuition fees? Eight misleading arguments for the hikes, 2011, IRIS Institut de Recherches et d'Informations socio-économiques)
- 2 Asso University of Moncton, Établir un système de prêt et bourse à partir d'un système de prêt et rembourse, 2011
- 3 OUELLET, Martin, « La Colère des étudiants n'émeut pas Line Beauchamp », in La Presse, Nov. 10 2011
- 4 TREMBLAY-PÉPIN, Simon and MARTIN Eric, op Cit.
- 5 SAVOIE, Louis-Philippe, « L'appétit insatiable des recteurs » in Le Devoir, Jan. 11 2011
- 6 www.gratuitescolaire.info/spip.php?rubrique2 (2nd february 2012)
- 7 In Qc, college is called CEGEP and last 2 or 3 years between high-school and University

more information:

www.asse-solidarite.qc.ca
 www.gratuitescolaire.info
 www.bloquonslahausse.com/
 www.tableetudiante.qc.ca

Pour finir cet exposé de la situation (qui fut espérons-le intéressant) sur une note négative (et pour vous démoraliser), il est nécessaire de démontrer que la gouvernement sait tout aussi bien qu'elle attitude il compte adopter au cours des prochains mois: la bonne vieille répression et propagande nord-américaine. La guerre débuta sur la toile (tout le monde ensemble: «2012!») lorsque le gouvernement acheta pour \$50 000 les mots «frais de scolarité Québec» et «ASSÉ» sur Google pour pouvoir publier leur portail «d'information» lors de toute recherche sur le populaire fureteur. Dégoûté(e)s par cette insultes, des hacktivistes inconnu(e)s détruisirent ce site internet du ministère de l'éducation et le remplacèrent par un autre, «propriété des étudiant(e)s», discréditant cet outil de propagande honteuse. D'autres (ou les mêmes?) hacktivistes bloquèrent en plus l'accès au site personnel de la ministre Beauchamp, le prenant en otage.

La lutte quitta malheureusement le monde virtuel et son caractère typiquement WoW plus rapidement que prévu. Les gens de gauche déjà barcelé(e)s par les SCRS (Service Canadien de Renseignements Secrets) et le gouvernement Harper depuis le G20 à Toronto en 2009 sont maintenant tout aussi barcelé(e)s par la SQ (Sûreté du Québec) et certains appartement ont déjà été fouillés. Le gouvernement tisse en effet des liens entre ces autres luttes et le mouvement étudiant. Aidé par la nouvelle escouade GAMMA (contre les groupes marginaux et anticapitalistes) de la police de Montréal (SPVM), le gouvernement arrête et poursuit en justice les soit-disant "leaders" du mouvement. Des milliers de dollars canadiens en terme d'amendes ont été distribués et la venue de la police antiémeute sur le campus de McGill, ainsi que l'utilisation de gaz lacrymogène et de poivre de Cayenne ne font que répéter la longue tradition de violence entre le bras armé de l'état et les étudiant(e)s en colère.....

Une seule chose est maintenant belle et bien sure, l'hiver blanc à la canadienne sera cette année des plus chaud, puisque les étudiant(e)s tissent de plus en plus de liens avec des groupes similaires aux revendications connexes à travers le pays, dans un effort concerté encore jamais vu dans cette merveilleuse et schizophrène contrée d'un océan à l'autre.... (ah merde! J'ai effectivement fini sur une bonne note). ★

- 1 Ironiquement appelés « droits de scolarité » selon la nomenclature officielle
- 2 TREMBLAY-PÉPIN, Simon and MARTIN Eric, Do we really need to raise tuition fees? Eight misleading arguments for the hikes, 2011, IRIS Institut de Recherches et d'Informations socio-économiques)
- 3 Asso University of Moncton, Établir un système de prêt et bourse à partir d'un système de prêt et rembourse , 2011
- 4 TREMBLAY-PÉPIN, Simon and MARTIN Eric, op Cit.
- 5 SAVOIE, Louis-Philippe, « L'appétit insatiable des recteurs » in Le Devoir, Jan. 11 2011
- 6 www.gratuitescolaire.info/spip.php?rubrique2 (2 february 2012)
- 7 Au Québec le collège ou CEGEP se situe entre l'université et l'école secondaire. On y entre généralement à 17-18ans.

Vienna Calling

Der Ball des Wiener Korporationsrings (WKR) 2012

von den kritischen jurist_innen

Am 27. Januar 2012, dem Jahrestag der Auschwitz-Befreiung, fand in der Wiener Hofburg der diesjährige Ball des Wiener Korporationsrings (WKR) statt. Dies sahen sieben Studierende von den kritischen jurist_innen an der FU als Anlass, einen Ausflug nach Wien zu machen und sich an den Protesten zu beteiligen.

Der WKR-Ball stellt eine langjährige Gepflogenheit von Wiener Burschenschaften dar. So findet dieser seit der Gründung des WKR 1952 jährlich in Wien statt. Im WKR sind insgesamt 21 Studentenverbindungen organisiert. Dabei handelt es sich zumeist um pflichtschlagende Verbindungen, wie z.B. die Burschenschaft Olympia, welche auch in der Deutschen Burschenschaft (DB) organisiert ist. Die DB ist ein Burschenschaftsverband, welcher sich den Wahlspruch „Ehre-Freiheit-Vaterland“ gegeben hat. Ihr Aktivitäten sind an dem Ziel ausgerichtet, sich für alle deutschen Volksgruppen in anderen Staaten einzusetzen. Laut Selbstverständnis der DB wird das deutsche Vaterland folglich auch unabhängig bestehender Staatsgrenzen in Europa gesehen. Aus diesem Umfeld heraus machte die Burschenschaft Olympia bereits 1991 auf sich aufmerksam, als sie forderte, die Unterwanderung der Deutschen durch Ausländer zu stoppen. Auch sonst fällt es nicht schwer, die Olympia einzuordnen, wenn sie sich Gäste wie den Holocaust-Leugner David Irving, Nazi-Liedermacher Frank Rennicke oder andere NPD-Kader einlädt.¹ Die Olympia stand dadurch schon mehrfach im öffentlichen Interesse. Im Zusammenhang mit den anderen Burschenschaften in der DB und im WKR ergibt sich hier ein umfassendes Konstrukt aus sexistischem, homophobem Auftreten und völkisch-deutschnationalem Gedankengut.

Neben dem WKR tritt auch ein eigenes Organisationskomitee auf, welches als Verein für die Organisation der Veranstaltung zuständig ist. In diesem Verein sind mittlerweile auch weitere Verbindungen aus Österreich und Deutschland vertreten. Vor allem durch das Mitwirken der DB ist der Anschluss an die deutsche und europäische Rechte hergestellt. So befinden sich unter den Gästen auch Heinz-Christian Strache, Chef der FPÖ, sowie Vertreter der NPD und rechtspopulistischer Parteien, wie z.B. Pro Köln

und der Schweizerischen Volkspartei. Für den Ball 2012 waren außerdem Marine Le Pen, Chefin der französischen Front Nationale (FN), Philip Claeys von der Vlaams Belang sowie Kent Ekeroth von den Schwedendemokraten eingeladen.² Damit gilt der WKR-Ball nicht nur als ein Treffen von korporierten Studenten aus Burschenschaften, Landsmannschaften, Corps etc. und sogenannten „Alten Herren“. Auch für die europäische Rechte stellt diese Veranstaltung eine willkommene Gelegenheit zur Präsentation und Vernetzung dar.

Seit einigen Jahren kommt es nun jährlich zu Protesten und Demonstrationen gegen den WKR-Ball. In diesem Jahr sollte es nun die größten Proteste geben, welche von verschiedenen Bündnissen organisiert wurden. Neben der NoWKR-Demonstration mit 1800 Teilnehmenden wurden noch andere Demos und Kundgebungen in der Wiener Innenstadt angemeldet. Außerdem wurde den Ballgästen vielfach der Anfahrtsweg zur Hofburg blockiert. Insgesamt beteiligten sich zwischen 8.000 und 10.000 Menschen an den Aktionen. Aufgrund dieser und letztjähriger Proteste fand der WKR-Ball 2012 das letzte Mal in der Wiener Hofburg statt. Während sich die Burschenschaften aus dem Organisationskomitee um einen neuen Veranstaltungsort kümmern müssen, reagierte der FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache in eigener Weise auf die neue Situation. So verglich Strache die Proteste gegen den WKR-Ball mit der Reichskristallnacht und bezeichnet sich und die anderen Ballgäste als die „neuen Juden“.³ Die Israelitische Kultusgemeinde kündigte bereits eine Anzeige an und es wird geprüft, inwieweit diese Aussagen strafrechtliche Folgen haben könnten. Während Strache behauptet, die Aussagen seien aus dem Zusammenhang gerissen und verdreht, wurde der Vorfall selbst vom ebenfalls anwesenden FPÖ-Generalsekretär überwiegend bestätigt. Doch nicht nur Strache zeigt hiermit auf, welches Gedankengut ihn treibt. Auch die Burschenschaften nehmen hier Stellung, indem sie ihn als Redner einladen, ihm zuhören und applaudieren. ★

- 1 http://www.gruene.at/uploads/media/Gruene_Olympia_Doss_Okt08_01.pdf
- 2 <http://www.tagesschau.de/ausland/burschenschaftsball101.html>
- 3 <http://derstandard.at/1326504047903/STANDARD-Bericht-Strache-auf-WKR-Ball-Wir-sind-die-neuen-Juden>

„Durch Überzeugung oder Gewalt!“

Studierendenproteste in Serbien

von Yvonne Hennig

Über 500 Schüler_innen und Studierende demonstrierten am 23. März 2010 in Belgrad gegen den Gesetzesvorschlag der serbischen Regierung, allen Studierenden, die nicht alle vorgeschriebenen Prüfungen schaffen, Studiengebühren aufzuzwingen. Die Studierenden müssen allerdings schon jetzt bis zu 3.000 Euro Gebühren zahlen – bei einem durchschnittlichen Monatseinkommen von 400 Euro. Das Bildungsministerium wetzt die soziale Schere. Schon 2009 war daher eine Welle von protestierenden Studierenden durch die Straßen der serbischen Hauptstadt Belgrad gezogen, die in einer Blockade der zwei wichtigsten Brücken der Stadt mündete. Grund für die Reform des serbischen Bildungsministeriums war hier die Zielsetzung des Bologna-Abkommens der EU, das weitreichende Einschnitte im Bildungssystem vorsieht: von Privatisierungen und horrenden Studiengebühren bis hin zur generellen Ökonomisierung der Universitäten und der Schaffung eines neuen Marktfeldes.

Die serbische Revolution vom 5. Oktober 2000 und der Sturz Slobodan Miloševićs gab vielen Studierenden Hoffnung. Sie erwarteten das Ende einer Ära von Kriegen, Isolation, ökonomischer Embargos, Unterdrückung, politischer Repression und überwältigender Resignation. Doch die frühere Oppositions- und heutige Regierungspartei, die Demokratische Partei (DS), konnte nach der Revolution ihre Versprechen nicht halten. Der Glaube, durch die schlichte Hinwendung zur westlichen Marktwirtschaft – insbesondere der der EU – Verbesserungen zu erreichen, erwies sich als Irrweg – eine Vielzahl von Privatisierungen hatte viele Entlassungen zur Folge. Trotz dieser Bestrebungen gehört Serbien bis heute weder der EU an, noch hat es den Status einer Beitrittskandidatur.¹

Schon im Zuge der Revolution spielten die Studierendenproteste eine bedeutende Rolle, indem sie sich als Teil umfassender sozialer Proteste begriffen und sich über die bloße Solidarisierung hinaus den umfassenden Forderungen der sozialen Bewegung anschlossen. Der erhoffte infrastrukturelle und wirtschaftliche Aufschwung und der so-

„By Means of Persuasion or Violence!“

Student protests in Serbia

translation by Esther Neitzel

On the 23rd of march in 2010 over 500 students in Belgrad demonstrated against the proposal of the Serbian government to impose a law that would require all students to pay tuition fees who failed to pass all of their university exams. However, students are already charged up to 3000 Euros per semester, while the average student income lies by 400 Euros per month. The ministry of education is clearly increasing social differences. Only a year earlier, in 2009, a wave of protesting students had roamed the streets of Belgrad and built up a blockade, closing up the city's two most important bridges. What mainly caused reforms introduced by the Serbian government was the wish to make large-scale cuts in the educational system, driven by the European Union's Bologna accord. The accord aims at privatizing and marketizing universities, demanding exceptionally high tuition fees and constructing a new economic market.

The Serbian revolution which took place on October 5th in 2000 and the fall of Slobodan Milošević gave hope to many Serbian students. They expected the end of an era of war, isolation, economic embargoes, suppression, political repression and overpowering resignation. But the earlier oppositional and presently governing Democratic Party (DS) couldn't keep the promises they had made. The belief, especially held by the EU, that a turn towards the western market economy would improve things has been proven wrong. A large number of privatizations resulted in the lay-off of persons. Despite these efforts, Serbia has not succeeded in joining the EU, nor has it obtained the status of a candidate to enter the union.¹

Student protests already played an important part in the course of the revolution, by regarding themselves as a part of wide reaching social protests and by joining the broad range of demands made by the social movements. The economic boom and the social change through foreign investments that was hoped for never arrived and unemployment has stagnated at a high level of about 20% since 2003. The average income in 2009 lay by approximately 335 Euros. The number of people living be-

ziale Wandel durch ausländische Investitionen blieb jedoch aus, die Arbeitslosenquote stagniert seit 2003 auf hohem Niveau (ca. 20%). Der durchschnittliche Nettolohn lag 2009 bei umgerechnet 335 Euro. Der Anteil der Bevölkerung, der unter der relativen Armutsgrenze (60 % des Durchschnittseinkommens) lebte, lag 2008 bei 13,2 %. Die Verschuldung privater Haushalte hat sich zwischen 2005 und 2007 mehr als verdoppelt. Weder die Lage der Studierenden, noch die der allgemeinen Bevölkerung hat sich tatsächlich verbessert.

Seit Beginn des Jahres 2009 kommt es nun immer häufiger zu Protesten und Streiks, die mehr und mehr an Radikalität und Organisationsgrad zunehmen: Vom verzweifelten Akt eines Gewerkschaftsvertreters, der sich den eigenen Finger abschnitt, um gegen nicht ausbezahlte Löhne zu protestieren, zu immer zahlreicheren Fabrikbesetzungen und Autobahn- sowie Schienenblockaden, bis hin zur Gründung des ersten Streik-Vernetzungs-Komitees. Dabei kommt es immer wieder zu Solidaritätsbekundungen und gemeinsamen Aktionen zwischen den sozialen und den Studierenden-Protesten, die für freie und emanzipatorische Bildung kämpfen. Und auch in Belgrad trifft man auf einen Ableger der viel diskutierten Occupy-Bewegung: Mi smo 99%. Die Studierenden machen es sich explizit zum Ziel, alle sozialen Kräfte, vor allem die Arbeiter_innenschaft, die besonders hart von der derzeitigen Krise des Kapitalismus getroffen ist, zusammenzubringen. So schloss sich der Fahrer Ljubisav Dikic, genannt „Joe“, ihren Demonstrationen an. Er erlangte im Jahr 2000 Berühmtheit, indem er mit seinem Bulldozer die Demonstration anführte, die zum Sturz Miloševićs führte.

Gegen hohe Studiengebühren und gegen die Kommerzialisierung von Hochschulbildung formierte sich in den beiden größten und studentisch geprägtesten Städten Serbiens, Belgrad und Novi Sad, auch im Jahr 2011 eine Studierendenbewegung, die nach einigen Demonstrationen eine mehrwöchige Blockade des Unterrichts an den Fakultäten für Philologie und Philosophie und dem Computer- und Elektrotechnikcollege durchsetzte. Bildungs- und Wissenschaftsminister Zarko Obradovic glänzte mit Ignoranz und denunzierte die protestierenden Studierenden als kleine Gruppe von Hooligans und Chaoten. Der Rektor der Belgrader Universität appellierte gar an den Staat, die Studierendenproteste »durch Überzeugung oder mit Gewalt« zu beenden. Die Versuche, die Bewegung zu isolieren und zu spalten, sind zahlreich und reichen von faulen Versprechungen bis hin zu gewaltsamen Einschüchterungsstrategien.

So heuerte der Dekan der Fakultät für Philosophie private Sicherheitsleute an, die als organisierte Schlägertruppe über den Campus zogen, um Studierende wie Journalist_innen anzugreifen und zu bedrohen. Nach diesen Vorfällen erstattete die Fakultät für Philosophie bei der Staatsanwaltschaft Anzeige gegen die drei Studierenden Vuk Vukovic, Matija Medenica und Kosta Ristic – unter dem Vorwurf der Körperverletzung gegenüber diesen Sicherheitskräften. Niemand wurde jedoch für die dokumentierte Gewalt gegen die Studierenden zur Verantwortung gezogen. Das wiederum ebnete den Weg für zahlreiche Attacken auf die Stu-

neath the poverty line (60% of the average income) in 2008 lay by 13.2%. The debts of private households have more than doubled between 2005 and 2007. Neither the situation of the students nor that of the general population has actually improved.

Since the beginning of 2009 protests and strikes have become more frequent, more radical and better organized, ranging from a frustrated member of a worker's union who cut off his own finger in protest against wages that hadn't been payed to the occupation of companies, the blockading of freeways and rail ways and the foundation of the first communicating committee between strikes. In the meantime, demonstrations of solidarity and joint actions between social and student protests that fought for free and emancipating education frequently occurred. An off shot of the often disputed occupy movement, Mi smo 99%, can be also be found in Belgrad. Student's belonging to the movement aim explicitly at bringing together all social forces, especially workers that have been hit particularly harshly by the present crisis of capitalism. As for example, the driver Ljubisav Dikic, called "Joe", joined demonstrations. He became famous in 2009 when he lead the demonstration that resulted in the fall of Milošević with his bulldozer.

In 2011 a further student movement emerged in Serbia's largest university cities Belgrad and Novi Sad that protested against high tuition fees and a commercialization of secondary education and blockaded the faculties of philology, philosophy and the college of computer and electronic sciences for several weeks. All the while Zarko Obradovic, minister of education and economy, remained ignorant and denounced the protesting students as a small group of chaotic hooligans. The Director of the University of Belgrad went so far to bid the state to end student protests "by means of persuasion or violence". The attempts to isolate and to split the movement are common and range from foul promises to violent strategies of intimidation, as for example in the case of the head of faculty of philosophy who hired security persons that roamed the campus in organized violent troops and attacked and threatened students as well as journalists.

After these events the faculty of philosophy sewed the three students Vuk Vukovic, Matija Medenica und Kosta Ristic for having physically injured security employees. No one, however, was held responsible for the documented violence against the students. This again opened up the way for attacks by groups of neo-nazis on students with stones, tear gas, knives, crow bars and brass knuckles. On December 6th 2011 three neo-nazis entered the occupied faculty of philosophy and attacked, most probably not unintentionally, the student of sociology Matija Medenica, one of the most prominent protesters. The faculty protects the neo-nazis and refuses to make recordings of the security camera public that Medenica demanded for. Only a month later, on January 11th 2012, Medenica was exposed to a further attack by neo-nazis at the center of Belgrad during which he recognized one of the earlier attackers in December.

dierenden durch organisierte Neonazigruppen mit Steinen, Tränengas, Brechstangen, Schlagringen und Messern. Am 6. Dezember 2011 drangen drei Neonazis in die besetzte philosophische Fakultät ein und griffen wohl nicht zufällig gerade den Soziologiestudent Matija Medenica an, einen der bekanntesten Akteure der Proteste. Die Fakultät schützt die Neonazis und verweigert die durch Medenica beantragte Herausgabe der Überwachungskamera-Aufnahmen mit der Behauptung, diese nur an die Polizei weiterleiten zu wollen. Nur einen Monat später, am 11. Januar 2012, war Medenica erneut einem Angriff von Neonazis in der Belgrader Innenstadt ausgesetzt, bei dem er einen der Täter vom 6. Dezember wiedererkannte.

In den letzten Jahren sind verschiedene Bewegungen für soziale und demokratische Rechte auf ähnlich repressive Maßnahmen gestoßen: Bauern aus der Vojvodina schafften es nach zahlreichen Tagen des Kampfes nicht, den Polizeiring um die Stadt Pancevo zu durchbrechen, um in Belgrad zu demonstrieren. Himbeerzüchtern wurde ebenfalls der Zutritt nach Belgrad verweigert, der Staat verbot die diesjährigen Proteste gegen die Diskriminierung der LGBT-Community. Ein repressiver Entwurf eines Streikgesetzes wurde unter dem Druck der Öffentlichkeit zurückgezogen, dafür kamen neue Gesetzesentwürfe, die die faktische Abschaffung des Streikrechts für Erziehungspersonal (welches im März 2011 eine Demonstration mit 15.000 Teilnehmer_innen auf den Straßen Belgrads veranstaltete) bedeuten.

Und erneut ist es ein komplexes Miteinander von politischer Repression, die sich der faschistischen Kontinuitäten des stark nationalistisch geprägten Serbiens und den engen Verstrickungen zwischen Hooligan- bzw. Neonazi-Szene und den staatlichen Behörden, insbesondere der Polizei, bedient, um jegliche soziale Bewegung, von denen Studierendenproteste nur ein Beispiel sind, und ernstzunehmende Opposition in Serbien zu zerschlagen und zurückzuführen in die Resignation. Doch erstickt werden kann nicht die Hoffnung, die dem andauernden Widerstand der letzten Jahre immanent ist, trotzdem oder gerade weil die europäische Krisenpolitik insgesamt die osteuropäischen Staaten kaum auf eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage hoffen lässt, sondern langfristig auf einen „billigen“ Vorhof von Mittel- und Westeuropa festlegt und als Puffer zwischen dem hiesigen Wohlstand und den arabischen Ländern ausnutzt – der Nährboden, auf dem Nationalismus und Faschismus ungehemmt wachsen können. ★

Over the past few years different movements for social and democratic rights were exposed to similarly repressive measure: Farm workers from Vojvodina couldn't break through the ring of police officers around the city of Pancevo after days of fighting. Raspberry farmers were also withheld the right to enter Belgrad, the state forbid this year's protests against discrimination of the LGBT Community. A repressive draft for a law of strikes was drawn back under pressure of the public, but new drafts for laws took the place of the first that signify the actual abolition of the right to strike of educational employees (who protested against the law in March 2011, 15,000 people demonstrating on the streets of Belgrad).

And again what can be seen is a complex interplay of political repression that uses fascistic continuities of the nationalistically characterized Serbia, as well as tight interweavings of the scenes of hooligans, neo-nazis and departments of state, particularly the police, to make any kind of social movements, of which student protests are only one example, impossible and to have them resign.

Yet, the hope that resides within the protests of the past years resists and cannot be silenced, even though, or also because, European policies of crises scarcely let the eastern European states hope for an improvement of their economic situations, but mark them as a cheap front yard of middle and western Europe or use them as a buffering zone between middle end western European wealth and the Arabic countries – earth that is fertile for nationalism and fascism. ★

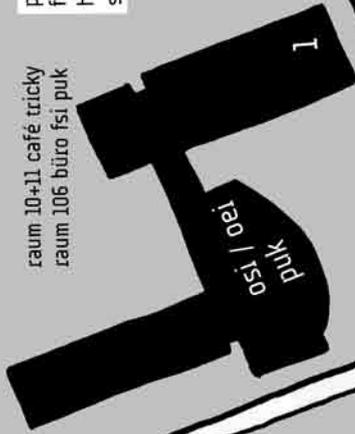
1 In this year's report on candidate countries from October 2011 the EU-commission did actually propose to offer Serbia the status as a country to enter the union. The main condition under which this was decided was the delivery of the two criminals of war Mladic (May `11) and Hadzic (July `11) to the international criminal court of justice. The uptake of negotiations over admission, however, is still connected to the condition that communication with the Kosovo area is reconstructed, which Serbia still sees as an official part of Serbia.

1 In ihrem jährlichen Bericht zu den Kandidatenländern vom Oktober 2011 schlug die EU-Kommission nach der vorherigen Ablehnung nun doch vor, Serbien den Status eines Beitrittskandidaten zuzugestehen. Wesentliche Voraussetzung dafür war die Auslieferung der beiden Kriegsverbrecher Mladic (Mai `11) und Hadzic (Juli `11) an den Internationalen Strafgerichtshof. Die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen bleibt jedoch an die Bedingung geknüpft, die Vermittlungsgespräche mit dem Kosovo wieder aufzunehmen, der nach offizieller serbischer Auffassung immer noch zu Serbien gehört.

1 institut für publizistik- und kommunikationswissenschaften (puk)

raum 10+11 café tricky
raum 106 büro fsi puk

[puk.fu-berlin.de/tricky](http://www.puk.fu-berlin.de/tricky)
[fsipukaweb.de](http://www.puk.fu-berlin.de/kommwiss/)
[http://www.puk.fu-berlin.de/kommwiss/
service/stud-einrichtungen/ini/](http://www.puk.fu-berlin.de/kommwiss/service/stud-einrichtungen/ini/)



linestraße

un-
thel-
platz

alternative campus-karte

auf dieser karte findet ihr studi-cafés, fsi-büros und studentische aufenthaltsräume auf dem dahlemer fu-campus. die darstellung ist nicht maßstabsgetreu und erhebt keinerlei anspruch auf vollständigkeit. eine mehr oder weniger aktuelle übersicht der fsi'n gibt's unter <http://www.fachschaftsinitiativen.de.vu> recherchiert und zusammengestellt vom kulturreferat asta fu

faradayweg

landoltweg

harnackstraße

2 rotes café (mit klicke!)
einmal die woche voku

plenum_rotescfe@lists.vegmail.de
<http://rotescfe.blogspot.de/>

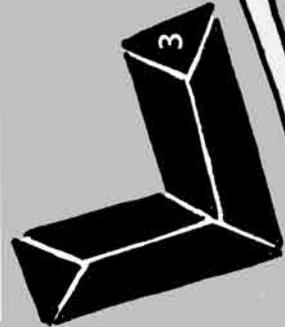
fsi otto-suhr-institut (osi)

fsiweb.de
<http://fsios.blogspot.de/>

3 fachbereich wirt-
schaftswissenschaft

raum k52 büro fsi wiwiss

<http://www.fsiwiwiss.de>



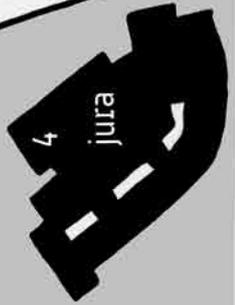
gaystraße

hottelwaimannstraße

4 fachbereich rechtswissenschaft

kritische jurist_innen:

kritischejuristinnen@gmx.net
<http://www.rechtskritik.de/>



van't-hoff-straße

5 institut für ethnologie

café goldfish im keller

fsi ethnologie:

www.fsi-ethnologie.tk



hironstraße

theaterlaie

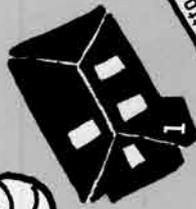
1 allgemeiner studierendenausschuss fu berlin

tel.: +49 (0)30 83 90 91-0
fax: +49 (0)30 83 14 53 6
otto-von-simson-str. 23
14195 berlin - dahlem

öffnungszeiten des büros:
mo-fr 10.00 - 18.00
(semesterferien:
mo-do 11.00 - 16.00, fr 13.00 - 18.00)



info@astafu.de
<http://www.astafu.de/index.html>
<http://blog.astafu.de/>



thielallee

otto-von-simson-strasse

fabeckstraße

rudi-dutsche-weg

habelschwerdterallee

2

institut für philosophie

2 philosophie
küche raum 19

u3 dahlem
-dorf

iltisstraße



jfk-institut

lansstraße

takustraße

6 institut für physik
café xx (caffee-zöct): raum 0.3.02
hilbert-raum: 0.3.04

arnimallee

3 organische chemie
café raum 11.03

4 institut für informatik

aufenthaltsraum: k05
fsi informatik (mit kuckee): k08
café: k34
spline: k60
tischtennisraum: k84

fsi informatik: [fsi@list.spline.de](http://fsi.spline.de)
<http://fsi.spline.de/>
spline: [spline@spline.de](http://www.spline.de)
<http://www.spline.inf.fu-berlin.de>

5 institut für mathematik

fsi mathe
büro & kaffee: raum 201
fsimathe@lists.spline.de
<http://fsi.spline.de/mathe/>

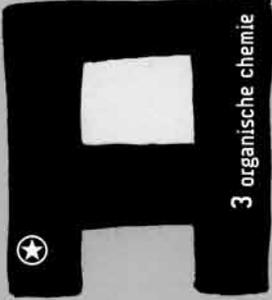
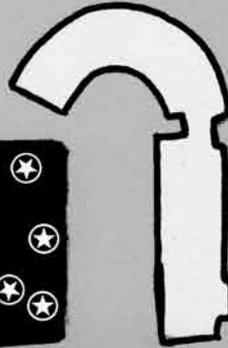
fsi jfk: jfkstudents@yahoo.de
<http://www.jfki.fu-berlin.de/students/fsi/index.html>

institut für physik



mathematik

4 institut für informatik



3 organische chemie

★ **asta-regal und asta-infowand**

1 theater-innenhof

hier findet im sommer das asta-hoffest statt

2 projekt-café kauderwelsch

l 25/1xx, auch samstags geöffnet

3 sportler_innen-café

k 25/2xx

4 pi-café (psychologisches institut)

jk 23/3xx

5 ger-o-mat (germanistik & romanistik)

jk 30/140

6 café caledonian

jk 29/231

7 jk 28/216: aufenthaltsraum allgemeine und vergleichende literaturwissenschaft (avl)

8 kl 24/141: büro fsi erziehungswissenschaft (ewi) & ini lehramt

fslewi@zedat.fu-berlin.de

<http://lehramt.blogspot.de>

fsi avl: fsiavl@zedat.fu-berlin.de

<http://fsiavl.wordpress.com>

fsi anglistik trifft sich im büro der studentischen studienberatung jk 29/202

<http://www.geisteswissenschaften.fu-berlin.de/we06/>

[von_studierenden_fuer_studierende/fsi/index.html](http://www.von_studierenden_fuer_studierende/fsi/index.html)

fsi prähistorische archäologie trifft sich in kl 29/137

fachschaft-pa@geschkult.fu-berlin.de

<http://fsipa.blogspot.de>

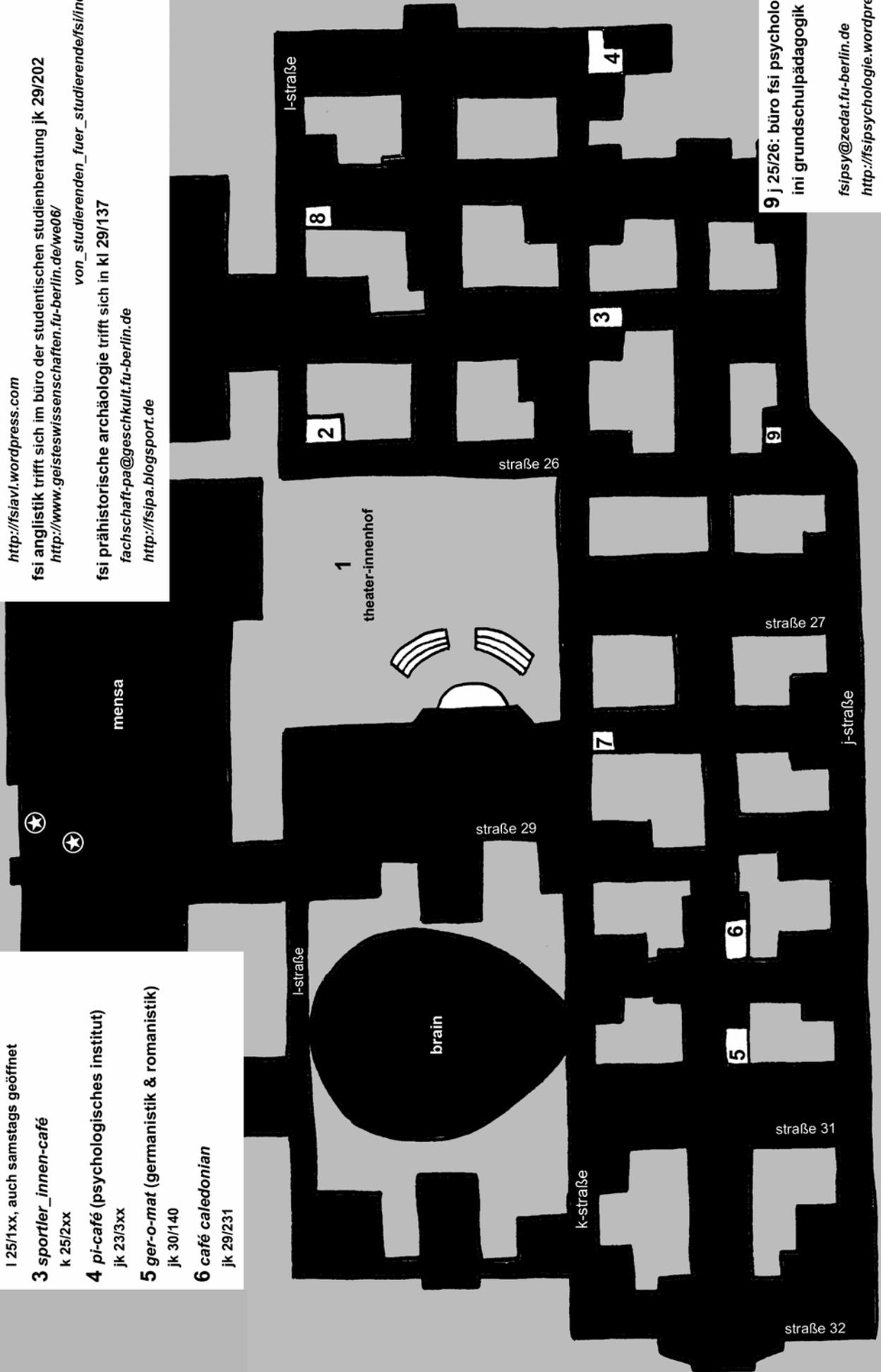
9 j 25/26: büro fsi psychologie & ini grundschulpädagogik (gsp)

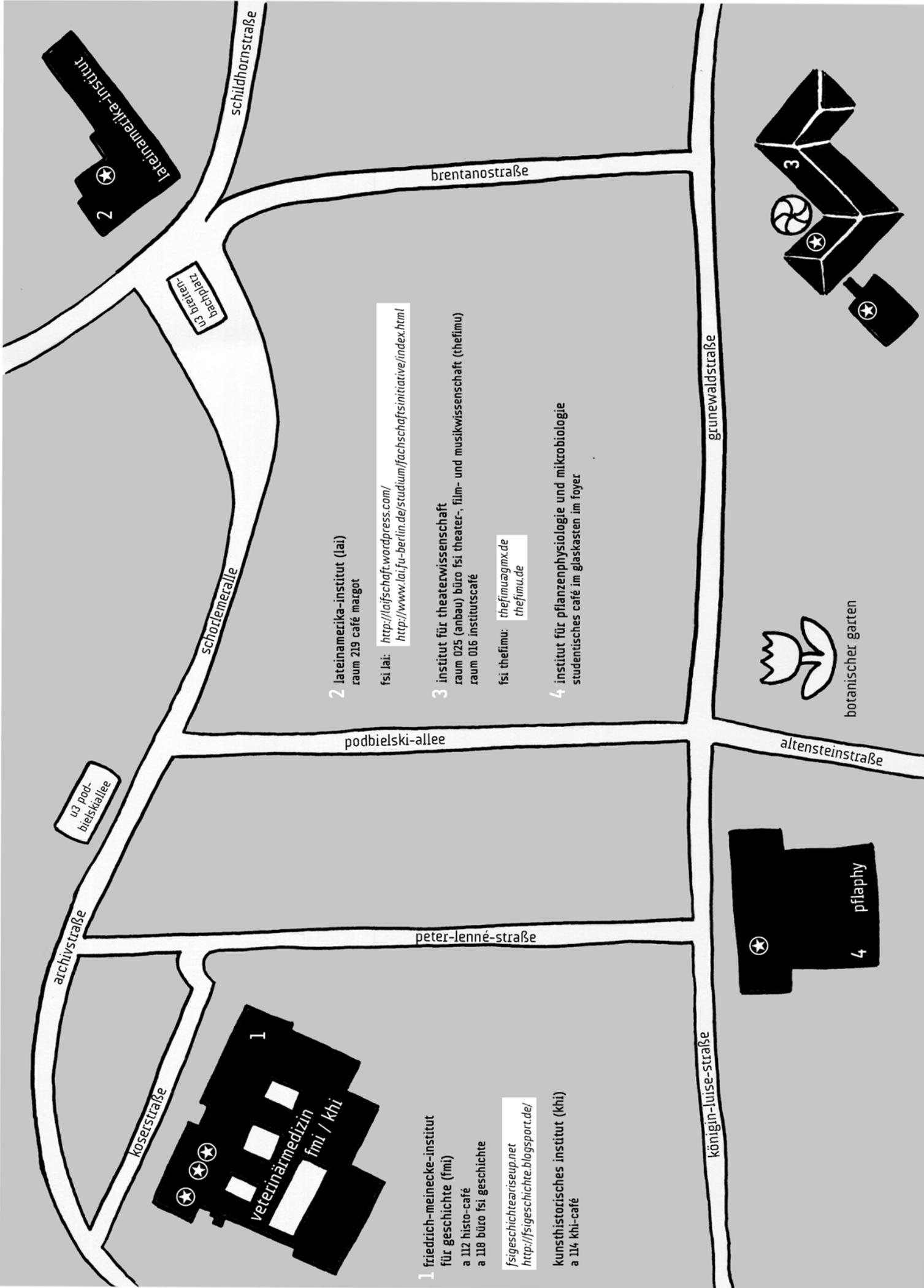
fsipsy@zedat.fu-berlin.de

<http://fsipsypsychologie.wordpress.com>

inigsp@aol.de

<http://www.inigsp.blogspot.com>





zahlplatz
ca

2 lateinamerika-institut (lai)
raum 219 café margot

fsi lai: <http://lai/foia/wordpress.com/>
<http://www.lai.fu-berlin.de/studium/fachschaffsinitiative/index.html>

3 institut für theaterwissenschaft
raum 025 (anbau) büro fsi theater-, film- und musikwissenschaft (thefimu)
raum 016 institutscfé

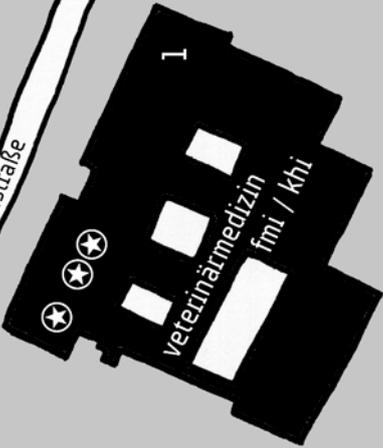
fsi thefimu: thefimu@gmx.de
thefimu.de

4 institut für pflanzenphysiologie und mikrobiologie
studentisches café im glaskasten im foyer



botanischer garten

03 podbielskiallee



1 friedrich-meinecke-institut für geschichte (fmi)
a 112 histo-café
a 118 büro fsi geschichte

fsgeschichte.riseup.net
<http://fsgeschichte.blogspot.de/>

kunsthistorisches institut (khi)
a 114 khi-café



4 pflaphy

Nachrichten aus São Paulo

Brasilien: Bericht über einen studentischen Streik an der Universität São Paulo

von kolektivsabiá

1. Letzte Ereignisse

Am 8. November 2011 wurden Studierende der Universität São Paulo (USP) durch einen spektakulären Polizeieinsatz – zwei Hubschrauber, Kavallerie und 400 Polizist_innen – aus dem Verwaltungsgebäude vertrieben. Nach zwölf Tagen Besetzung wurden dreiundsiebzig Studierende verhaftet, auf die Polizeiwache gebracht und erst gegen Kautionsfreigabe und erst gegen Kautionsfreigabe. Sie sind nun auf Sachbeschädigung verklagt worden. Daraufhin traten die Studierenden der Universität nach einer Vollversammlung, an der über 3000 Menschen teilnahmen, in den Streik.

Die vorhergehenden Ereignisse der Besetzung des Verwaltungsgebäudes gehen auf Mai 2011 zurück, als ein Student in der Nähe seiner Fakultät bei einem Diebstahl getötet wurde, was den derzeitigen Präsidenten dazu brachte, eine Vereinbarung mit der Militärpolizei zu unterschreiben. Laut dieser Vereinbarung ist es der Polizei gestattet, auf dem Campus aktiv zu sein, um sich angeblich um die allgemeine Sicherheit zu kümmern. Seitdem patrouillieren Polizeikräfte im Universitätsgebäude, sprechen die Studierenden an, kontrollieren ihre Ausweise und durchsuchen sie willkürlich. Die Hauptforderung der streikenden Studierenden ist die Aufhebung dieser Vereinbarung.

Die studentische Bewegung an der USP verstärkte sich, als einige Institute entschieden, die Seminare komplett



8. November 2011: Die Polizei mit Pferden und Helikopter bei der Räumung der Besetzung.

auszusetzen. Mehrere große Demonstrationen fanden in den Hauptstraßen von São Paulo statt. Das Präsidium war jedoch nicht zum Dialog bereit. Ganz im Gegenteil setzte es weiterhin auf eine rein repressive Politik. Am 17. Dezember 2011 kündigte der Präsident die Zwangsexmatrikulation von sechs Studierenden an, denen seit März 2010 auf Grund politischer Aktivitäten in einem Studierendenwohnheim der Prozess gemacht wurde. Kurz darauf, am 9. Januar dieses Jahres wurde die Polizei gerufen, um einen Konflikt zwischen Sicherheitskräften der Uni und Jugendlichen, die ein leerstehendes Gebäude der Universität besetzten, zu lösen. In dieser katastrophalen Aktion richtete ein Polizist seine Pistole auf einen Jugendlichen.

2. Präzedenzfall und Kontext

Seit Jahren kritisieren die Studierenden die undemokratische Struktur der Universität

São Paulo, in der die akademische Gemeinschaft – Studierende, Dozierende und Mitarbeiter_innen – keine Chance hat, die Bestimmungen dieser Institution zu diskutieren, geschweige denn an Entscheidungsprozessen beteiligt zu werden. Außerdem herrscht an der USP eine in der Zeit der Militärdiktatur geschriebene Disziplinarordnung, deren damaliges Ziel die Unterdrückung der studentischen Gremien war. Laut diesem Text können „Disziplinarfehler“ – darunter politische Aktivitäten – sogar mit Zwangsexmatrikulation bestraft werden. Seit Jahren fordern die Studierenden die Aufhebung dieser Disziplinarordnung und die Ausarbeitung einer neuen Universitätsverfassung, um die Universität endlich demokratischer und transparenter zu machen. Aller-

dings stoßen diese Vorschläge auf großen Widerstand in den deliberativen Entscheidungsgremien der USP, die seit Jahren von einem kleinen professoralen Kreis geleitet werden. So ist der Rückgriff auf radikale Protestformen wie Streik und Besetzung ein Weg um sicherzustellen, dass zumindest eine öffentliche Debatte möglich wird.

Der Mangel an Sicherheit auf dem Campus sollte nicht als isoliertes Problem angesehen werden, sondern muss für Brasilien in einen historischen Zusammenhang gestellt werden. Die Studierenden denken, dass es eine schlechte Lösung ist, die Militärpolizei zu alarmieren – und dafür haben sie viele Gründe.

3. Die brasilianische Militärpolizei

Die brasilianische Militärpolizei unterscheidet sich von vergleichbaren Polizeieinheiten in anderen Ländern darin, dass sie als eine extrem militarisierte Kraft wirkt, das heißt, dass sie mit Kriegs-Strategien und -ausrüstungen in das zivile Leben eingreift. Ihre ideologische Ausrichtung, sowie ihr Apparat und Kader, ist Erbe der Militärdiktatur in Brasilien, die von 1964 bis 1985 andauerte. Damals war es ihre Aufgabe, politische Gegner zu verfolgen und zu vernichten. Heute agiert sie mit gleichen Verfahren um die soziale Ordnung des Landes vermeintlich zu gewährleisten. Sie bevorzugt immer noch die Konfrontation und seit jeher bleiben begangene Missbräuche praktisch bestraft, weil ihre Angehörigen durch ein besonderes militärisches Gesetz begünstigt werden. Außerdem dient sie oft mit Gewalt bestimmten Interessen. Zwischen 2005 und 2009 hat die Militärpolizei in São Paulo 2.045 Menschen getötet, d.h. 6% mehr als in allen Einsätzen der nordamerikanischen Polizei. Heute wird jeder fünfte Mord im Bundesland São Paulo von einem Polizisten verübt. Die Gewalt trifft vor allem Arme und Schwarze.

4. Die Polizei und die Universität

Während der Militärdiktatur in Brasilien war die Militärpolizei an den Universitäten und auch in den Seminarräumen präsent, um die geistige und politische Freiheit der akademischen Gemeinschaft zu beschneiden. Nach der Demokratisierung des Landes bestand Konsens darüber, dass die Autonomie der Hochschulen und freies Denken nicht mit einer Polizeipräsenz vereinbar sind, und so wurde sie aus der Universität verwiesen. Zu diesem Konsens kam man – nach zwanzig Jahren Verhaftungen, Folter und Tö-



São Paulo, November 2011: Studierende demonstrieren gegen Polizei auf dem Campus.

tungen – infolge der Beobachtung, dass die Polizei politisch verwendet wurde – und immer noch wird – um bestimmte Interessen zu verteidigen, die nicht die der Mehrheit sind. Die 2011 unterzeichnete Vereinbarung zwischen der Militärpolizei und dem Präsidium gibt dieser nun erneut unbeschränkte Vollmacht zu einem gewalttätigen, beleidigenden und korrupten Vorgehen – angeblich um für Sicherheit zu sorgen, zweifellos aber auch um den Studierenden Angst einzujagen, wie die neuesten Ereignisse bestätigen.

5. Diskussion und Forderungen

Ein Teil der konservativen brasilianischen Bevölkerung hat den Studierenden vorgeworfen, sich rücksichtslos, radikal und privilegiert zu verhalten, so als ob sie über dem durch die Polizei repräsentierten Gesetz stehen würden. Nach reiflicher Erörterung ihrer Position haben die Studierenden die Debatte um die Militärpolizei erweitert und dazu die Kriminalisierung von politischen studentischen Aktivitäten und selbst die Existenz der Militärpolizei in Brasilien überhaupt in Frage gestellt. Sie sehen die Notwendigkeit einer zivilen Polizei, die auf Grundlage der Menschenrechte vorbereitet und ausgerichtet werden sollte und ebenso der demokratischen Kontrolle unterworfen bleibt. So geht die Bewegung über das akademische Gebiet hinaus und stellt ein Problem für das ganze Land dar. Offenbar kann ein studentischer Streik allein nicht die Polizei abschaffen, aber immerhin konnten Studierende so bis in die Medien hinein eine nationale Debatte auslösen.

Inzwischen sind die Aussichten dieser Bewegung innerhalb der Universität aber ungewiss, ja düster geworden. Der Dialog ist praktisch unmöglich. Auf der einen Seite weigert sich der Präsident, zu den Verhandlungen und öffentlichen Treffen mit den Studierenden zu erscheinen, auf der anderen Seite ruft er die Polizei bei dem geringsten Anzeichen

von "Unordnung". Man könnte vermuten, dass die autoritäre Haltung des Präsidenten rein ungerechtfertigte Tyrannei, also ein eigenwilliges Merkmal seiner Persönlichkeit sei. Die überraschende Wahrheit ist aber anders: Seine Entscheidungen finden Unterstützung sowohl bei der Regierung als auch bei Teilen der Massenmedien.

6. Globaler Zusammenhang

Die studentische Bewegung an der USP wird in ihrem Kampf gegen die Kriminalisierung politischer Handlungen der Studierendenschaft und für die Aufhebung der Vereinbarung mit der Militärpolizei politisch isoliert. Nichtsdestotrotz gewann sie etwas Ermutigung dank der allgemeinen globalen Aufmerksamkeit im Jahr 2011, als viele Studierende und junge Leute in verschiedensten Orten und unter mannigfaltigen Umständen auf die Straßen gingen. Trotz ihrer unterschiedlichen Aspekte ist es tatsächlich nicht unmöglich, Parallelen zu den Geschehnissen in New York, Madrid, Kairo, Santiago de Chile und vielen anderen Städten herzustellen. Eine davon ist die Militarisierung der Polizei (in dieser Hinsicht hat Brasilien eine Vorreiterrolle) und der zunehmende Gebrauch repressiver Maßnahmen, zum Beispiel der Einsatz nicht-tödlicher Waffen, gegen die unbewaffnete Zivilbevölkerung – vor allem in den sogenannten demokratischen Ländern.



Foto: Colelho Fotoquadro

Die Kostüme sind eine Parodie auf die Polizei.

Obwohl den europäischen Studierenden die Folgen des Streiks an der USP eigentümlich und entfernt erscheinen könnten, sind die Besonderheiten jedes Kampfes ein Weg zum Verständnis eines weiteren Kontexts, der uns alle anspricht. Dieser Weg erweist sich als notwendig, um die Bewegungen auf der Welt zu vereinen und ihre gegenseitige Unterstützung zu fördern. ★

weitere Informationen

bandodesabia@gmail.com / www.bandosabia.wordpress.com

Newsflash: Police pepper-spray students at University of California, Davis

On the afternoon of Friday, November 18th, UC Davis Chancellor Linda Katehi ordered the UC Davis police to clear student protesters from the main quad on campus. Many of the students had participated in a rally on November 15th against tuition increases and police brutality on UC campuses. The rally took place in solidarity with students and faculty who were bludgeoned with batons, hospitalized, and arrested at UC Berkeley on November 9th. Those protesters had linked arms and held their ground in defense of tents they set up beside Sproul Hall. In a gesture of solidarity with those students and faculty students at UC Davis set up tents on the main quad. Police in riot gear arrived to remove the tents, and students responded by sitting in a circle and linking arms around the tents. Without provocation, police pepper-sprayed the students. ★



Quelle: www.occupymedia.de

„Es gibt keine Zukunft für uns in diesem Land!“

Ägypten: Studierendenvertretungen in ganz Ägypten rufen zum Generalstreik auf

von Yvonne Hennig

Es gibt keine Zukunft für uns in diesem Land!“ Dieser Satz gehört unter jungen Ägypter_innen wohl zu den meist genannten. Sie sind das Gesicht der Revolution und strömten auch 2012 zum Jahrestag der Revolution, dem 25. Januar, wieder in Massen auf die Straßen. Sie organisierten Demonstrationen und ließen sich nicht so einfach durch das von scaf (supreme council of the armed forces) und Parlament unter Führung von Muslimbruderschaft und Salafisten oktroyierte „Volksfest“ in den Hintergrund drängen. „Yaskud Yaskud hokm il-askar!“ („Nieder mit dem Scaf!“) skandierten sie kraftvoll durch die Straßen um den Tahrir, auf den die Demonstrationen in Form eines Sternmarsches zuliefen. Die nächsten Wochen sollten durch die blutige Inszenierung von sogenannten „Fußballausschreitungen“ in Port Said, bei denen ca. 70 vor allem junge Menschen ihr Leben verloren, und dem daran anschließenden Versuch von aufgebrachten Demonstrierenden, das Innenministerium zu stürmen, sowie Aufrufen zum Generalstreik, dem sich zahlreiche Studierendenvertretungen anschlossen, gezeichnet sein. Trotz erfolgreich durchgeführter Wahlen und des wiederholten Versprechens des scaf, die Machtübergabe werde sich durch die Ereignisse nicht verzögern, besetzen sie weiter die Plätze des Landes. Doch zugleich ist die wachsende Armut und Kriminalität eine schwerwiegende Belastung, die langfristig nicht folgenlos für die Stimmung im Land bleiben kann. Der große Streik blieb jedoch im Großen und Ganzen aus, die Menschen schienen geschäftig ihrem Alltag nachzugehen. Und dennoch kann von einer endgültigen Beruhigung der politischen Lage nicht die Rede sein, gibt es doch noch immer fast täglich Demonstrationen und Kundgebungen.

Innerhalb der letzten 30 Jahre hat sich die Bevölkerungszahl verdoppelt. Das ohnehin schwache Wirtschaftswachstum kann mit der Bevölkerungsexplosion nicht mithalten. Über die Hälfte der ca. 80 Millionen Ägypter_innen ist unter 25 Jahre alt. Perspektivlosigkeit und Armut sind ihre größten Nöte. Jede_r dritte Jugendliche (34%) hat keinen Job und schlägt sich anderweitig durch. Besonders hart trifft es dabei die Frauen, ihre Bildungschancen sind traditionsbedingt als Kinder- und Haushaltshüterinnen besonders

gering. Selbst die wenigen gut ausgebildeten Ägypterinnen der gehobenen Schicht haben noch weit weniger Chancen auf dem Arbeitsmarkt als gleich gut ausgebildete Ägypter. Ihr Platz ist immer noch nicht der Arbeitsmarkt: durchschnittlich hat eine Ägypterin 4 bis 5 Kinder. Sexuelle Selbstbestimmung ist im Islam für die Frau nicht vorgesehen – schließlich gelten viele Kinder immer noch als grundlegende Altersabsicherung.



Studierende und Professoren demonstrieren vor dem Kabinett.

Ironischerweise ist die Studierquote im Land mit 33% laut OECD etwa genauso hoch wie die der Analphabet_innen (ca. 30%). Auch hier sind Frauen stärker betroffen. Dabei gibt es offiziell seit etwa Mitte der 50er Jahre freien Zugang und gleiche Bildungschancen für alle, Schulen sowie Hochschulen sind gebührenfrei und es gibt eine gesetzlich verankerte Schulpflicht von 9 Jahren. Laut dem Länderbericht der OECD von 2009 sei das ägyptische Bildungssystem „dysfunktional“. Von der staatlichen Grundschule und anschließender Sekundarschule werden 40 bis 80 Schüler_innen pro Klasse vormittags in maroden Einrichtungen von meist schlecht ausgebildeten Lehrkräften unterrichtet, deren Gehalt von 50 bis 100 Euro nicht einmal das Existenzminimum abdeckt. Selbst ein_e Universitätsprofessor_in verdient monatlich nur ca. 100 Euro. So ist es nicht verwunderlich, dass sich ein ausgefeiltes System der sogenannten „Schattenschulen“, meist privaten Nachhilfeschoolen, an denen die Lehrkräfte bis zu zehnmal so viel verdienen können, entwickelt hat. Da der staatliche Unterricht schlecht bis schlichtweg gar nicht stattfindet, bieten die Lehrkräfte am Nach-

mittag Nachhilfestunden an, die von den Eltern natürlich bezahlt werden müssen. Obwohl es sich nach ägyptischem Recht hierbei ganz klar um Korruption handelt, ist dieses System doch allseits bekannt und offenbar staatlich toleriert. Doch auch in diesem Nachmittagsunterricht – sofern sich die Eltern diesen überhaupt leisten können – prägen noch überfüllte Klassen und stupides Auswendiglernen den Unterricht. An die Grundschule schließen sich drei „Vorbereitungsjahre“ an. Nach der 9. Klasse besuchen die Schüler_innen eine dreijährige allgemeine Sekundarschule, die zur Hochschulreife führt, beziehungsweise eine drei- oder fünfjährige technische Sekundarschule. Großer Beliebtheit unter den wenigen oberen Zehntausend, vor allem aus der Oberschicht und gehobenen Mittelschicht, erfreuen sich daher die gebührenpflichtigen deutschen, französischen und britischen Privatschulen, die Fremdsprachenkenntnisse, Aussichten auf ein Studium an einer renommierten (privaten) Universität und damit Jobchancen im eigenen Land oder – für viele ein Traum, der sich nie erfüllt – gar im Ausland versprechen. Stetig wächst die Zahl der privaten Hochschulen, neben der American University Cairo und der German University gibt es britische, französische, russische und chinesische Unis. Das neueste Projekt ist beispielhafterweise eine wissenschaftliche Außenstelle der TU Berlin in Kairo, die möglichst ab Oktober diesen Jahres Masterstudiengänge zur Energiegewinnung, Stadtentwicklung und Wasser bieten soll. Auch diese neuen und zukunftssträchtigen Studiengänge stehen natürlich nur den wenigen gut gebildeten Jugendlichen der Oberschicht offen. Dagegen ist der Ruf der staatlichen Universitäten, so der Cairo University oder der islamischen Al-Azhar-Universität nicht viel besser als der der staatlichen Schulen. Doch auch zu diesen hat ein Großteil der Ägypter_innen keinen Zugang, da sie schon früh helfen müssen, die Familie zu ernähren oder im Falle der Mädchen schlichtweg verheiratet und in die Sphäre des Haushalts abgeschoben werden. Die besten Karriereaussichten hat man in Ägypten immer noch beim Militär oder in der aufgeblähten Verwaltung, in der etwa ein Drittel aller Erwerbsfähigen beschäftigt sind, da noch in der Planwirtschaft der 50er Jahre ein Hochschulabschluss einen sicheren Job im bürokratischen System versprach. Auch hier sind vor allem Unterbeschäftigung und -bezahlung markant.

Verbesserungen zeigen sich trotz wiederkehrendem Widerstand und Protesten nur marginal: Ein Streik der Hochschullehrer_innen hat 2009 zu einer zehnprozentigen Gehaltserhöhung geführt, die jedoch gerade einmal die Inflationsrate deckt. Im Zuge der Revolten im Frühjahr 2011 haben Studierende und Unimitarbeiter_innen mit Sitzstreiks für den Rücktritt der vom Regime ernannten Rektoren, Dekane und Studierendenvertretungen protestiert und die repressive Campus-Polizei wurde abgezogen. Symbolträchtig war auch eine Sitzblockade der Autobahn in Kairo durch Lehrkräfte der Al-Azhar-Universität, die dauerhafte Arbeitsverträge forderten. Eine strukturelle Verbesserung des Bildungssystems allgemein zeichnet sich dennoch nicht ab. Mit dem Geld der Familien, das in das korrupte Nachhilfesystem fließt, könnte man viel verändern. Doch Gebühren für staatliche Schulen einzuführen, erscheint als absurder Rückschritt – sogar noch hinter das alte Mubarak-Regime. Der Kampf um Freiheit und soziale Gerechtigkeit, der auch und vor allem ein Kampf um wirklich freie Bildung ist, durch die sich viele den Ausgang aus den Nöten der weit verbreiteten Armut und einen wirtschaftlichen Aufschwung vor allem auch jenseits des Massentourismus erhoffen, ist im Besonderen wie im Allgemeinen und an seinen unterschiedlichen Schauplätzen – sei es der Tahrir oder die Schulen und Unis – noch lange nicht entschieden. ★

„Honigschnaps und Waffen“

Auf den Spuren der Kärntner Partisan_innen.
Eine historische Studienfahrt nach Österreich.



von der FSI Geschichte

Im Sommer 2011 organisierte die FSI Geschichte eine Studienfahrt nach Südösterreich, in das Bundesland Kärnten/Koroška.¹ Die Geschichte der Region ist besonders spannend, da sich dort der wohl effektivste und auch breiteste Widerstand gegen das NS-Regime innerhalb der Grenzen des Dritten Reiches formierte. Getragen wurde dieser (bewaffnete) Widerstand größtenteils von der slowenischsprachigen Minderheit im Land und ist bis heute sowohl in der bundesdeutschen, als auch in der dominierenden österreichischen Geschichtswissenschaft und Erinnerungskultur kaum bekannt.

Ziel unserer Fahrt war es zum einen, uns damit zu beschäftigen, was eine „Minderheit“ ist, wie das Verhältnis von „Minderheit“ und „Mehrheit“ zueinander ist und welche Rolle gesellschaftliche Machtverhältnisse in Bezug auf diese Frage spielen. Zweiter wichtiger Fokus unserer Fahrt lag auf der Geschichte der Kärntner Partisan_innen und der NS-Germanisierungspolitik im zweisprachigen Gebiet. Außerdem untersuchten wir den Kampf um die Erinnerung in Kärnten/Koroška und die Instrumentalisierung der Vergangenheit für die „eigenen“ politischen Interessen. Alles in allem thematisierte unsere Fahrt „Kärntner Slowen_innen“ zwischen „Heimatverrat“ und antifaschistischem Widerstand, Geschichtspolitik und Erinnerungskulturen, marginalisierte Geschichte und Mythen der Vergangenheit.

Erste Station unserer Reise war die Universität in Klagenfurt/Celovec. Dort trafen wir die Professorin Dr. Tina Bahovec, die in einem Vortrag über die Geschichte der Kärntner Partisan_innen referierte. Welche wichtige Rolle in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen - die wir später noch ausführlicher thematisieren - die Universität Klagenfurt/Celovec spielt, zeigt allein das Selbstverständnis der „Alpen-Adria-Universität“. Ein beachtlicher Teil ihrer Forschungen befasst sich mit „nationalen Minderheiten“ im Alpen-Adria-Raum sowie der Bedeutung von Grenzen und Grenzziehungen. In Kooperation, insbesondere mit der Universität von Triest (Italien) und der Universität von Ljubljana (Slowenien), werden eine Vielzahl dreisprachiger Publikationen herausgegeben. Damit ist sie wichtiger Akteur gegen den dominanten geschichtspolitischen „Kärntner Konsens“, der bis heute deutschnational und revisionistisch geprägt ist.



Der Peršmanhof: Museum, Gedenkstätte und Unterkunft für historisch Interessierte.

Der Persmanhof war noch in den letzten Kriegstaten Schauplatz eines der blutigsten Massaker an der Kärntner Zivilbevölkerung.

Unterkunft fanden wir in der Gedenkstätte Peršmanhof bei Bad Eisenkappel/Železna Kapla. Der ehemalige Bauernhof der Familie Sadovnik war ein wichtiger Stützpunkt von Partisan_innen. In den letzten Kriegstaten war er Schauplatz eines der blutigsten NS-Verbrechen gegen Kärntner Zivilbevölkerung. Aufgrund einer Anzeige, die einen Viehdiebstahl durch Partisan_innen meldete, zogen Teile der 4. Kompanie des I. Bataillons des SS- und Polizeiregiments 13 am 25. April 1945 zum Peršmanhof. Dort überraschten sie eine Gruppe lagernder Partisan_innen. Sie beschossen den Hof der Familie Sadovnik, die Partisan_innen ergriffen die Flucht. Nach Abzug des größten Teils des Polizeiregiments kehrten einige Polizisten noch einmal zurück und begingen ein Massaker an den Familien Sadovnik und Kogoj. Die Polizisten raubten den Hof aus und brannten ihn anschließend nieder. Elf Menschen verloren bei dem Angriff ihr Leben: Altbäuerin Franciska Sadovnik, Bauer Lukas Sadovnik, Bäuerin Ana Sadovnik, deren Kinder Franciska Sadovnik (13), Victor Sadovnik (4), Bogomir Sadovnik (9 Monate). Außerdem die Schwester des Bauern, Katarina Sadovnik, die Nichten Albina Sadovnik (7) und Adelgunda Kogoj (3), die Neffen Filip Sadovnik (5) und Stanislav Kogoj (9). Zwei Töchter der Bauernfamilie überlebten den Angriff schwer verletzt, ein Neffe blieb unversehrt. Ein Sohn der Familie Sadovnik, Lukas, hielt sich am Tag des Massakers nicht am elterlichen Hof auf. Heute ist der wiederaufgebaute Hof sowohl Gedenkstätte, Museum, als auch Unterkunft für historisch Interessierte.

Des Weiteren organisierten wir Gespräche mit Zeitzeug_innen. Auf dem Peršmanhof besuchte uns, der noch heute in Bad Eisenkappel/Železna Kapla lebende Peter Kuhar. An diesem geschichtsträchtigen Ort schenkte er uns eine

Flasche selbstgebrauten Honigschnaps und schilderte uns seine persönlichen Erlebnisse zur Zeit des Zweiten Weltkrieges. Als 14-Jähriger schloss er sich dem Widerstand der Partisan_innen an. Seine Mutter, Deckname „Jelka“ („Tanne“), war bereits einige Zeit vorher in den Untergrund gegangen, um mit der Waffe in der Hand gegen die Nazis zu kämpfen. Peter Kuhar war als Kurier damit betraut, die Kommunikation zwischen verschiedenen Partisan_innen-Verbänden in den Wäldern der Region aufrecht zu erhalten - eine lebensgefährliche Aufgabe. Im Laufe des Krieges wurde er mehrfach verwundet. Später war er lange Zeit als Obmann des Verbandes der Kärntner Partisanen aktiv. Auch seine Nachfolgerin als Obfrau des Verbandes, Katja Sturm-Schnabl, Dozentin an der Universität Wien und Überlebende der Deportation von Kärntner Slowen_innen 1942, fand Zeit für ein Treffen mit unserer Gruppe in den Räumlichkeiten des Verbandes der Kärntner Slowenen, doch dazu später mehr.

Weitere Stationen unserer Fahrt waren wichtige Orte des Erinnerns. Zum einen besuchten wir das ehemalige Gestapo-



Zeitzeuge Peter Kuhar: Als 14-Jähriger schloss er sich dem Partisan_innen-Widerstand an.

Geiselfängnis in Begunje, Slowenen und unternahmen, zum anderen, einen kritisch-historischen Rundgang durch die Kärntner/Koroške Landeshauptstadt Klagenfurt/Celovec.

Die drei folgenden Artikel sollen einen tieferen Einblick in die neuere Geschichte Kärntens/Koroškas liefern. In chronologischer Reihenfolge wollen wir die Geschichte der kärntner-slowenischen Minderheit bis 1942, den bewaffneten Widerstand der Partisan_innen zur Zeit des Zweiten Weltkrieges, sowie die Kärntner/Koroške Erinnerungskultur nach 1945, näher beleuchten. ★

1 Zweisprachige Ortsbezeichnungen, slowenisch und deutsch, sind in der gemischtsprachigen Region ein Politikum. Dies ist eng mit der Geschichte der kärntner-slowenischen Minderheit im Land verknüpft, die wir im Weiteren noch näher beleuchten wollen.

„Kärnten bleibt deutsch!“

Kärnten/Koroska (1): Zur Geschichte der kärntner-slowenischen Minderheit

von Fabian Bennewitz

Im Staatsgrundgesetz Österreich-Ungarns von 1867 wurde auch für das Kronland Kärnten die Gleichberechtigung aller Landessprachen und Volksgruppen festgelegt. Die Realität sah jedoch anders aus: Der im 19. Jahrhundert aufkommende Nationalismus verschärfte die Situation für die slowenische Minderheit und das Slowenische wurde in den Schulen nur noch zum Erlernen der deutschen Sprache zugelassen. Die große Mehrheit der bäuerlichen slowenischen Bevölkerung stand in einem Abhängigkeitsverhältnis zum deutschsprachigem

Aus einem nicht unüblichen Grenzfindungskonflikt wurde der Mythos des „Kärntner Abwehrkampfes“

Bürgertum und Großgrundbesitzern. Im Ersten Weltkrieg verstärkten sich die Vorbehalte der Mehrheitsbevölkerung gegen die Slowen_innen und es kam zu ersten Verfolgungen von Repräsentanten slowenischer Vereine. 1918 zerfiel die Habsburger-Monarchie und das neu entstandene „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen“ (SHS) stellte Gebietsansprüche an den südlichen, slowenischsprachigen Teil Kärntens/Koroškas und besetzte ihn. Deutsch-kärntnerische Freiwilligenverbände formierten sich und lieferten sich über einen längeren Zeitraum bürgerkriegsartige Auseinandersetzungen mit den SHS-Truppen. Ein nicht unüblicher Grenzfindungskonflikt nach Ende des Ersten Weltkrieges, der später zum „Kärntner Abwehrkampf“ mystifiziert worden ist.

Volksabstimmung vom 10. Oktober 1920

Auf der Pariser Friedenskonferenz 1919 wurde hinsichtlich der österreichischen Grenze ein Plebiszit über die Zugehörigkeit des zweisprachigen Gebietes zur Republik Österreich oder zum SHS-Königreich beschlossen. Bei der am 10. Oktober 1920 abgehaltenen Volksabstimmung entfielen schließlich 59 % der abgegebenen Stimmen auf Österreich. Ein bedeutender Teil der slowenischsprachigen Bevölkerung im Abstimmungsgebiet votierte für die Zugehörigkeit zu Österreich; vermutlich da das republikanische Österreich mit seinen sozialpolitischen Errungenschaften im Vergleich zur konservativen Monarchie des SHS-Reiches für viele die attraktivere Variante darstellte. Neben der sozialdemokratischen Partei, die in ihrem Wahlkampf die slowenische Minderheit mit Aussicht auf kulturelle Autonomie und wirtschaftlichen Versprechungen umworben hatte, sicherte auch eine provisorische Kärntner Landesversammlung den „slowenischen Landsleuten“ die Wahrung ihrer Rechte zu. Durch das Abstimmungsergebnis erlangten die Kärntner Slowen_innen einen neuen Rechtsstatus, waren sie doch nun eine offiziell anerkannte nationale Minderheit, die durch die Minderheitenschutzbestimmungen des Friedensvertrages von Saint Germain geschützt wurde.

Jedoch war die slowenische Bevölkerung eben eine Minderheit in einem Staat, den die führenden Schichten der Gesellschaft als rein „deutschen“ Staat verstanden. Besagte Minderheitenrechte erwiesen sich in der 1. Österreichischen Republik weitgehend als Makulatur. Die Kärntner Politik bestimmten vor allem deutschnationale Kräfte, deren Ziel es war, die slowenischen Gebiete so schnell wie möglich zu germanisieren:

„Nur ein Menschenalter haben wir Zeit, diese Verführten zum Kärntnertum zurückzuführen: in der Lebensdauer einer Generation muss dieses Werk vollendet sein!“¹

Die „Verführten“ waren aus Sicht der Kärntner „Abwehrkämpfer“ diejenigen Slowen_innen, die sich auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker berufen hatten und am 10. Oktober für das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen votiert hatten. Der Mythos der versuchten „Slawisierung“ Kärntens/Koroškas wurde von den Deutschnationalen zur „Kärntner Uranst“ stilisiert und für anti-slowenische Politik missbraucht. Der 10. Oktober wurde als Jahrestag der Volksabstimmung jedes Jahr aufs Neue ein Festtag der Rechtskonservativen und der Deutschtümelei, an dem man durch Aufmärsche und Feierlichkeiten zu Ehren der „Abwehrkämpfer“ deren Taten verherrlichte und gleichzeitig Ressentiments gegenüber den Slowen_innen schürte. Außerdem versuchte man die

slowenische Bevölkerung zu spalten, in dem man sie hinsichtlich ihrer Wahlentscheidung in „Deutschfreundliche“ bzw. „Heimattreue“ - die sogenannten „Windischen“ -, sowie in „Nationalslowenen“ und „Heimatverräter“ teilte und öffentlich brandmarkte. Trotz allem kam es zunächst zu einem Anwachsen slowenischsprachiger Kulturvereine und politischer Organisationen. In der Phase des autoritär-christlichen Ständestaates ab 1933, den katholische Slowen_innen zunächst begrüßt hatten, verschlechterte sich die Situation erneut, slowenische Zeitungen wurden zensiert oder verboten, einige politische Vereine aufgelöst und slowenischsprachiger Unterricht an Schulen extrem eingeschränkt.

Verfolgung von Kärntner Slowen_innen im Nationalsozialismus

Viele Konservative hatten sich bereits dem in dieser Zeit in Österreich illegalen Nationalsozialismus verschrieben. Nach dem sogenannten „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich 1938, kam es vor allem nach dem Überfall auf Jugoslawien 1941 zu immer schärferen Angriffen auf die slowenische Minderheit und ihre kulturelle Identität.

„Macht mir dieses Land deutsch!“ hatte Heinrich Himmler von Kärntner NS-Funktionären gefordert, und die Kärntner „Volksgenossen“ machten sich mit großem Eifer an die „nationale Bereinigung“ - die Idee des „Deutschen Kärntens“ hatte schließlich mindestens seit 1920 Hochkonjunktur bei den nationalistischen Kräften, die sich auf eine mehr



Tafel im Museum des Peršmanhof - Die Nazis und deren Kollaborateure verfolgten eine rigorose Germanisierungspolitik. Schon das Sprechen des Slowenischen war eine Straftat. Die Listen zeigen die Namen von deportierten Kärntner Slowen_innen.

oder weniger ausgeprägte anti-slowenische Grundhaltung in der Mehrheitsbevölkerung stützen konnten. Angestrebt wurde also eine ethnische Homogenität. Sofort nach dem „Anschluss“ wurden Dossiers über politisch aktive Slowen_innen angelegt. Funktionäre und Mitglieder von sloweni-

schen Kulturvereinen, politischen Vereinigungen und auch der katholischen Kirche wurden des zweisprachigen Gebietes verwiesen, inhaftiert oder in Konzentrationslagern, meist Dachau oder Mauthausen, interniert. Dies sollte die Minderheit einschüchtern und die Bereitschaft zu Assimilation aus Furcht verstärken. Das Slowenische wurde in den Schulen verboten, später sogar als Umgangssprache kriminalisiert: Der demonstrative Gebrauch des Slowenischen in der Öffentlichkeit wurde bereits als Straftat ausgelegt.

Deportationen, Lagerhaft, Enteignungen

Den vorläufigen Höhepunkt erreichten diese anti-slowenischen Maßnahmen im April 1942. Sich auf die bereits angesprochenen Dossiers stützend, wurden 200 slowenisch-kärntnerische Familien, insgesamt 1.075 Personen, überfallartig von ihren Höfen zur „Evakuierung“ gezwungen und in einem Lager bei Klagenfurt/Celovec gesammelt. Am folgenden Tag wurden die Deportierten („Aussiedler“ (!) im NS-Jargon) per Zug zu verschiedenen Lagern der „Volksdeutschen Mittelstelle im Altreich“ verschickt.

Dank einer Einladung des „Verbands der Kärntner Partisanen“/„Zveza koroških partizanov“ war es uns möglich, Katja Sturm-Schnabl, Dozentin am Institut für Slawistik der Universität Wien und Obfrau des Verbandes zu treffen. Sie selbst war als Kind Opfer der Deportationen und schilderte uns das Schicksal slowenisch-kärntnerischer Familien in einem sehr bewegenden Vortrag. Im April 1942 wurde sie im Alter von sechs Jahren gemeinsam mit ihrer Familie von ihrem Hof vertrieben, zunächst in einem Sammellager bei Klagenfurt/Celovec interniert und danach in Güterwagons in verschiedene Lager in Deutschland gebracht, wo alle erwachsenen Deportierten Zwangsarbeit leisten mussten. Die Kinder wurden mehr oder weniger sich selbst überlassen bzw. von faschistischen Aufseherinnen überwacht und drangsaliert. Ihre ältere Schwester Verena sollte die Haft nicht überleben. Nach einer Scharlacherkrankung wandte sich ihre Mutter hilfeschend an einen Lagerarzt, der das Mädchen jedoch vor den Augen der Mutter durch eine Giftspritze ermordete. Ein Trauma, das die Familie nie wieder loslassen sollte. Insgesamt verbrachte sie bis zur Befreiung durch US-Einheiten 1945 dreieinhalb Jahre in Internierungslagern.



Zeitzeugin Katja Sturm-Schnabl: Als 6-Jährige wurde sie zusammen mit ihrer Familie deportiert und verbrachte mehr als drei Jahre in verschiedenen Arbeitslagern.

Nach dem Krieg war für die Kärntner Slowen_innen eine Ansiedelung im eroberten Osteuropa geplant, de facto blieben sie jedoch bis 1945 in Arbeitslagern, wo sie Zwangsarbeit verrichten mussten. Erst nach der Deportation wurde den Betroffenen verkündet, dass sie „volks- und staatsfeindlich“ seien und damit all ihres Besitzes enteignet würden. Die leer stehende Höfe wurden nun an neue „Ansiedler“ aus dem italienischen Kanaltal, bzw. an „politisch Zuverlässige“ und NS-Parteiengenossen vergeben. Die so genannte „K-Aktion“, also die „Aus- und Umsiedelung“ und folglich die Germanisierung des gemischtsprachigen Südkärntens, war von langer Hand geplant und Teil der nationalsozialistischen Politik, die „Volksgemeinschaft“ zu vollenden. Die Massenvertreibung der slawischen Bevölkerung und die Ansiedlung von „Volksgenossen“ war bereits nach der Invasion Jugoslawiens in Oberkärnten und der Untersteiermark Realität geworden.

Während also hunderte Familien als „volkspolitisch unzuverlässig“ deportiert wurden, hatte die Wehrmacht bei der Rekrutierung neuer Soldaten weniger Bedenken. Bereits zu Beginn des Krieges waren alle kriegstauglichen Slowenen, genau wie die Männer der Mehrheitsbevölkerung zur Wehrmacht

eingezogen worden und kämpften an verschiedensten Fronten für das Deutsche Reich. Beim Fronturlaub erfuhren die heimkehrenden Soldaten dann von der Deportation oder Verhaftung ihrer Familien und Bekannten. Für viele war dies verständlicherweise das einschneidende Erlebnis, das sie überzeugte, sich dem aktiven Widerstand anzuschließen. Sie desertierten und gingen in die Kärntner Wälder, wo sie sich bereits Partisan_innengruppen wie die „Osvobodilna Fronta“ (Befreiungsfront) gebildet hatten. ★

1 Aus der Rede des Landesverwesers Arthur Lemisch vom 25.11.1920, zitiert bei Augustin Malle, „Die Kärntner SlowenInnen 1920 – 1938“, auf www.persman.at

„Bandengebiet“

Kärnten/Koroška (2): Die Geschichte des Partisan_innenkampfes

von Minas Hilbig

Bereits kurze Zeit nach dem „Anschluss“ Österreichs an Nazideutschland begann sich unter der slowenischen Minderheit Kärntens/Koroškas widerständiges Verhalten zu regen. Zwar waren die Formen des Widerstands unorganisiert und eher symbolischer Natur, etwa die demonstrative Verwendung der slowenischen Sprache in der Öffentlichkeit, aber immerhin wurde damit die von den Nazis beabsichtigte „Germanisierung“ Kärntens/Koroškas erschwert. Ab 1939 kam es vermehrt zu Fällen von Desertion oder Flucht vor der Einberufung in die Wehrmacht. Diese sogenannten „Grünen Kader“ flohen größtenteils nach Jugoslawien. Zwar waren sie noch nicht organisiert, bildeten aber eine Keimzelle von späteren Partisanen.

Der erste gewalttätige Widerstand wurde ab April 1940 von Angehörigen der Organisation TIGR (zusammengesetzt aus den Anfangsbuchstaben Triest/Trst, Istrien/Istra, Görz/Gorica und Rijeka/Reka) ausgeübt. Diese sprengten Brücken und Bahngleise, allerdings wurden bereits im Zusammenhang mit diesen ersten Anschlägen 33 Männer und Frauen verhaftet, von denen 6 später ermordet wurden.

Die Osvobodilna Fronta (Befreiungsfront)

Im Zuge der Besetzung Jugoslawiens 1941 wurde TIGR zwar fast komplett von den Nazis zerschlagen, doch bereits im April wurde in Ljubljana die Osvobodilna Fronta (OF) gegründet. Ihr war Ziel war die militärische Bekämpfung der faschistischen Besatzungstruppen sowie die Vereinigung aller Slowen_innen in einem Staat. In der OF gingen auch die „Grünen Kader“ auf. Neben kommunistischen Kräften waren auch Menschen aus dem liberalen und christlichen Lager an ihr beteiligt, wenngleich ab 1943 die Kommunist_innen die Führung übernahmen.

Der Hauptgrund für die Bildung der OF war insbesondere

das seit dem Überfall auf Jugoslawien rigorose Vorgehen der Deutschen in Kärnten/Koroška. Slowenische Vereine wurden aufgelöst, die slowenische Wochenzeitung verboten und die bis dahin letzte Anwendungserlaubnis slowenischer Sprache, bei Predigten in der Kirche, wurde aufgehoben. Die damit einhergehende Radikalisierung der slowenischen Minderheit in Kärnten/Koroška führte zu einem verstärkten Engagement für die Mitglieder der OF. Spätestens als es im April 1942 zur gewaltsamen Aussiedlung und Verschleppung eines Großteils der slowenischen Familien aus Südkärnten kam, entdeckten auch einige deutschsprachige Kärntner_innen ihre Sympathien für den bewaffneten Kampf gegen den Faschismus. Zum ersten Zusammenstoß zwischen Antifaschist_innen und Besatzungstruppen kam es Ende August, als Angehörige des Kranjc Bataillons, das seit dem Frühsommer in Kärnten/Koroška aktiv war, einen Überfall von SS-Einheiten erfolgreich zurückschlugen, was ebenfalls zu einem gesteigerten Wohlwollen der Bevölkerung den Partisan_innen gegenüber führte.

Der erste Versuch eine Organisationsstruktur in Kärnten/Koroška aufzubauen, führte allerdings zu deren Zerschlagung durch die Gestapo, der Verhaftung von 200 Sympathisant_innen und der Ermordung von 13 Verhafteten. Zwei bemerkenswerte Fakten sind jedoch mit diesem Verlust verbunden. Zum einen der kurze Zeitraum, nach dem sich der Widerstand neu organisiert hatte und zum anderen, dass es sich bei den 200 verhafteten um genau so viel Frauen wie Männer handelte.

Die Rolle von Frauen im Partisan_innen-Widerstand

Denn obwohl viele Frauen in Kärnten/Koroška als Vertretung für ihre Männer, die entweder an der Front, in Gefangenschaft oder im militärischen Widerstand waren, die Höfe und Geschäfte verwalten mussten, trugen sie einen großen Anteil am Widerstandskampf gegen die faschistischen Besatzer. Im März 1943 gründete sich bei Bad Eisenkappel/Železna kapla der Slowenische antifaschistische Frauenverband/Slovenska protifašisti na ženska zveza (SPŽZ). Insbesondere die Propagandaarbeit, die Anwerbung von Sympathisant_innen und



Ausschnitt aus einem Plakat der jugoslawischen Partisan_innen-Armee.



Blatt der slowenischen antifaschistischen Frauenfront für das slowenische Küstenland, März 1945: *Trotz der Teilnahme von Frauen am bewaffneten Kampf, blieben auch traditionelle Rollenbilder bestehen.*

die Kurierarbeit gehörten zu dessen Hauptbetätigungsfeldern. Die Frauen galten als absolut zuverlässige Mitarbeiterinnen der OF. Auch am militärischen Widerstand hatten Frauen einen Anteil, allerdings weit weniger, als bei der Organisation desselben, denn in den meisten Bataillonen gab es keine Frauen in der Führungsebene und die Rollenbilder waren so traditionell geklärt, dass sie von der Kommunistischen Partei kritisiert wurden.

Geislerschießungen

Keinen Unterschied zwischen Mann und Frau machten hingegen die Faschisten, die mit allen Mitteln versuchten, den Widerstand der Partisan_innen zu brechen. Neben Verhaftungen und Hinrichtungen bedienten sie sich insbesondere der Propaganda und des besonders widerwärtigen Mittels der Geislerschießung. Hierbei wurden für jeden getöteten deutschen 10, für jeden nichtdeutschen Kollaborateur 5 politische Gefangene erschossen. Im Verlaufe des Krieges stieg dieses Verhältnis auf bis zu 50 ermordete Geiseln pro getöteten Deutschen.

Ein Zeugnis dieser verbrecherischen Praktiken kam man heute noch im slowenischen Begunje besichtigen. Das örtliche Schloss diente im Zweiten Weltkrieg als zentrales Gestapo-Gefängnis. Hier wurden vor

allem aktive Partisan_innen und ihre Familien und Unterstützer_innen gefangengehalten, jedoch auch Slowen_innen, die deportiert werden sollten. Insgesamt waren hier bis Kriegsende 12.134 Personen inhaftiert, darunter 2.280 Frauen und 405 Kinder. Den Nazis diente das Gefängnis als „Geisel-Vorrat“ für ihre verbrecherischen Vergeltungsaktionen. Ein Seitenflügel des ehemaligen Gefängnisses beherbergt heute ein Museum, in dem die Zellen im Originalzustand erhalten sind. Durch ein spezielles Beleuchtungsverfahren wurden die in den Putz eingeritzten Nachrichten der Insass_innen wieder sichtbar gemacht. Von vielen, die dort auf ihre Erschießung oder Deportation warteten, sind dies die letzten Nachrichten. Sie zeugen von Angst vor dem Tod, Verlorenheit und Resignation, jedoch auch von unbeugsamen Trotz und Siegeswillen, z.B. in Form eines eingeritzten Hammers und Sichel. Gegenüber den Zellentüren finden sich die allerletzten Erwähnungen der Häftlinge. Dort hängen die zweisprachigen Bekanntmachungen der Erschießungen. Sorgsam sind hier die Erschossenen mit vollständigem Namen, ihrem Geburtsdatum und Beruf aufgelistet.

„Bandengebiet“

Als Teile Kärntens/Koroškas im Sommer 1944 von den Besatzern zum „Bandengebiet“ erklärt wurden, diente auch deren slowenische Bevölkerung als Geiseln für die nun immer zahlreicheren Erschießungen. Noch am 25. April 1945 wurde am Peršmanhof von SS-Einheiten eine „Vergeltungsaktion“ in Form eines Massakers an den Familien Sadovnik und Kogoj verübt. Bis Kriegsende wurden allein in der Oberkrain 1.270 Geiseln erschossen, 849 von ihnen hatten ihre letzten Tage in Begunje verbracht. Auch die faschistische Propaganda führte zu Schwierigkeiten für



Begunje, Slowenien: In diesem Schloss befand sich im Zweiten Weltkrieg das zentrale Gestapo-Gefängnis der Region. Der Seitenflügel des Gebäudes beherbergt heute ein Museum.

die Partisan_innen, denn diese schürte die Angst vor den vermeintlichen „Banditen“, die die Bauernhöfe überfielen, Frauen vergewaltigten und die Männer erschossen. Auch die Darstellung der Partisan_innen als enteignende und das Land übernehmende Kommunist_innen sorgte unter der größtenteils katholischen Bevölkerung für Angst und es kostete einige Überwindungskraft, sich den Partisan_innen zu nähern.

Der effektivste bewaffnete Widerstand innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches

All dies half jedoch nichts dagegen, dass sich die Widerstandsstrukturen in Kärnten/Koroška im Frühjahr 1943 endgültig gefestigt hatten: 2 Bataillone hatten sich im Kärntner Raum gebildet und waren zu regelmäßigen Aktionen gegen die Besatzer übergegangen, z.B. der Befreiung von 40 Zwangsarbeitern und der Zerstörung von Fabriken. 1944 waren etwa 700 kämpfende Partisan_innen in Kärnten/Koroška aktiv und wurden nun auch durch die Alliierten unterstützt, etwa durch den Abwurf von Munition und Waffen, sowie Lebensmitteln. Insgesamt hatten jedoch über 3500

Partisan_innen einen „Kärntenbezug“, stammten also aus Kärnten/Koroška. Im „Bandengebiet“ mussten sich Einheiten der Wehrmacht und Polizeitruppen immer in größeren Gruppen fortbewegen und Fahrzeuge im Konvoi fahren. Insgesamt band der Widerstand der Partisan_innen in Kärnten/Koroška auf diese Weise zwischen 7.000 und 10.000 Mann, die von anderen Orten abgezogen werden mussten und der deutschen Kriegsmaschinerie so nicht mehr von Nutzen waren. Hinsichtlich der ungeheuren Opferzahlen des Zweiten Weltkrieges erscheinen diese Zahlen zwar

Der Partisan_innen-Widerstand band zwischen 7.000 und 10.000 Mann, die der deutschen Kriegsmaschinerie so nicht mehr von Nutzen waren

gering, doch darf kein Zweifel darüber bestehen, dass der Partisan_innen-Widerstand in Kärnten/Koroška einzigartig war, was den Organisationsgrad, die Anerkennung und die Außenwirkung anging, allein, da es sich um den einzigen militärischen Widerstand innerhalb des Deutschen Reiches handelte. Den Alliierten galt der Widerstand als Beleg für Österreichs (!) antifaschistische Grundhaltung im Sinne der Moskauer Deklaration von 1943.

Das Österreich, das 1955 seine volle staatliche Souveränität erlangte, verdankt dies zum größten Teil seiner slowenischen Minderheit, die bereits kurz nach dem „Anschluss“ aktiv im antifaschistischen Widerstand wirkten. Gedankt wurde es den über 1.000 toten Antifaschist_innen damit, dass sie als kommunistische Kriminelle verschrien wurden. Die Briten, die in der Nachkriegszeit die Verwaltung in Kärnten/Koroška innehatten, arbeiteten, kaum dass die Kapitulation unterzeichnet war, mit den Faschisten zusammen gegen die ehemaligen Freiheitskämpfer_innen. Dies ging

soweit, dass ein faschistischer Arzt in Klagenfurt/Celovec nicht dafür belangt wurde, einer von einer britischen Patrouille angeschossenen ehemaligen Partisanin die ärztliche Hilfe zu verwei-

gern und sie verbluten zu lassen. Auch Katja Sturm-Schnabl schilderte uns die Situation als unerträglich: Nach dem sie nach jahrelanger Lagerhaft zurückkehrte und wieder die Schule besuchte, wurde sie als „KZlerin“ stigmatisiert und bloßgestellt.

Noch immer werden die Leistungen der Kärntner Partisan_innen bewusst verschwiegen, oder, um sich in abgewandelter Form Churchills zu bedienen: Noch nie haben so viele, so wenigen, so wenig gedankt. ★

Umkämpfte Erinnerungen

Kärnten/Koroska (3): Über die revisionistische Erinnerungspolitik und Gedenkkultur

von Philipp Winkler und mo

Der 10. Oktober und die Ortstafelfrage

In der dominanten Erinnerungskultur Kärntens/Koroškas spielen die Feierlichkeiten zum 10. Oktober auch nach dem Zweiten Weltkrieg weiterhin eine wichtige Rolle. Der Landesfeiertag, der in mystifizierender Weise an die Volksabstimmung über den Verbleib

des südlichen Kärntens/Koroškas bei Österreich von 1920 erinnert, wird alljährlich mit großem Pomp begangen. Auf Weisung des Landesschulrates muss dieser Tag auch in den Pflichtschulen entsprechend gefeiert werden. Tonangebend bei den Feierlichkeiten zum 10. Oktober sind vor allem die beiden großen Traditions- und Heimatverbände, der „Kärntner Heimatdienst“ (KHD) und der „Kärntner Abwehrkämpferbund“ (KAB), mit ihrem reaktionären Geschichtsbild. Die aufwändigen Inszenierungen dienen vor allem dem Aufrechterhalten der „Kärntner Urangst“. Darunter kann die von den Ewiggestrigen in den Heimatverbänden forcierte

Furcht vor einer „neuerlichen Landnahme durch die Slawen aus dem Süden“ verstanden werden. In dieser verqueren Logik sprechen der Heimatdienst und der Abwehrkämpferbund von drei versuchten Landnahmen: im Zusammenhang mit dem Grenzfindungskonflikt von 1918/19, mit der Besetzung von Teilen Kärntens durch die jugoslawische Partisan_innen-Armee 1945 und zuguterletzt – symbolisch – durch die Aufstellung von zweisprachigen Ortstafeln.

Die „Ortstafelfrage“ ist das wohl augenscheinlichste Beispiel für die Kontinuität der Missachtung von Minderheitenrechten gegenüber den Kärntner Slowen_innen, die sich auch nach dem Zweiten Weltkrieg fortsetzt und eng mit alten antislowenischen Ressentiments verbunden ist. Der Österreichische Staatsvertrag von 1955 enthält eine Reihe von Bestimmungen zur Wahrung von Minderheitenrechten. So wurde in Artikel 7 des Vertragswerkes festgelegt, dass in den gemischtsprachigen Gebieten in Kärnten/Koroška an den Ortseingängen jeweils zweisprachige Ortstafeln, in deutsch und slowenisch, aufgestellt werden müssen. Erst 1972 wurden die ersten Tafeln aufgestellt. Doch schon am Vorabend der Feierlichkeiten zum 10. Oktober 1972 wurde in dem von den Kärntner Heimatverbänden organisierten „Ortstafelsturm“ sämtliche Schilder wieder entfernt. Unterstützt wurde der deutschnationale Mob dabei auch von führenden Politikern aus Kärnten/Koroška. Bei Kärntner Slowen_innen weckten diese Ereignisse schmerzhaft Erinnerungen an die Verfolgungen während der NS-Zeit.

Das sogenannte „Volksgruppengesetz“ von 1976 beschloss die Aufstellung von lediglich 100 zweisprachigen Ortstafeln – weit weniger als die ursprünglich 800 geforderten Schilder. Doch selbst davon wurde nur ein Bruchteil aufgestellt. Erst 2001 kassierte das österreichische Verfassungsgericht dieses Gesetz als nicht verfassungskonform. Der Landeshauptmann Jörg Haider rief da-raufhin dazu auf, die in Staatsvertrag und Verfassung garantierten Minderheitenrechte einfach zu ignorieren.

Historischer Stadtspaziergang in Klagenfurt/Celovec

Einen spannenden Einblick in die Kärntner/Koroške Erinnerungskultur liefert ein Blick in die Landeshauptstadt Klagenfurt/Celovec. In einem kritischen Stadtspaziergang wollten wir ergründen, wem die öffentliche Gedenkpolitik Beachtung schenkt. Dabei fällt auf, dass es eine Vielzahl revisionistischer Denkmäler gibt, die an die „Opfer“ des Zweiten Weltkrieges – auf nationalsozialistischer Seite – erinnern. An die Opfer des nationalsozialistischen Terrorregimes, die verfolgten Kärntner Slowen_innen und die gefallenen und ermordeten Partisan_innen wird dagegen kaum erinnert. Eine der wenigen Ausnahmen bildet das Euthanasie-Denkmal

mit Schriftzug „Für die Opfer des Nationalsozialismus in der Psychiatrie Klagenfurt“ beim Landeskrankenhaus Klagenfurt/Celovec. Doch: dieses wichtige und erst 1988 eingeweihte Denkmal steht weit abseits der Innenstadt.

Im Stadtzentrum findet sich dagegen eine ganze Reihe von revisionistischen Denkmälern, die aus nationalsozialistischen Täter_innen „Opfer“ machen wollen. Am zentral gelegenen Domplatz, unweit der „Straße des 10. Oktober“, erinnert ein massiver Steinklotz an die „Opfer der Partisanen“: „Zum Gedenken an die während und nach dem Zweiten Weltkrieg von Partisanen verschleppten und ermordeten Kinder, Frauen und Männer. Wir wollen nicht vergessen damit gleiches nie wieder geschieht.“ Dieser Mythos der „von den jugoslawischen Partisanen verschleppten Kärntner“ deutet den antifaschistischen Befreiungskampf der Partisan_innen in eine gewalttätige Aggression gegen die „hilflosen“ deutschnationalen Kärntner_innen um. Kein Wort erinnert an die Verbrechen der Nationalsozialist_innen, die Deportation von Kärntner Slowen_innen oder die Ermordung von Geiseln und Partisan_innen. Die Verhaftung von ca. 250 Personen durch die jugoslawische Armee, zu meist überzeugte Nationalsozialist_innen, von denen etwa ein Drittel nicht zurückkehrte, wird benutzt, um eine äußerst fragwürdige Umkehr von Täter_innen und Opfern zu propagieren. Direkt gegenüber befindet sich die Geschäftsstelle des KAB. Zusammen mit seiner deutschnationalen Schwesterorganisation, dem KHD, organisiert er alljährlich Gedenkfeiern für die „Opfer“ des „Partisanenterrors gegen Kärnten“.

Einige Straßen weiter kommen wir zur „Alten Burg“, heute Sitz der Kärntner Kulturverwaltung. Hier hatte die ehemalige „Gestapostelle Klagenfurt“ ihren Sitz. Von dort aus wurde die „Bandenbekämpfung“, d.h. die gewaltsame Niederschlagung des Partisan_innen-Widerstands und die



Domplatz in Klagenfurt/Celovec: Das revisionistische Denkmal für die „Opfer der Partisanen“ - eine krude Verdrehung von Täter_innen und Opfern.

Verfolgung der Kärntner/Koroške Jüdinnen und Juden organisiert. Es gibt keine Gedenktafel, die darauf hinweist.

Im Landhaushof, unmittelbar neben dem Landtag von Kärnten/Koroška befindet sich die „Stätte der Kärntner Einheit“, die wohl wichtigste Gedenkstätte der Kärntner Traditions- und Kameradschaftsverbände, neben KHD und KAB, die Ulrichsberggemeinschaft und der Österreichische Kameradschaftsbund. Vier abgebrochene Steinsäulen sollen „Freiheit, Begegnung, Einheit, Frieden“ symbolisieren. Ein Eisernes Kreuz in der Mitte der Gedenkstätte erinnert an den „Kärntner Freiheitskampf 1918-1920“. Regelmäßige deutschnationale Feierlichkeiten, wie der „10. Oktober“ halten hier bis heute antislowenische Ressentiments wach. Die Nähe zum Landtag, wie auch die Förderung der oben genannten Heimat- und Kameradschaftsverbände durch das Kulturbudget, verweisen auf den Stellenwert, den diese deutschnationale und revisionistische Erinnerungskultur in der Landespolitik hat.

Die letzte Station unseres historischen Stadtrundgangs ist die „Landesgedächtnisstätte Kreuzbergl“ am nordwestlichen Rand der Innenstadt von Klagenfurt/Celovec. Der 1959 eingeweihte Kreuzweg erinnert an „alle Opfer der Kriege“. Dabei kommt es jedoch zu einer kruden Mischung christlicher und nationalsozialistischer Symboliken und es wird schnell deutlich, welchen Opfern hier gedacht wird: Die Leiden Jesu werden hier mit dem „einfachen Schlachtfeldsoldaten“, dem „U-Bootfahrer und dem „unbekannten Soldaten“ identifiziert. Der „Verein der Freunde der Landesgedächtnisstätte Kreuzbergl in Klagenfurt“ organisiert hier jährlich eine Gedenkfeier unter Beteiligung des österreichischen Bundesheeres. Perfide daran ist auch, dass sich in unmittelbarer Nähe die „Erschießungsstätte“ am Kreuzbergl befindet, in der auch in den letzten Kriegstagen noch Menschen hingerichtet worden sind.

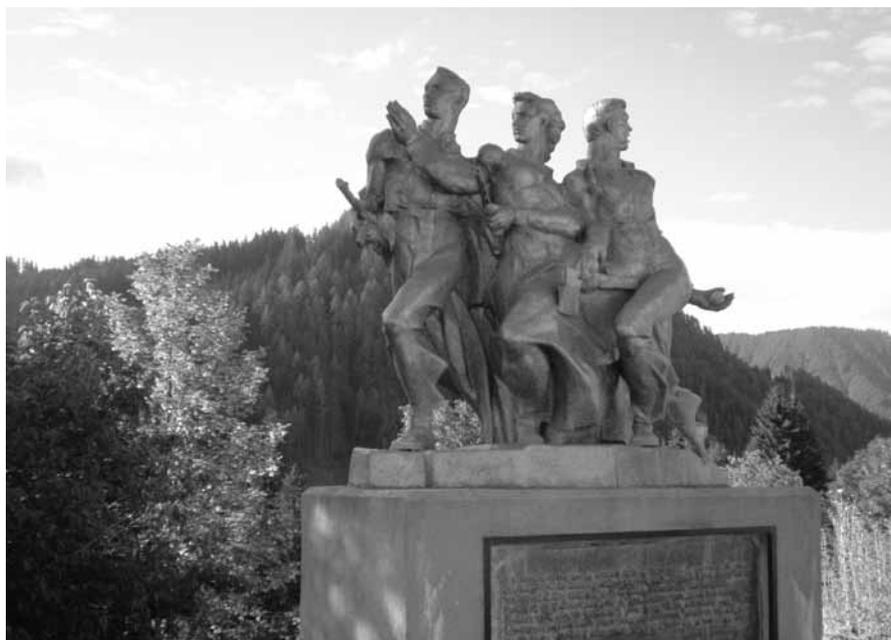
Denkmal des antifaschistischen Widerstandes

Ein Denkmal, das an die kärntner-slowenischen Partisan_innen erinnert, steht heute weit außerhalb der Kärntner/Koroške Landeshauptstadt bei der Gedenkstätte am Peršmanhof – und das, obwohl eben jene Partisan_innen die einzige bewaffnete Widerstandsgruppe in Österreich und gleichzeitig der effektivste Widerstand gegen den Nationalsozialismus innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches gewesen sind. Das war nicht immer so: Das „Denkmal des antifaschistischen Widerstandes“ wurde ursprünglich 1947 in Völkermarkt/Velikovec errichtet, ist dort aber von Deutschnationalen gesprengt worden. Später wurde es am Peršmanhof wiederaufgestellt. In den 80er Jahren richtete der „Verband der Kärntner Partisanen/Zveza koroških partizanov“ in dem wiederaufgebauten Wohnhaus

ein kleines Museum ein, das die Geschichte der kärntner-slowenischen „Minderheit“¹ zur Zeit des Nationalsozialismus dokumentiert.

Heute ist der Peršmanhof der wohl wichtigste Gedenkort der kärntner-slowenischen Partisan_innen und deren Nachkommen. Innerhalb der Erinnerungskultur der Kärntner Slowen_innen ist der Hof ein zentraler Ort, an dem der „eigenen“ Geschichte von Verfolgung, Deportation und Widerstand gedacht wird. Doch im Gegensatz zu den Orten des dominanten deutschnationalen Gedenkens liegt der Peršmanhof eher peripher, auf einem abgelegenen Berg in 1100 Meter Höhe. Jedes letzte Wochenende im Juni finden dort Gedenkfeiern statt. Die Kärntner Landespolitik bleibt diesen Feierlichkeiten regelmäßig fern. ★

- 1 Der Begriff „Minderheit“ drückt hier ein Machtverhältnis aus. „Minderheiten“ sind dabei keine feststehenden Größen, sondern entstehen durch Fremd- und Selbstzuschreibungen. Im Kontext von Kärnten/Koroška ist die Selbstzuschreibung auch immer ein „Bekenntnis“, das in einem machtpolitischen Raum stattfindet.



Das wiedererrichtete „Denkmal des antifaschistischen Widerstandes“

Literatur:

- Tanja von Fransecky u.a. (Hg.): *Umkämpfte Erinnerungen*, Bremen 2010.
 Lisa Rettl: *Partisan/innendenkmäler. Antifaschistische Erinnerungskultur in Kärnten*, Innsbruck/Wien, 2005.
 Der Internetauftritt des Peršmanhof unter www.persman.at

„Aus dir wird nichts, aus euch wird sowieso nie etwas“

Eine aktuelle „Studie zur Bildungssituation deutscher Sinti und Roma“ offenbart die prekäre Bildungssituation dieser Minderheit

Text: Philipp Winkler

Fotos: Andy Möbius

Tübingen, 22. Dezember 2010. Auf einer Kundgebung vor dem Tübinger Rathaus demonstrierten etwa 50 Menschen gegen die drohende Abschiebung von Roma nach Mazedonien. Unter den Protestierenden waren auch Angehörige von betroffenen mazedonischen Roma-Familien. Im Anschluss wurde dem Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer eine Petition übergeben, in der eine Gemeinderatsentschließung gefordert wird, die sich gegen die drohende Abschiebung im Januar 2011 aussprechen sollte. Palmer ließ sich auch die konkrete Situation eines Rom schildern. Trotz dieser Berichte und der eindringlichen Bitte um Palmers Hilfe wollte der Bürgermeister nichts Konkretes versprechen. Stattdessen drehte er den Spieß um: Er sähe hier viele Kinder und würde die Eltern bitten, ihre Kinder auch zur Schule zu schicken. Damit verdrehte Palmer nicht nur Schuld und Ursache, nämlich, dass die verzweifelte Lage der Roma durch deutsche Behörden verursacht worden war, sondern äußerte stattdessen den indirekten Vorwurf, die Eltern würden ihre Kinder verwahrlosen lassen und nicht zur Schule schicken. Und das obwohl die Eltern vorher betont hatten, wie wichtig sie eine Schulbildung ihrer Kinder fänden und dass sie diese in Mazedonien als Angehörige einer diskriminierten Minderheit nicht erhalten würden.¹

Dieser Vorfall ist kein Einzelfall. Er verdeutlicht die paradoxe Lage, in der sich Sinti und Roma in Bezug auf Bildungschancen in Deutschland befinden: Tagtäglich antiziganistischen Diskriminierungen und Vorurteilen der Mehrheitsgesellschaft ausgesetzt, wird ihnen pausenlos vorgeworfen, sich nicht in eben jene Mehrheitsgesellschaft integrieren zu wollen und ihre Kinder statt in die Schule angeblich lieber zum Betteln und Stehlen zu schicken. Diese Stereotype wurden auch in jüngster Zeit wieder medial verbreitet. Während die B.Z. gegen „Bettel-Roma“ hetzt, wurde im öffentlichen Mediendiskurs wiederholt die Überlegung geäußert, Roma-Kinder müssten anders erzogen werden. Nicht die Diskriminierung der Eltern und ihrer Kinder, sondern ein herbeifantasiertes „Wesen“ oder ihre angebliche Kultur werden als Ursache für die prekäre Lage vieler Roma und Sinti gesehen. Dass Sinti und Roma sich gleichberech-

tigten Zugang zu Bildung wünschen, wird ihnen abgesprochen; dass ein Schulbesuch – insbesondere für ausländische – Sinti und Roma mit besonderen Schwierigkeiten und Hürden verbunden ist, wird ausgeblendet. Doch auch die Bildungssituation für Sinti und Roma mit deutscher Staatsangehörigkeit ist überaus prekär. Das bestätigt eine neue „Studie zur aktuellen Bildungssituation deutscher Sinti und Roma“.²

Studie zur aktuellen Bildungssituation deutscher Sinti und Roma

Die Studie wurde am 24. Mai 2011 in Berlin vorgestellt. Sie „zeigt, dass das allgemeine Menschen- und Bürgerrecht auf Bildung nicht im vollen Umfang für deutsche Sinti und Roma gilt. Hier brauchen wir einen Aufbruch im Bildungssystem. Ein gleichberechtigter Zugang zum Bildungswesen muss gewährleistet sein“ – so Daniel Strauß, Herausgeber der Studie, Vorsitzender des Landesverbandes deutscher Sinti und Roma Baden-Württemberg und Geschäftsführer von RomnoKher, dem Haus für Kultur und Antiziganismusforschung.

Der mehr als hundert Seiten umfassende Bericht beschäftigt sich eingehend mit Ausmaß und Ursachen der Bildungsmisere dieser Minderheit, die das ohnehin hoch-selektive deutsche Bildungssystem besonders hartnäckig von gleichberechtigten Teilhabechancen ausschließt. In dem vierjährigen Forschungsprojekt wurden 275 Sinti und Roma aus verschiedenen Regionen Deutschlands und aus drei Generationen über ihre Bildungssituation befragt. Neben der Erhebung quantitativer Daten wurden lebensgeschichtliche Interviews über Bildungsbiografien, die soziale Situation und persönliche Diskriminierungserfahrungen geführt.

Eine wichtige Besonderheit dieser Studie ist, dass in ihr Sinti und Roma selbst zu Wort kommen. Das ist nicht selbstverständlich. Laut Daniel Strauß gebe es „bis dato keine Untersuchungen zu den Lebenswirklichkeiten der Sinti und Roma, wie sie diese selbst erleben, empfinden und deuten“. Aus der historischen Erfahrung der Verfolgung und Ermordung ihrer Verwandten im Zuge der nationalsozialistischen „Zigeunerpolitik“ bestand verständlicherweise ein großes Misstrauen gegenüber der wissenschaftlichen „Erforschung“ und „Beobachtung“ ihrer Lebenssituation durch Angehörige der Mehrheitsgesellschaft. Um dem entgegenzuwirken waren auch die Interviewer_innen selbst Sinti-

und Roma-Aktivist_innen aus der Bürgerrechtsbewegung. Auch im Folgenden soll ausführlich aus den Interviews und Erfahrungsberichten der befragten Sinti und Roma berichtet werden, um sie für sich selbst sprechen zu lassen.

Prekäre Bildungssituation

Die prekäre Bildungssituation von Sinti und Roma zeigt sich besonders drastisch am Schulbesuch: Mindestens 13% der Befragten haben keinerlei Schule besucht - in der Mehrheitsbevölkerung sind es wahrscheinlich unter 1%. In der Altersgruppe der über 51-Jährigen haben fast 40% nie eine Grundschule besucht. Auch bei den 26- bis 50-Jährigen sind rund 20% nicht in der Grundschule gewesen. Die Situation hat sich zwar in den letzten Jahrzehnten leicht gebessert, trotzdem haben auch von den 14- bis 25-Jährigen beinahe 10% keine Grundschule besucht.

Die Situation wird mit Blick auf den Besuch weiterführender Schulen überdeutlich. Nur 11,5% der Befragten waren auf einer Realschule. Bei lediglich 6 von 275 Befragten, die ein Gymnasium besucht haben, erübrigt sich sogar jede statistische Darstellung, kommentieren die Autor_innen. Stattdessen werden Sinti und Roma überdurchschnittlich oft auf Förderschulen abgeschoben.

Auch im Hinblick auf formelle Schulabschlüsse liefert die Studie schockierende Zahlen über die desolaten Bildungslage deutscher Sinti und Roma. Mindestens 44% der Befragten haben keinen Schulabschluss. Zum Vergleich: In der Gesamtbevölkerung liegt die Quote derer, die keinen Schulabschluss haben bei etwa 3,9% - dafür verfügen über 20% der Gesamtbevölkerung über einen mittleren Abschluss und sogar fast 25% über die Hochschulreife.

Wie die Studie zeigt, liegen diese Bildungshemmnisse auch nicht an einem - immer wieder unterstellten - mangelnden Engagement der Sinti und Roma. Im Gegenteil: Die Studie belegt sogar, dass das persönliche Engagement für Bildung insbesondere in den jüngeren Generationen erheblich gestiegen ist. Und das trotz erschwelter Ausgangsbedingungen. Die wichtigsten Gründe für die anhaltende Bildungsmisere sehen die Autor_innen der Studie einerseits in den nie aufgearbeiteten Traumata der NS-Verfolgung. Andererseits verhindern latente aber auch offene antiziganistische Diskriminierungen in vielen Fällen erfolgreiche Bildungskarrieren.

Verfolgung und Ermordung im Nationalsozialismus

Insbesondere die lebensgeschichtlichen Interviews machen eines deutlich: Die individuellen, familiären und kollektiven Traumatisierungen durch die Verfolgung und Ermordung im Nationalsozialismus haben einen erheblichen Einfluss auf die Bildungswege deutscher Sinti und Roma.

Die Verfolgung von Sinti und Roma hat eine lange Tradition. Seit etwa 600 Jahren sind Sinti und Roma im deutschsprachigen Raum ansässig. Ihre Ausgrenzung begann spätestens seit der Herausbildung der Nationalstaaten in der Frühen Neuzeit. Schon 1499 erklärte der Reichstag in Nürnberg vermeintliche „Zigeuner“ als vogelfrei, sie konnten un-



gestraft verfolgt und ermordet werden. Im „aufgeklärten“ 18. und 19. Jahrhundert verfolgten Preußen und Österreich an koloniale Praktiken erinnernde „Zivilisierungsmaßnahmen“: Kinder wurden ihren Eltern weggenommen und zur Zwangsadoption freigegeben. Forderungen einer „Sesshaftmachung der Zigeuner“ folgten eine Reihe von Verordnungen und Erlassen, die in der Praxis aber dazu führten, dass einzelne Gemeinden in der Regel versuchten, zuziehende „Zigeuner“ so schnell wie möglich wieder loszuwerden. Mit der Gründung des Deutschen Reiches 1871 wurden Sinti und Roma in der großen Mehrzahl nicht als deutsche Staatsbürger_innen anerkannt, sondern gesondert erfasst, zu Staatenlosen erklärt, verfolgt und abgeschoben. Diese Praktiken wurden in der Weimarer Republik nahtlos fortgesetzt und mit der Einführung von Sonderausweisen für eine lückenlose Erfassung sogar noch verschärft.

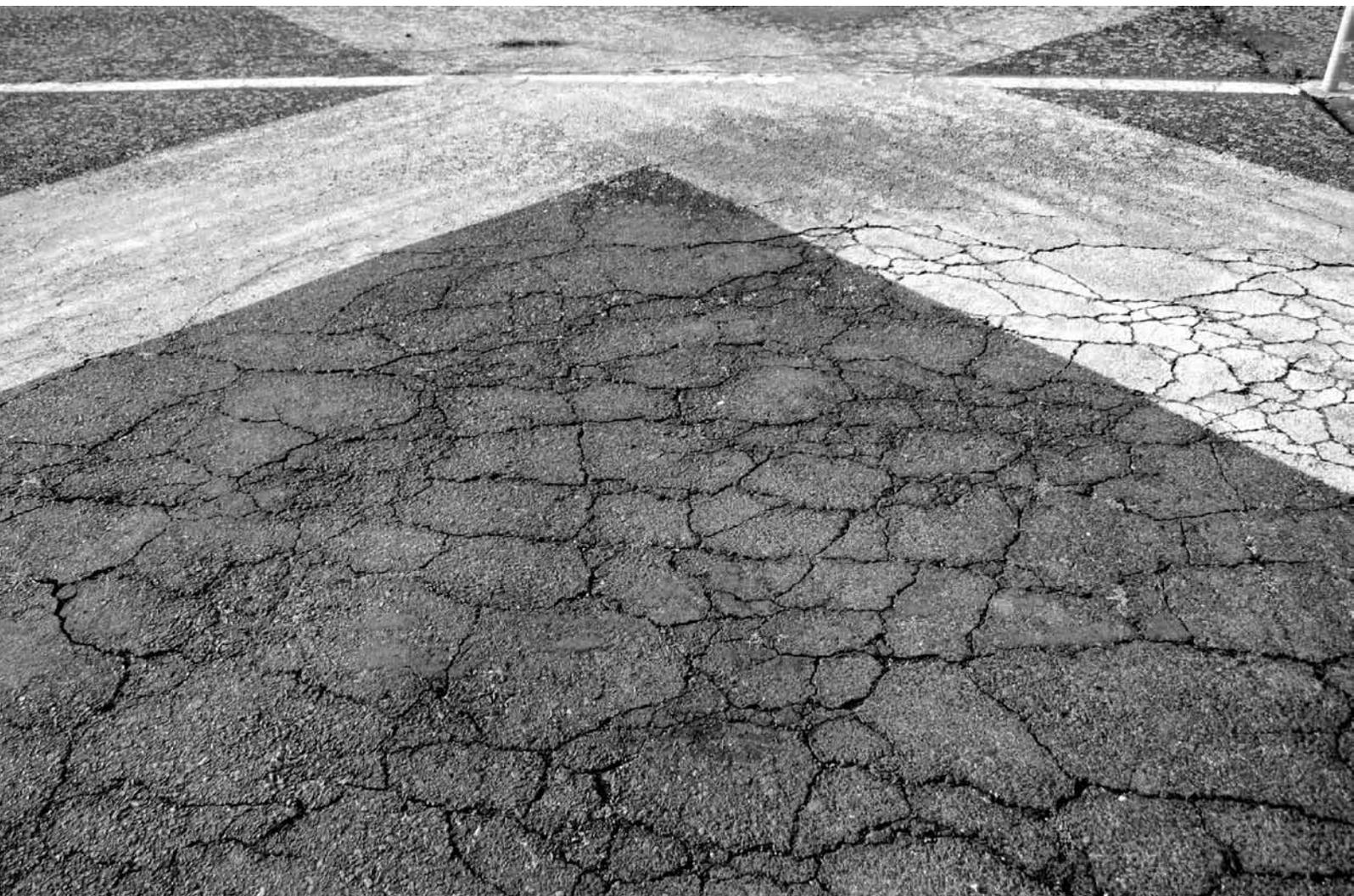
Mit der Machtübergabe an die Nazis erreichte die Verfolgung eine neue Dimension, die im Porajmos³, der Ermordung von schätzungsweise einer halben Million Sinti und Roma in Europa gipfelte.⁴ Nach 1933 folgten eine Reihe von Maßnahmen, „identifizieren, erfassen, isolieren, berauben, ausbeuten, deportieren und schließlich ermorden“, wie Zoni Weisz es zusammenfasst. Schon das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ von 1934 wurde von Anfang an auch auf Sinti und Roma angewendet. Mit der Begründung sie seien „erbkrank“ und „latent schwachsinig“ wurden viele Sinti und Roma zwangssterilisiert. Einen besonders drastischen Einschnitt bedeuteten die antisemitischen und rassistischen „Nürnberger Rassegesetze“ vom September 1935, die auch auf Sinti und Roma angewandt wurden und eine erhebliche Einschränkung ihrer Staatsbür-

ger_innen-Rechte bedeuteten. In mehreren „Runderlassen zur Bekämpfung der Zigeunerplage“ wurde der Terror gegen Sinti und Roma in den 30er Jahren schrittweise verschärft. Nach und nach wurden sie aus dem gesamten öffentlichen Leben ausgeschlossen.

Eine entscheidende Rolle bei der Verfolgung von Sinti und Roma kam der Polizei zu. Mit dem „Asozialenerlass“ von 1936 bekam sie die ausdrückliche Kompetenz „Zigeuner“ zu verhaften und in KZs zu deportieren. So wurden bei der Verhaftungsaktion „Arbeitsscheu Reich“ 10.000 Personen in Konzentrationslager eingewiesen.

Grundlage der Verfolgung war die pseudowissenschaftliche „Zigeuner“- und „Rasseforschung“ der Nazis. Dabei wurde versucht, den Sinti und Roma angedichtete Merkmale, wie beispielsweise „arbeitsscheu“ zu sein, medizinisch nachzuweisen. Die 1936 gegründete „Rassenhygienische Forschungsstelle“ (RHF) unter Leitung von Robert Ritter erstellte 24.000 sogenannte „Rassegutachten“, die im „Zigeunersippenarchiv“ des Reichsgesundheitshauptamtes zusammengefasst wurden und später zur Planungsgrundlage des Völkermordes wurden.

Einen weiteren wichtigen Einschnitt bildete der Beginn des Zweiten Weltkrieges. Die Verfolgung und Entrechtung von Sinti und Roma wurde auf die von den Deutschen besetzten Gebiete ausgeweitet. Der systematische Ausschluss deutscher Sinti und Roma aus allen Massenorganisationen wie dem Reichsarbeitsdienst, dem Luftschutzwarndienst und insbesondere der Wehrmacht in den Jahren 1941/42 verschärfte ihre gesellschaftliche Isolation und setzte sie



noch weit mehr der polizeilichen Willkür aus. Am 16. Dezember 1942 wurde mit dem „Auschwitz-Erlass“ die systematische Ermordung der Sinti und Roma in Europa festgeschrieben.

Antiziganistische Kontinuitäten

Auch nach 1945 kam es zu keinem Bruch mit der Diskriminierung und Verfolgung. Mit der Totalerfassung von Sinti und Roma wurde das LKA München betraut. In der sogenannten „Landfahrerzentrale“ in München arbeitete das selbe Nazi-Polizeipersonal, das vorher in der Berliner „Zigeunerleitstelle“ für die Verfolgung und Ermordung von Sinti und Roma verantwortlich war. Chef dieser Abteilung wurde Joseph Eichenberger, vormals Organisator der „Zigeunertransporte“ im „Reichssicherheitshauptamt“. Auch in der Forschung finden sich personelle Kontinuitäten. So konnten der Leiter des „Rassehygienischen Instituts“ Robert Ritter und seine engste Mitarbeiterin, die Krankenschwester Eva Justin, nach 1945 unbehelligt ihren Berufen nachgehen. Letztere konnte sogar 1963 im Auftrag der Stadt Frankfurt am Main im „Wohnwagenlager Bonames“ ganz offiziell ihrer antiziganistischen Forschung nachgehen.

Entschädigungen wurden den meisten Sinti und Roma in Deutschland schlichtweg verwehrt. In vielen Gerichtsurteilen der 50er und 60er Jahre wurden die Deportationen in Ghettos und Konzentrationslager als „Umsiedlungen“ zur „Kriminalprävention“ gewertet. Die zynischen „Begründungen“ für die Ablehnung von Entschädigungszahlungen erinnern in erschreckendem Maße an alte Nazi-Propaganda. Das zeigt exemplarisch ein Urteil des Bundesgerichtshofes (BGH) von 1956, das die Ablehnung der Ansprüche auf Entschädigung eines KZ-Überlebenden wie folgt begründet: „Die Zigeuner neigen zur Kriminalität, besonders zu Diebstählen und Betrügereien. Es fehlen ihnen vielfach die sittlichen Antriebe zur Achtung vor fremdem Eigentum weil ihnen wie primitiven Urmenschen ein ungehemmter Okkupationstrieb eigen ist.“⁵

Auch eine Aufarbeitung des Völkermordes an Sinti und Roma hat kaum stattgefunden. Zoni Weisz zufolge ist der Porajmos „ein immer noch vergessener Holocaust“. Erst in den 70er und 80er Jahren trugen Roma-Bürgerrechtsgruppen das Thema mit teilweise überaus medienwirksamen Protesten⁶ wieder in die Öffentlichkeit. Es dauerte bis zum 17. März 1982, bis der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt die während des Nationalsozialismus an den Sinti und Roma begangenen Verbrechen offiziell als Völkermord anerkannte.

Doch was haben Verfolgung und mangelnde Aufarbeitung mit Bildungschancen von Sinti und Roma zu tun? Alexander Plato, Mitautor und wissenschaftlicher Begleiter der Studie, bringt es auf den Punkt: „Durch die NS-Politik kam es zum Bildungsabbruch“. Im Dritten Reich war Sinti und Roma der Schulbesuch verboten. Kinder, die dennoch zur Schule gingen, wurden deportiert.

Zum einen haben die traumatischen Erfahrungen einen sehr prägenden Einfluss auf das Verhältnis der Minderheit zur Institution Schule. Einige Sinti und einige Roma sind

direkt aus dem Klassenzimmer in die Vernichtungslager deportiert worden. Nach wie vor existieren Ängste um die eigenen Kinder, wenn diese sich in der Mehrheit bewegen.

„Also meine Großeltern wurden ja damals deportiert und verfolgt. Und aus diesen früheren Ängsten heraus haben meine Großeltern meine Eltern, also praktisch meine Mutter, nicht zur Schule gebracht. Aus Angst, die könnte irgendwie verschwinden auf einmal. Also hat meine Mutter keine Schule besucht, und das Gleiche war auch bei meinem Vater; seine Eltern hatten die gleiche Angst, weil sie ja auch verfolgt waren.“⁷

Zum anderen kann durch Eltern oder Großeltern zum Teil wenig aktive Unterstützung beim Schulbesuch gegeben werden, da sie selbst, aufgrund der Verfolgung, keine Schule besuchen konnten. Nicht einmal die Hälfte der Befragten konnten oder können bei ihren Familien Hilfe bei den Hausaufgaben erhalten. Dabei zeigt sich ein intergenerationeller Zusammenhang: Je besser die Ausbildung der Eltern, desto erfolgreicher verliefen die Bildungswege der Kinder.

Alltägliche Diskriminierung

Der zweite wichtige Grund für die anhaltende Bildungsmisere der Sinti und Roma sind massive Diskriminierungserfahrungen, die das Misstrauen gegenüber deutschen Bildungseinrichtungen noch verschärfen und die eigenen Lebenschancen maßgeblich beeinträchtigen. 81,2% (sic!) der Befragten geben an, persönlich Diskriminierungserfahrungen gemacht zu haben. Die Interviews zur individuellen Bildungsbiografie zeigen, wie sehr der Schulalltag vieler Sinti und Roma von offenen und verdeckten Diskriminierungen geprägt war und ist. Dabei reicht das Spektrum der Erfahrungen von antiziganistischen Herabsetzungen und Beschimpfungen vonseiten der Mitschüler_innen bis hin zu offen rechtsradikalen Äußerungen und tätlichen Übergriffen.

„In der Schule war ich relativ gut, war aber trotzdem Opfer von Diskriminierungen. Besonders in der Grundschule, erste bis vierte Klasse. Da war man halt bei den Deutschen nicht so angesehen, wenn das raus kam, dass man ein Sinto war bzw. Zigeuner und die haben einen dann gehänselt und auch blöde Sprüche abgegeben, wie zum Beispiel, dass wir keine Häuser haben, dass wir im Dreck schlafen, ja dass wir halt minderwertig sind.“⁸

Dem Lehrpersonal gelingt es oft nicht, professionell einzuschreiten. Wesentlich erschreckender ist jedoch, dass antiziganistische Ressentiments auch auf Seiten der Lehrkräfte immer noch sehr verbreitet sind und offen artikuliert werden – auch wenn sich die Situation in den vergangenen 60 Jahren gewandelt hat. Die über 50-jährigen Sinti und Roma berichten noch von Schlägen, harten Bestrafungen und abwertenden Aussagen der Lehrer_innen über ihre Intelligenz.

„In der Schule hatte ich eine Klassenlehrerin, die hieß, weiß ich heute noch, P, Frau P, die hat ganz klar zu mir damals gesagt, du bist Zigeuner, du bist nicht viel wert, ich soll meine Obren waschen, soll mich waschen und soll meinen Eltern Bescheid sagen, dass sie mich gescheit

anziehen sollen und aus mir wird sowieso nie etwas. Das hat sich dann noch mal wiederholt, als ich später in der 8. Klasse war; hat dann mein, damals mein Lehrer gesagt, 'Du bist ein Zigeuner, aus dir wird nichts, aus euch wird sowieso nie etwas'.⁴⁹

Die Befragten der jüngsten Generation sind heute weit aus weniger von offenen Beschimpfungen betroffen. Stattdessen begegnen junge Sinti und Roma in der Schule subtileren Formen der Ausgrenzung: Ablehnung, Ignoranz, demotivierende Lehrer_innen und ein schwer fassbares Gefühl „anders“ behandelt zu werden. Für viele waren diese diskriminierenden und demotivierenden Erfahrungen sogar der Grund, ihre Schulausbildung abzubrechen:

„Es ist so, zum Beispiel, ich hab noch dazu im Gymnasium zwei Jahre gemacht und ich hätte noch Abitur machen können. Aber durch einen Lehrer konnte ich es nicht machen, weil er mich ständig im Auge gehabt hat (...). Und dann hat er gesagt: ‚Sie sind nicht fähig, Abitur zu machen.‘ Ja, und dann musste ich es abbrechen. Ich hab es zwei Jahre lang gemacht und dann habe ich es abgebrochen, durch diesen Lehrer, der mich terrorisiert hat und in der ganzen Klasse bloßgestellt.“¹⁰

Antiziganismus

Um das Problem besser verstehen zu können, ist es notwendig sich mit den Ursachen und den Auswirkungen antiziganistischer Diskriminierung zu beschäftigen. Doch was genau ist eigentlich Antiziganismus? Der Begriff ist relativ neu und wird erst seit den 80er Jahren in der Forschung diskutiert. Markus End beschreibt Antiziganismus als „Bilder und Vorurteile, die sich Menschen von vermeintlichen ‚Zigeunern‘ machen, also auch die Stigmatisierung von Menschen zu ‚Zigeunern‘ und die daraufhin folgende Diskriminierung, Ausgrenzung und Verfolgung.“¹¹ Dieser Antiziganismus speist sich aus kulturell vermittelten Bildern, Stereotypen und Sinngehalten, die über Jahrhunderte – in immer wieder neuen Formen – tradiert wurden. Mit den real Betroffenen haben diese Bilder zumeist nichts gemein.

Und obwohl davon hauptsächlich Sinti und Roma betroffen sind, wäre es zu kurz gegriffen, Antiziganismus lediglich als „Rassismus gegen Sinti und Roma“ zu begreifen, da sich die damit einhergehenden Vorurteile und Zuschreibungen häufig auch gegen andere Minderheiten, wie z.B. die Jensehnen¹², oder aber auch gegen Schausteller_innen oder Zirkusartist_innen richten.

Dabei macht es keinen wesentlichen Unterschied, ob es sich um negative oder vermeintlich positive Bilder und Assoziationen handelt. In der Konsequenz bedeuten sie doch immer eine Abweichung, wenn nicht gar das Gegenbild der bürgerlichen Norm.

Das wirklich gefährliche sind nicht die Vorurteile selbst, sondern die sozialen Praktiken, die daraus folgen: Ausgrenzung, Diskriminierung, Verfolgung. Freilich sind diese Praktiken immer eingebettet in bestimmte historische Kontexte, die das Ausleben dieser Ressentiments befeuern oder hemmen. Der Porajmos kann nur im Zusammenhang mit dem

von Nazi-Deutschland ausgehenden Krieg verstanden werden. Dennoch befördern auch und gerade (wirtschaftliche) Krisensituationen Hass gegen Minderheiten.

Die tiefer liegenden Ursachen von Antiziganismus sind jedoch immer die sozialen Normen und Strukturen der Mehrheitsgesellschaft. Als „Zigeuner“ Stigmatisierten wird unterstellt, gegen die vorherrschenden Normen und Moralvorstellungen zu verstoßen. Und genau diese sozialen Normen bilden den Hintergrund, vor dem Antiziganismus analysiert und auf das Schärfste kritisiert werden muss.

Bildungspolitischer Aktionsplan und EU-Rahmenstrategie

Ob die Ergebnisse der Studie in Deutschland jedoch auf fruchtbaren Boden fallen, bleibt fraglich. In der BRD leben verschiedenen Schätzungen zufolge 80.000 bis 125.000 Sinti und Roma mit deutscher Staatsangehörigkeit. Dazu kommen etwa 50.000 Flüchtlinge und sogenannte Arbeitsmigrant_innen. Studien, die deren soziale Diskriminierung belegen, gibt es zur Genüge.

Im April 2011 forderte die Europäische Union ihre Mitgliedsstaaten auf, nationale Strategien zur Integration von Sinti und Roma bis 2020 zu entwickeln. Besonderer Fokus liegt dabei auf der Bildung: „Wir müssen [...] dringend in die Bildung der Roma-Kinder investieren“, so der entsprechende Kommissionsbericht. Diese Rahmenstrategie hält die Mitgliedsstaaten dazu an, fünf wesentliche Ziele zur Integration der auf ihrem Staatsgebiet lebenden Roma zu erfüllen. Eines davon ist, dafür zu sorgen, dass alle Kinder aus Sinti- und Roma-Familien zumindest die Grundschule abschließen. Doch die Umsetzung dieser Rahmenstrategie scheint hierzulande nicht für nötig gehalten zu werden: Im Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe am 25. Mai 2011 erklärte die Bundesregierung explizit, eine nationale Strategie für eine stärkere wirtschaftliche und soziale Integration der Roma sei in Deutschland nicht erforderlich. Eine Problemanalyse der Bundesregierung kommt gar zu folgender Erkenntnis: „In Deutschland leben ca. 70.000 deutsche Sinti und Roma, die sich selbst als gut in die Gesellschaft integriert sehen. Demzufolge bedarf es für diesen Personenkreis keiner besonderen Integrationsmaßnahmen.“¹³ Die Bundesregierung sonnt sich im Nichtstun.

Auch die Studie plädiert für die Erarbeitung eines bildungspolitischen Aktionsplans, um eine generationenübergreifende Bildungsförderung zu gewährleisten. Dabei geht es insbesondere um gleichberechtigte Teilhabe. Eine Bildungskommission aus Vertreter_innen von Bund, Ländern und Kommunen, sowie gleichberechtigten Vertreter_innen der Sinti und Roma, soll gemeinsam mit Wissenschaftler_innen, Bildungsexpert_innen und anderen gesellschaftlichen Akteuren, z.B. Stiftungen, diesen Aktionsplan erarbeiten. Dafür sollen Ressourcen von Bund, Ländern, Kommunen und EU-Fördermitteln gebündelt werden.

Ogleich ein politisches Eingreifen ohne Frage erforderlich ist, bedarf es meiner Meinung nach nicht unbedingt eines „Integrationsplans“ für Sinti und Roma. Es müssen nicht immer „die Anderen“ sein, die sich bemühen sollen.

Vielmehr sollte sich die Mehrheitsgesellschaft an die eigene Nase fassen. Denn: Obwohl die rund 10-12 Millionen in der EU lebenden Sinti und Roma die größte europäische Minderheit sind, weiß kaum jemand etwas über sie, außer antiziganistischen Ressentiments und Vorurteilen. ★

- 1 ZAG. Antirassistische Zeitschrift, Ausgabe 59, 2011, S. 32.
- 2 Daniel Strauß (Hg.): Studie zur aktuellen Bildungssituation deutscher Sinti und Roma, Marburg 2011. Als kostenfreier PDF-Download unter <http://romnokher.de/aktuelles/>
Der folgende Artikel beschäftigt sich vorwiegend mit der Bildungssituation von Sinti und Roma in Deutschland und den Ergebnissen der Studie. Das darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Antiziganismus ein *europäisches* Phänomen ist.
- 3 Das Romanes-Wort „Porajmos“, dt. „das Verschlingen“, bezeichnet den Völkermord an den europäischen Sinti und Roma zur Zeit des Nationalsozialismus.
- 4 Zum Folgenden vgl.: Frank Sparing: NS-Verfolgung von „Zigeunern“ und „Wiedergutmachung“, in: APuZ, 22-23/2011, S. 8-15 und ZAG. Antirassistische Zeitschrift, Ausgabe 59, 2011, S. 15-17.
- 5 Zit. nach: Romani Rose (Hg.): Bürgerrechte für Sinti und Roma. Das Buch zum Rassismus in Deutschland, Heidelberg 1987, S. 53.
- 6 Im Frühjahr 1980 begann eine Gruppe von Sinti-Aktivist_innen im ehemaligen Konzentrationslager Dachau einen Hungerstreik um gegen die rassistische Erfassung von Sinti und Roma durch Polizei und Justiz, die sich teilweise auf alte NS-Akten stützte und von ehemaligem SS-Personal durchgeführt wurde, zu protestieren.
- 7 L.H., Frau, Roma, 32 Jahre, auf zweitem Bildungsweg Fachhochschulreife, ehrenamtlich im Sozial- und Bildungsverein für Sinti und Roma aktiv, zit. nach: Studie: S. 92.
- 8 K.K., Mann, Sinti, Anfang 20, in Österreich geboren, in Deutschland aufgewachsen, Hauptschulabschluss, abgeschlossen Berufsausbildung als Bürokaufmann, verheiratet, ein Kind, zit. nach: Studie, S. 67-68.
- 9 B.F., Mann, Sinti, 57 Jahre, Besuch der Grundschule, dann Abbruch des Schulbesuchs, auf zweitem Bildungsweg Schulabschluss nachgeholt, Berufsausbildung zum Speditionskaufmann, erfolgreicher Geschäftsmann, eigenes Transportunternehmen mit 60 Angestellten, verheiratet, zwei Söhne.
- 10 D.M., Frau, Roma, Mitte 20, Realschulabschluss, zwei Jahre Abiturstufe, dann Abbruch des Schulbesuchs, zit. nach: Studie, S. 70.
- 11 APuZ, 22-23/2011, S. 15-21.
- 12 „Jenische“ ist sowohl eine Eigen- als auch eine Fremdbezeichnung für Angehörige eines nach landschaftlicher und sozialer Abkunft in sich heterogenen Teils der Bevölkerung in Mittel- und Westeuropa. Historisch lassen sich Jenische auf Angehörige der marginalisierten Schichten der Armutsgesellschaften der frühen Neuzeit und des 19. Jahrhunderts zurückführen. Merkmale dieser historischen Jenischen waren ihr ökonomischer, rechtlicher und sozialer Ausschluss aus der Mehrheitsbevölkerung und eine dadurch bedingte Dauermigration. Es „reist“ heute nur mehr ein kleiner Teil der Jenischen. Die gesellschaftliche Marginalisierung mit reduzierten Chancen auf dem Arbeitsmarkt, in der Wohnsituation und in den Bildungsmöglichkeiten besteht bis heute ganz überwiegend fort.
- 13 ZAG. Antirassistische Zeitschrift, Ausgabe 59, 2011, S. 21.



„Exzellenz my ass!“

Am 2. Februar 2012 hat die Exzellenzbegehung der Gutachter_innenkommission an der Freien Universität Berlin stattgefunden, begleitet von lautstarkem Protest aus der Studierendenschaft

von aktiven Studierenden der FU Berlin

Die Exzellenzinitiative beinhaltet die Förderung von Leuchtturmprojekten auf Kosten nichtgeförderter Institutionen, womit das Konkurrenzdenken unter Bildungseinrichtungen gefördert und die Hochschullandschaft rein auf wirtschaftliche Verwertung reduziert wird. Um gegeneinander bestehen zu können werden die Hochschulen intern so umstrukturiert, dass die letzten Reste formaler Demokratie abgebaut werden zugunsten direkter Entscheidungsstrukturen einer autoritär agierenden Hochschulleitung.

Im Hauptgebäude der FU hatten Studierende daher zur „Exzellenziade“ geladen, einem Sportevent, welches dem absurden Wettstreit der Berliner Hochschulen den Spiegel vorhielt - Studierende von FU, HU und TU rangen in verschiedenen Disziplinen gegeneinander um den Exzellenzitel - Konkurrenzwahn und undemokratischer Unternehmegergeist erfüllten den Raum mit flirrend elitärer Spannung.

In der Königsdisziplin, dem Hürdenlauf, galt es Hindernisse auf dem Weg zur Exzellenz zu überwinden. Bereits zum Start mussten die Läufer_innen kritische Lehre abwickeln und sich aus diesem Grund aus der Umschlingung von Frischhaltefolie befreien. Unter frenetischer Beifallsbekundung umstehender, exzellenter Studierender mussten auf dem Weg zum Ziel dann noch folgende Hürden genommen werden: Ballastentsorgung durch den Abwurf unnötigen Wissens, durch Personalabbau und Bibliotheksschließungen, welche durch das obligatorische Wegwerfen von Büchern geleistet wurde. Anschließend Abschaffung markunrelevanter und prestigearmer Orchideenfächer, Abbau von effizienzhemmender Demokratie, denn die Garantie von Steuerbarkeit ist für die Exzellenzinitiative wichtig. Als letzter Sprung mussten beim Aufbau von Bündnissen mit der Wirtschaft noch unzählige Hände von anzutragenden Geschäftsmenschen geschüttelt werden. Natürlich wurden in ellenbogengesellschaftlicher Einigkeit während der Wettlaufs von allen Teilnehmenden unlautere Mittel eingesetzt, im tumultartigen Foto-Finish mag dann Gerüchten zufolge die FU gewonnen haben.

Durch diese sportlichen Glanzleistungen beflügelt zogen unter dem Banner „Exzellenz my ass“ die Exzellenzkämp-

fer_innen mobilisierend durch etliche Hörsäle und schließlich zum Henry-Ford-Bau. In diesem herausragenden Vorzeigebäude trafen die offiziellen Gutachter_innen auf von Präsidenten Peter-André Alt handverlesene Exzellenzen. Der Gruppe der etwa 50 studentischen Sportfreund_innen wurde jedoch der Zutritt zu diesem öffentlichen Gebäude verwehrt. Gänzlich unsportlich hatte die Universitätsleitung eine mehrere Dutzend zählende Wachtruppe eingesetzt, welche ihrerseits entschlossene Geschlossenheit hinter verschlossenen Glastüren zur Schau stellte. Unter Sprechchören, rhythmischer Fenstertrommlei und Konfettiwürfen konnte die Fassade des Exzellenzbunkers erst einmal zum Beben gebracht werden. Durch den friedlichen Einsatz zahlenmäßiger Überlegenheit durchflossen die Protestierenden schließlich, trotz gewaltsamer Gegenwehr der Sicherheitskräfte, eine Türe und ein Fenster eines angrenzenden Hörsaals und gelangten schließlich ins Gebäude. Dort konnten erneut viele Studis darüber informiert werden, warum sie an diesem Tage nur unter den wachsamen Augen von Security und lediglich über Seiteneingänge ins Gebäude gekommen waren.

Forderungen und Kritik waren sehr ernst, die Form jedoch weiterhin kreativ, was auch durch ein gemeinschaftliches Nackter-Arsch-an-Glasscheibe-Halten zum Ausdruck gebracht werden konnte. Weiterhin verstanden die Wachmenschen - auf Order der Universitätsleitung - keinerlei Spaß und schreckten auch nicht vor Stoßen, Schlägen und Tritten zurück, auch gegen bereits am Boden liegende Studis.

Der Protest wurde jedoch immer zahlreicher und es gelang die Umzingelung des Gebäudes, was letztlich eine Flucht der Exzellenz-Gutachter_innen durch den Dienstbot_innenausgang erforderlich machte.

Wir hoffen, dass den Gutachter_innen verständlich gemacht werden konnte, dass die Exzellenz an der so genannten „Freien“ Universität nur einen dünnen, in fahlen PowerPoint-Folien präsentierten Lackfilm darstellt, welcher verschleiern soll, was hier die tatsächlichen Fundamente sind: Fehlende Demokratie, Abbau kritischer Wissenschaft, Missachtung von Studierendeninteressen - die totale Reduzierung von Bildung auf rein marktwirtschaftliche Verwertbarkeit. ★

Ein Studium ohne Tierversuche ist möglich!

von Anja Hackius

In Berlin hat sich eine Gruppe für ein Studium ohne Tierversuche gegründet. Motiviert wurde diese Gruppe durch die Teilerfolge an der Universität Mainz. Hier wird ab Sommersemester 2012 ein Alternativ-Programm zum Sezieren von getöteten Tieren angeboten, auch in der Physiologie wird das Vorlesungsverzeichnis tierfreundlich verändert.

In Berlin soll nun daran gearbeitet werden, dass inhumane Kurse wie Zoologie oder Verhalten und Neurologie umgestaltet werden. Ziel ist, dass Tierversuche in der Lehre vollkommen abgeschafft werden. Eine erste Zwischentappe wäre, ein Alternativprogramm zu schaffen, bei dem das sezieren oder experimentieren mit Tieren nicht mehr nötig ist. Die Gruppe will sich vorläufig nur mit dem Studiengang Biologie beschäftigen, später aber auf andere Studiengänge wie Zahn- und Humanmedizin oder Veterinärmedizin ausweiten.

Alternativen zum Arbeiten mit Tieren gibt es viele. Praktisch ganz ohne Tiere geht es mit Videos und Präparaten, aber auch das Arbeiten mit Spendentieren vom Tierarzt oder Tierkliniken wäre ein weiter Sprung nach vorne. (Es handelt sich dabei um bereits tote Tiere, die nicht extra für die Versuche getötet werden, sondern durch Unfall, Krankheit, etc. gestorben sind.)

Der Nutzen von Tierversuchen im Studium ist grundsätzlich fragwürdig. Übungen laufen oft chaotisch ab und die Studierenden erhalten nicht genug Instruktionen, so werden Tiere falsch sezieren oder Experimente falsch durchgeführt und am Ende aus der Literatur abgeschrieben. In der Industrie werden die eigentlichen Tierversuche oft von Assistent_innen ausgeführt, die dafür eine andere Ausbildung durchlaufen haben.

Befürworter_innen der Tierversuche klopfen immer wieder darauf, dass eine Forschung ohne diese nicht möglich sei. Hier entsteht ein Teufelskreis, denn oft werden Tierversuche angewandt, da die Mitarbeiter_innen nicht ausreichend über Alternativen informiert sind. Gerade Universitäten sollten neue Wege in der Forschung unterstützen. Ein weiterer Punkt der Befürworter von Tierversuchen ist, dass einige der Studierenden durch die praktische Arbeit besser lernen. Fraglich ist, warum Studierende, die ethische Bedenken mit Tierversuchen haben, gezwungen werden, auch an diesen Kursen teilzunehmen, um vermeintlich das bessere Lernen einiger Studierender zu garantieren. In vielen anderen Studiengängen geben schon jetzt Berufspraktika den Studierenden die Chance, ihre persönlichen Vorlieben während des Studiums auszuleben. Bedenkliche Inhalte des Studiums können so aus dem Curriculum gestrichen und trotzdem indirekt während des Studiums angeboten werden.

In Mainz wird außerdem eine Bioethik-Vorlesung gefordert, solche Vorlesungen sind sicherlich nicht nur im Fach Biologie auch an der FU förderlich.

Bis es an den Berliner Universitäten eine Veränderung gibt, bleibt den Studierenden mit Bedenken nur, Dozierende anzusprechen und nach individuellen Alternativen zu fragen, oder während der Übungen nicht mitzumachen und sich das Wissen aus Lehrbüchern und Videos anzuarbeiten. Auch eine Vernetzung untereinander kann hilfreich sein.

Die Gruppe für ein Studium ohne Tierleid befindet sich im Moment noch in der anfänglichen Diskussionsphase, Ergebnis davon wird ein öffentliches Grundsatzpapier sein. Aufbauend darauf möchte die Gruppe Unterschriften sammeln, Informationsveranstaltungen organisieren und Broschüren austeilen. Menschen, die Lust haben, sich für eine tierversuchsfreie Universität einzusetzen, können sich sehr gerne einbringen. Weitere Informationen und Kontakt zu der Gruppe gibt es im Internet unter: www.studieren-ohne-tierversuche.de ★

Kurzmeldung: Polizeieinsatz auf dem Campus Uni Göttingen

Am Dienstag den 10. Januar 2012 besuchte Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann (CDU) auf Einladung des RCDS (Ring Christlich-Demokratischer Studenten) die Universität Göttingen. Angesichts der umstrittenen Politik des Ministers hatten bereits im Vorfeld zahlreiche Gruppen Proteste angekündigt. Es kam, wie es kommen musste: Massive Polizeipräsenz auf dem Campus, ein inhaltlich uninteressanter Vortrag und eine Reihe verletzter Demonstrant_innen.

Neben dem RCDS steht auch die Universitätsleitung für die Veranstaltung in der Kritik. Diese hatte den Einsatz der Polizei im Voraus genehmigt. Ihr wird vorgeworfen, wiederholt ein seit der NS-Zeit existierendes Tabu gebrochen zu haben. Dies besagt, dass der Campus im Sinne freier Wissenschaft und Lehre tabuisiertes Terrain für politische Polizeieinsätze ist. Der AstA Göttingen reagierte entsetzt: „Wir sind schockiert, dass die Universitätsleitung derartige Einsätze gegen die eigenen Studierenden offensichtlich billigt.“ so der AstA-Vorsitzende. ★

Sachzwänge versus Politik

Ist die Afrika-Lehre am OSI noch zu retten?

von Janine Woltaire und Matthias Beutler

Afrika - über eine Milliarde Menschen leben auf diesem gesellschaftlich und kulturell vielfältigen Kontinent, der über 2.000 eigenständige Sprachen hervorgebracht hat. Trotzdem ist die vorherrschende Assoziation in der westlichen Welt ein Bild, das gezeichnet ist von chronischer Armut und Not, gewaltsamen Konflikten, maroden Staatsapparaten und einer über 40 Jahre gescheiterten Entwicklungspolitik. Obwohl Afrikas Realität genügend Zündstoff bereit hält, um eine derartig aussichtslose Berichterstattung und Forschung zu speisen, scheint diese keine konstruktiven Ansätze für einen Ausweg aus dem Dilemma zu fördern. Eher agiert sie als Antrieb eines Teufelskreises, der wiederum zum Fortdauern dieses „düsteren Bildes“ der Realität beiträgt.

Sollte es nicht ein Anspruch der Politikwissenschaft sein, zum Einen empirisch belegte Wirkungszusammenhänge zu erkennen, anstatt bestehende Verhältnisse aus einer einzigen Blickrichtung zu betrachten, und zum Anderen, besonders im Bezug auf ein so großes Wirkungsgefüge wie dem Kontinent Afrika, diversifiziert, intensiviert und praxeologisch Probleme zu identifizieren und speziell für diese Lösungen zu erarbeiten?

Aber wieder einmal scheint im Zuge der Ökonomisierung der Hochschule kein Platz für ein Lehrfeld außerhalb des profitorientierten Mainstreams zu sein. Denn die aktuelle Situation am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft sieht die kompromisslose Wegrationalisierung eines gesamten Lehrbereiches vor. Afrika-Lehre wird, nach dem jetzigen Stand der Dinge, ab dem kommenden Sommersemester 2012 keinen Platz mehr im Vorlesungsverzeichnis einnehmen.

In der Vergangenheit nahmen die Regionalstudien Afrikas einen sehr wichtigen Stellenwert in der Lehre und Forschung der Universität ein. Seit der Schließung der „Arbeitsstelle Politik Afrikas“ am OSI im Zuge der Emeritierung von Prof. Dr. Ansprenger im Jahre 1992 besteht am Fachbereich kein Lehrstuhl und somit auch keine Kostenstelle für die Politik Afrikas mehr. In den letzten Jahren wurde versucht, die Afrika-Lehre mit Hilfe von externen Lehraufträgen abzudecken. So gelang es pro Semester 10-15 Lehrveranstaltungen mit Bezug auf Afrika anzubieten. Der größte Teil dieser Lehraufträge erfolgte auf freiwilliger Basis und wurde somit nicht honoriert. Seit dem vergangenen Juni, im Zuge

der Änderung des Berliner Hochschulgesetzes - dessen Regelung, unbesoldete Lehraufträge abzuschaffen, natürlich berechtigt ist - ist dies jetzt jedoch nicht mehr möglich.

Folge ist, dass die Lehraufträge, nicht wie bei anderen Lehrstühlen - wenn auch in eingeschränkter Zahl - weiterhin aus den jeweiligen Kostenstellen gespeist werden, sondern komplett wegfallen werden. Da die Entscheidungsträger_innen des Institutsrates argumentieren, das Feld Afrika sei durch die Friedens- und Konfliktforschung ausreichend abgedeckt, werden keine weiteren Mittel für den Erhalt der Regionalstudien Afrikas zur Verfügung gestellt.

Das Fehlen von finanziellen Mitteln für die Besoldung von Afrika-Kursen bzw. für die Aufrechterhaltung der Afrika-Lehre am OSI ist allerdings nicht als „Sachzwang“ zu betrachten, sondern als eine politische Entscheidung aufgrund der am OSI bestehenden Kräfteverhältnisse. Die Region Afrika mag viele Studierende interessieren und verdient es, in Anbetracht des neu erwachten Interesses an Afrika in Europa und weltweit, zu den Schwerpunkt-Regionen für Lehre und Forschung am OSI zu zählen - seitens der Universitätsinstanzen und der politischen Entscheidungsträger_innen wird die Afrika-Lehre am OSI jedoch als überflüssig eingestuft.

Wenn aber Studierende der Politikwissenschaft ein genuines Interesse an der Aufrechterhaltung einer Afrika-Lehre haben, die a) auf dem methodologischen Pluralismus basiert, b) die postkoloniale Perspektive integriert, c) auf die Erfassung aller Dimensionen des politischen und gesellschaftlichen Zusammenlebens in afrikanischen Gesellschaften zielt und vor allem d) praxisrelevant ist, dann stellt die Verteidigung der Afrika-Lehre am OSI eine politische Herausforderung dar, die nach einer geordneten Reaktion ruft.

„Sachzwänge“ sind keine unüberwindbaren Hürden, sondern eine Verhandlungsmasse zwischen unterschiedlichen Interessenvertreter_innen. Gegenwärtig können die Gegner_innen der Afrika-Lehre ihre Interessen durchsetzen, weil die Befürworter_innen noch nicht organisiert sind und keine operationale Verteidigungsstrategie haben. Das könnte sich jedoch mit der Gründung der AG „Afrika@OSI“ ändern. Wenn auch ihr euch in dieser AG engagieren möchtet, dann meldet euch bei afrika_osi@googlegroups.com ★

„Da sind die Prioritäten falsch gesetzt...“

Ein Bericht über das Zentrum für Lehrerbildung der Freien Universität Berlin

von Darius Zander

Das Zentrum für Lehrerbildung (ZfL) sollte die erste Anlaufstelle für Lehramtsstudierende sein, wenn es Fragen zum Studienverlauf oder aufkommende Probleme zu klären gibt.

Im Gegensatz zu der Arbeit des Prüfungsbüros der Grundschulpädagogik und der lehramtsbezogenen Berufswissenschaften, wird dies von der Geschäftsführung des ZfL und ihrer langjährigen Assistenz sehr mangelhaft umgesetzt.

Generell scheint das ZfL seit dem Wechsel von Herrn Bettelhäuser als Geschäftsführer auf Frau Ophardt, seinen Fokus nicht mehr bei den Studierenden und deren Studienangelegenheiten zu sehen, sondern vielmehr in der Außen Darstellung und dem Konkurrenzkampf mit der Humboldt-Universität. Es hat den Anschein, als ob das ZfL berlinweit in der Lehrer_innenbildung die Nase vorn haben will.

Zurzeit konzentriert sich die Geschäftsführung vornehmlich auf die Bildung von Kooperationsverträgen mit Schulen in und um Berlin sowie ihre unterschiedlichen Vortragsreihen. Dieses Vorhaben kann eine lohnende Sache sein, jedoch sollten dabei studentische Belange nicht auf der Strecke bleiben. Es zeigt sich, dass Studierende kaum eine Chance haben bei Frau Ophardt einen Termin zu bekommen, um Probleme vorzubringen. Auch für die Fachschaftsinitiativen findet sie wenig Zeit. Oft antwortet sie nicht einmal auf Anfragen via E-Mail.

Ehemalige Mitarbeiter_innen beklagen unklare Arbeitsanweisungen und nicht nachvollziehbare Kompetenzbereiche innerhalb des ZfL. So war es einfacher, eine kompetente Mit-

arbeiterin zu kündigen und ihre Stelle neu zu besetzen, als für sie eine Vertretung für ein halbes Jahr zu finden. Diese Entscheidung wurde kompromisslos präsentiert und schien durch interne Konflikte motiviert zu sein. So verlief es auch bei dem Auswahlverfahren für die neue Führung des ZfL, bei dem sich ähnliche Intrigen vermuten lassen. Aus der Erfahrung zeigt sich, dass sich solche Situationen durchaus auf ein verschobenes Machtverhältnis zwischen Geschäftsführung und langjähriger Assistentin zurückführen lassen.

Diese ist eigentlich für Probleme der Überschneidungsfreiheit, Kursorganisation und das Vorlesungsverzeichnis zuständig. Häufig trifft man von 12-16 Uhr anstatt dieser zuständigen Person nur den Hinweis „Mittagspause“ an. Dazu hat es noch den Anschein, dass Kaffeepausen gemacht werden, während Studierende vor der Tür auf Beratung warten, und die von Sekt begleitete Verabschiedung einer Kollegin schon Monate vorher wöchentlich zelebriert wurde. Gleichzeitig klagt die Assistenz gerne über ihren Workload. Dass sie diesen nicht bewältigt, konnten alle Lehramtsstudierenden vor dem Wintersemester 2011/12 sehr gut beobachten, denn das Vorlesungsverzeichnis blieb sogar bis in die Vorlesungszeit hinein sehr unvollständig. Die Lehrveranstaltungen der romanischen Sprachen sowie die der Grundschulpädagogik wurden erst so spät veröffentlicht, dass viele Studierende große Probleme hatten, ihren Studienalltag zu organisieren und freie Zeiten für Nebenjobs und Familienleben einzuplanen.

Ähnliches zeigte sich auch im November 2011, als nach vierwöchigem Semesterbetrieb plötzlich eine Vielzahl an DaZ-Kursen (Deutsch als Zweitsprache) aus dem Masterbereich gestrichen wurden und das ZfL auf die zahlreichen Beschwerden der Studierenden mit oberflächlichem Verständnis, aber wenig Alternativen reagierte. Als Grund dafür wurden Fehlkalkulationen und mangelnde Kommunikation

Kurzmeldung: Erneut Kooperationsvertrag mit Privatwirtschaft – BASF drängt auf Geheimhaltung

An der Technischen Universität Berlin ist erneut ein Kooperationsvertrag mit einem der größten deutschen Unternehmen – der BASF-SE („Badische Anilin- und Soda-Fabrik; Societas Europaea“) – abgeschlossen worden. Anlass zum Unmut von Seiten der Studierendenschaft gab dabei nicht nur die erneute Investition in Wirtschaftspartnerschaften und Elitenbildung. Auch die Art und Weise, auf die der Vertrag zustande kam, erntete Kritik und offenbarte die Bedeutungslosigkeit der „demokratischen“ universitären Gremien.

Denn dort gab es lediglich eine kurze Information über den bereits erfolgten Vertragsabschluss. Eine Abstimmung fand nicht statt und sei, so Präsident Steinbach, auch nicht nötig, wenn die Vereinbarung keine Stiftungsprofessuren beinhaltet. Darüber hinaus wurde die Einsicht in den Vertrag sowohl dem AstA TU, als auch dem Kuratoriumsmitglied Erik Marquardt, auf Nachfrage verwehrt. Präsident Steinbach betonte, dass die Geheimhaltung ausschließlich auf Wunsch der BASF geschehe und eine Zuwiderhandlung einem Vertragsbruch gleichkäme. ★

zwischen den Verantwortlichen des ZfL angeben.

Ebenso studierendenunfreundlich sind die massiven Benachteiligungen, die sich durch die unterschiedlichen Studienordnungen in den einzelnen Fächern ergeben. Eine Überarbeitung der Studien- und Prüfungsordnungen wird schon länger gefordert und ihre Notwendigkeit sehen vor allem auch die Mitarbeiter_innen in den Prüfungsbüros. So wurde die unverhältnismäßige Arbeitsbelastung in der Mathematik und den naturwissenschaftlichen Studiengängen nie angegangen, obwohl sich schon mehrfach Studierende hilfeschend an das ZfL gewandt haben.

Eine wichtige Aufgabe des ZfL sollte auch die Organisation der Orientierungswoche für Studienanfänger_innen

sein. Im Gegensatz zur Arbeit der Fachschaftsinitiativen hatte das ZfL auch in diesem Jahr kein wirkungsvolles Konzept zur Betreuung der Erstsemester. Selbst die vom ZfL organisierten Fachberatungen wurden zum Teil von den ehrenamtlichen und unentgeltlich arbeitenden(!) Helfer_innen der Initiativen übernommen. Als Dank wurden die Fachschaftsinitiativen bei der Einführung der ca. 400 Erstsemester scherzhaft als unorganisiert und unprofessionell dargestellt, wodurch deren Arbeit, die sich durch die Schaffung eines sozialen Raumes innerhalb der universitären Routine auszeichnet, abgewertet wurde.

Diese Darstellung ist nur ein Ausschnitt der studentischen Erfahrungen mit dem ZfL, die durchaus weitergeführt werden könnten. ★



Impressum:

out of dahlem Magazin des AstA der Freien Universität Berlin, Ausgabe 13, Sommersemester 2012

herausgeber_in AstA der Freien Universität Berlin, Otto-von-Simson-Str. 23, 14195 Berlin, Telefon (030) 839 0910, Online: www.astafu.de

redaktion Öffentlichkeitsreferat des AstA FU: Anahita Bidjanbeg, Fabian Bennewitz, Philipp Winkler, Sebastian Thiel
Kontakt: oeffref@astafu.de

Die Artikel spiegeln nicht unbedingt die Ansichten der Redaktion oder einzelner Mitglieder selbiger wieder.

danke für ihre besondere Hilfe an Esther Neitzel, Nora Huberty, Andy Möbius

gestaltung/illustration Philipp Winkler

druck AstA Druckerei

belichtung Medienraum, RefRat der Humboldt-Universität

auflage 6000 Stück

copyleft Die abgedruckten Artikel erscheinen mit einer Creative-Commons-Lizenz. Sie dürfen bei Nennung der Autor_innen-Namen unverändert und nicht-kommerziell weiterverbreitet werden. Alle veröffentlichten Texte müssen weiterhin dem Copyleft unterliegen.

eigentumsvorbehalt Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des/der Absender_in, bis es den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Out of Dahlem nicht persönlich ausgehändigt, ist es dem/der Absender_in mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

AStA-Beratungen

Wenn nicht anders angegeben, findet die Beratung in der AStA-Villa, Otto-von-Simson-Str. 23, statt. Die Termine der Sprechstunden für das Sommersemester standen zu Redaktionsschluss leider noch nicht fest. Die aktuellsten Termine kannst du aber jederzeit unter www.astafu.de nachlesen oder beim Bürodienst erfragen.

Allgemeine Öffnungszeiten des AStA-Büros

Montag-Freitag 10-18 Uhr
 Telefon: (030) 839091-0
 Fax: (030) 8314536
info@astafu.de
www.astafu.de

Ausländer_innen-Beratung

Telefon: 839091-17
arefberatung@astafu.de

Bafög-Beratung

Telefon: 839091-12
sozialreferat@astafu.de

Beratung für behinderte und chronisch kranke Studierende

Telefon: 838-56203
 Fax: 838-56354
astabehindertenberatung@astafu.de
 Raum K25/16
 Silberlaube (Habelschwerdter Allee 45)

Datenschutz- & technische Sprechstunde

datenschutz@astafu.de

Fachschaftsberatung

fsref@astafu.de

Frauen*beratung

Telefon: 839091-23
frauen@astafu.de

Hochschulberatung

Telefon: 839091-12
hochschule@astafu.de

Lesbisch/trans*-feministische Info und Support (LIS)

Telefon: 839091-22
lesbitransintera@astafu.de

Medienwerkstatt & Technikverleih

medienwerkstattberlin@gmail.com

Rechtsberatung

Telefon: 839091-0
 Vorherige telefonische oder persönliche Anmeldung im AStA erforderlich

Schwulenberatung

Telefon: 839091-18
schwulenberatung@gaycampus.de

Sozialberatung

Telefon: 839091-12 (Dahlem)
 oder 69565379 (Kreuzberg)
 Die Beratung findet einmal die Woche im AStA statt und einmal in der Beratungsstelle „Don't Panic“ in Kreuzberg, Oranienstr. 14a (Heinrichplatz), 10999 Berlin
sozialberatung@astafu.de

Semesterticketbüro

Telefon: 839091-40; Fax: 839091-41
www.astafu.de/semstixbuero/
 Thielallee 36, unter dem Kino Capitol
semstixbuero@astafu.de

Arbeitsrechtliche Anfangsberatung des RefRat der HU

Telefon: (030) 2093-2145 oder -46637
beratung.arbeit@refrat.hu-berlin.de
 Monbijoustr. 3, Raum 5



In jeder Gesellschaft gibt es das sogenannte goldene Mittelmaß, das Anspruch auf den ersten Platz erhebt. Diese Leute der goldenen Mitte sind schrecklich von sich eingenommen. Sie sind diejenigen, die auf jeden Neuerer den ersten Stein werfen.

F. M. Dostojewski